

# WIEDER DIE GROSSE LÜGE

Es ist gesetzmäßig: Verantwortungslose Politik geht immer mit großer Lüge einher. Die gegenwärtige US-Politik beweist das noch einmal. Um ihren gefährlichen militaristischen Kurs vor den eigenen Landsleuten und den Bündnispartnern wenigstens teilweise zu rechtfertigen, greifen die führenden Washingtoner Politiker zu Betrug, notorischer Falsifizierung und unsauberen Unterstellungen. Die eine große Lüge wird von einer anderen überlagert, und es fällt einem unerfahrenen Menschen im Westen immer schwerer, sich über die wahre Sachlage klarzuwerden. Das aber strebt gerade die Reagan-Administration an: die Öffentlichkeit irrezuführen und eine Politik fortzusetzen, die auf die Errichtung einer "Pax Americana" — der sehnlichste Traum und die eigentliche Aufgabe des US-Imperialismus — abzielt.

Seinen jüngsten Beitrag zu der vom amtlichen Washington entfesselten Kampagne der gewissenlosen Täuschung, Erpressung und Einschüchterung der Völker hat Präsident Reagan am 23. März geleistet. Ohne sich um jegliche Normen der zwischenstaatlichen Beziehungen zu kümmern, versuchte er, die Politik der UdSSR zu entstellen und den die ganze Welt bedrohenden US-Kurs dagegen weißzuwaschen. So behauptete der Präsident, die USA wären in jeder Hinsicht schwächer als die UdSSR und seit zwei Jahrzehnten hätte Washington keinen Finger gerührt, um seine Verteidigung zu festigen, während die UdSSR nichts als das getan habe.

Sehen wir uns also Tatsachen und Zahlen an. In diesen zwei Jahrzehnten legten die USA ihre Militärstützpunkte in der Nähe des sowjetischen Territoriums an. Sie entwickelten neue nukleare und andere Rüstungen. In dieser Zeit bauten die USA als erste die weltgrößten Flugzeugträger, darunter kernkraftbetriebene. In dieser Zeit gingen sie entgegen den beharrlichen Aufrufen der UdSSR, darauf zu verzichten, als erste zu Mehrfachsprengköpfen auf ballistischen Raketen über. In dieser Zeit begannen sie mit der Produktion der Neutronenwaffe. In dieser Zeit stieg die Zahl der nuklearen Kernsprengladungen in den strategischen US-Rüstungen auf das 2,5fache und die Zahl der Kernmittel in Europa auf das 3fache.

Im europäischen Raum befinden sich gegenwärtig beinahe 1000 Kernmittel mittlerer Reichweite, die den USA und ihren NATO-Bündnispartnern gehören; die Gesamtzahl der Kernladungen in diesen Rüstungen ist bei der NATO anderthalbmal

so groß wie in der UdSSR. Außerdem kommen die US-Waffen mittlerer Reichweite für die UdSSR strategischen Waffen auf dem US-Territorium gleich. Der Präsident stellt eine wesentlich falsche Behauptung auf, wenn er sagt, die UdSSR befolge das von ihr verkündete einseitige Moratorium über die Stationierung von Mittelstreckenraketen nicht.

Reagan verschweigt auch, daß am ganzen Perimeter der UdSSR viele Hunderte amerikanische Träger konzentriert sind, die einen Kernwaffenschlag gegen das sowjetische Territorium führen können. Nach den Plänen des Pentagon soll ihre Zahl auf ein Vielfaches ansteigen. Allein an Flügelraketen großer Reichweite werden über 12 000 hinzukommen.

Das aufdringliche Gerede von einer "sowjetischen Bedrohung" soll darüber hinwegtäuschen, daß die USA alle Kernwaffen in hohem Maße ausbauen und darüber hinaus qualitativ neue Systeme der konventionellen Rüstungen entwickeln. Die USA lehnen alle sowjetischen Vorschläge ab, die den Stand der nuklearen Konfrontation ohne jede Störung des militärstrategischen Gleichgewichts, dieser zuverlässigen Garantie des Friedens, senken sollen, und erfinden immer neue gefährliche militärische Konzeptionen. In seiner Rede vom 23. März gab Reagan den Beginn der Entwicklung einer großangelegten Raketenabwehr bekannt. Ist aber wirklich Abwehr gemeint? Nach wie vor wird das Ziel verfolgt, das Erstschlagpotential zu schaffen. Mit Hilfe ihrer Raketenabwehr möchten die USA die strategischen Mittel der anderen Seite vernichten, d.h. ihr einen Antwortschlag unmöglich machen. Es geht folglich darum, die UdSSR zu entwaffnen, den bereits 1972 gemeinsam anerkannten Zusammenhang zwischen strategischen Offensiv- und Defensivwaffen zunichte zu machen und einem hemmungslosen Wettrüsten bei allen strategischen Waffen Tür und Tor zu öffnen.

Bei seiner Einschätzung der Rede des US-Präsidenten betonte Yuri Andropow in den Antworten auf Fragen eines "Prawda"-Korrespondenten: "So leichtfertig darf man sich nicht zu Fragen von Krieg und Frieden verhalten. Alle Versuche, militärische Überlegenheit über die UdSSR zu erlangen, sind vergeblich. Die Sowjetunion wird das nie zulassen, sie wird keiner Bedrohung jemals unbewaffnet gegenüberstehen. Das möge man in Washington mit voller Konsequenz begreifen. Man sollte dort endlich aufhören, immer neue Varianten dafür zu erfinden, wie man am besten einen Kernwaffenkrieg in der Hoffnung auf einen Sieg entfesseln kann. Dieses Unterfangen ist nicht nur unverantwortlich, sondern direkt wahnsinnig."

Die amerikanischen Pläne betreffen vor allem die UdSSR. Aber nicht weniger auch alle anderen Staaten und Völker. Die Menschen guten Willens unseres Planeten müssen sich darüber genau Rechenschaft ablegen.



# NEUE ZEIT

## WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 14 APRIL 1983

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLIAKOW (Stellv. Chefredakteur), A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. RUBZOW, W. SCHELEPIN (Verantw. Sekretär), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), M. TSCHERNOUSSOW, D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

### IN DIESEM HEFT:

Wieder die große Lüge	1
Antworten J. W. Andropows auf Fragen eines „Prawda“-Korrespondenten	4
J. Shilin — Europa vor der Alternative	6
L. Charkow — Belgrader Gespräche	8
W. Dolgow — Nikaragua. Verschärfte Lage	9
D. Wolski — Gefechtsfelder geplant	10
W. Pawlow — Die NATO in Eile	11
N. Iwanow — UdSSR—Finnland. Bilanz guter Nachbarschaft	12
J. Botschkarjow — Somalia. Regime-Metamorphose	14
L. Makarewitsch — Drei Resultate	15
Notizen ♦ Glossen	16
L. Besymenski — Das Gewissen kennt keine Verjährung	18
S. Goljakow — Ekuador. Zwei Schritte vor dem Äquator	20
Afrika. Kapitalismus in Not	
L. Zeitlin — Ausgebliebenes Wunder	22
N. Malyschewa — Zehn Millionäre und zehn Millionen Bettler	24
M. Subko — Nordeuropa. Garantie der Sicherheit	26
Biographisches: Robert Hawke	27
W. Gerassimow — Ungarn. Die „Rendszers“ in Aktion	28
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Die Neokolonialisten können sich mit dem Verlust ihres Einflusses in Afrika nicht abfinden und greifen zu verschiedenen Methoden, um die jungen freien Staaten des Kontinents im Rahmen des kapitalistischen Systems zu halten. Aber ihre Versuche, den Kapitalismus als den Weg zur Prosperität darzustellen, bedeuten für die afrikanischen Völker nur eine noch stärkere Ausbeutung und Plünderung.

Titelbild: N. Stscherbakow

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Ploščad. Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 (Auskünfte). Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU. Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Ploščad, Moskau.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Am 25. März brachte die sowjetische Presse eine Mitteilung über eine turnusmäßige Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU. Das Politbüro nahm die Information über eine Beratung von ZK-Sekretären der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder (Moskau, 14.—15. März) entgegen und billigte die Ergebnisse der Beratung sowie die Ergebnisse des Arbeitsbesuchs des Mitglieds des Politbüros des ZK Dmitri Ustinow, Verteidigungsminister der UdSSR, in die Ungarische VR. Das Politbüro erörterte auch einige andere Fragen im Zusammenhang mit der weiteren Festigung der Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern und mit der Realisierung des außenpolitischen Friedenskurses des Sowjetstaates.

Am 25. März traf sich Juri Andropow mit dem Mitglied der Nationalleitung der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung, Daniel Ortega, Koordinator des Regierungsrates der Nationalen Erneuerung Nikaraguas, der sich in Moskau nach der VII. Gipfelkonferenz der Nichtpaktgebundenen in Delhi auf der Durchreise nach Managua aufhielt. Erörtert wurden Fragen der sowjetisch-nikaraguanischen Beziehungen und einige internationale Probleme. Das Hauptaugenmerk galt der Lage in Mittelamerika, vor allem unter dem Blickpunkt der gefährlichen Politik der USA, die auf jede Weise bemüht sind, die Völker dieser Region bei der Entscheidung über ihr Schicksal zu stören. D. Ortega berichtete über die Aktionen des nikaraguanischen Volkes zur Abwehr der konterrevolutionären Invasion. J. Andropow gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß Nikaragua seine Freiheit und Unabhängigkeit verteidigen wird.

Auf Einladung der Sowjetregierung traf am 27. März der UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar zu einem offiziellen Besuch in Moskau ein. Am 28. März wurde er von Juri Andropow empfangen. Das Gespräch, an dem Andrej Gromyko teilnahm, betraf die Schlüsselprobleme der gegenwärtigen Weltlage und die Rolle der UNO bei ihrer Lösung. Viel Beachtung wurde Fragen der Beseitigung der bestehenden Spannungsherde in verschiedenen Gebieten der Welt geschenkt, besonders dem Problem einer friedlichen Nahostregelung und den Wegen einer Normalisierung der Lage um Afghanistan.

Vom 21. bis zum 25. März weilte Nikolai Tichonow zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Jugoslawien. Er wurde vom Präsidiumsvorsitzenden der SFRJ, Petar Stambolic, und vom Präsidiumsvorsitzenden des ZK des BdKJ, Mitja Ribicic, empfangen. Nikolai Tichonow verhandelte ferner mit der Vorsitzenden





Am 28. März empfing Juri Andropow im Kreml den UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar. TASS-Bild: Während des Gesprächs

des Bundesexekutivrates der SFRJ, Milka Planinc (S. 8).

Durch einen Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 24. März wurde der Außenminister der UdSSR Andrej Gromyko zum Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR ernannt.

In Casablanca fand vom 25. bis zum 27. März der III. Landeskongreß der Partei des Fortschritts und des Sozialismus Marokkos statt. Das ZK der KPdSU richtete eine Grußadresse an die über 1000 Delegierten. Zum Generalsekretär der Partei wurde Ali Yata wiedergewählt.

In Lissabon tagte vom 25. bis zum 28. März eine internationale Konferenz der Solidarität mit den "Frontstaaten", für die nationale Befreiung und den Frieden im Süden Afrikas. Wie es in einem Grußschreiben des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR an die Konferenzteilnehmer heißt, verurteilt die UdSSR entschlossen die perfiden Aggressionen des rassistischen RSA-Regimes gegen die "Frontstaaten" und ist für einen unverzüglichen und bedingungslosen Abzug der Rassistentruppen aus der VR Angola. Die Sowjetbürger bestätigen ihre volle Unterstützung für die SWAPO als die einzige wahre Vertreterin des namibischen Volkes und fordern, daß Namibia auf Grund der bekannten UNO-Beschlüsse sofort die Unabhängigkeit gewährt werde.

Am 25. März trafen sich Boris Ponomarew und der stellvertretende Leiter der Internationalen Abteilung im ZK der KPdSU Karen Brutenz mit dem Vorsitzenden der Sozialistischen Fortschrittspartei Libanons

Valid Joumblatt sowie den Führungsmitgliedern der Partei Merwan Hamadeh und Daoud Hamed.

Am 25. März empfing der Erste Sekretär des ZK der USAP, Janos Kadar, in Budapest eine von Stepan Schalajew, Vorsitzender des Zentralrats der Sowjetgewerkschaften, geführte sowjetische Gewerkschaftsdelegation.

Am 29. März beging der Ehrenvorsitzende der Luxemburgischen Kommunistischen Partei, Dominique Urbany, seinen 80. Geburtstag. Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR verlieh ihm den Leninorden für seine aktive Teilnahme am Kampf gegen den Faschismus sowie seinen großen Beitrag zur Festigung der Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern.

Am 23. März wurde in der UdSSR im Rahmen der Weltraumforschung die automatische Raumstation "Astron" gestartet. Sie ist für die astrophysikalische Untersuchung galaktischer und außergalaktischer Strahlungsquellen bestimmt. Zu diesem Zweck hat die Station ein UV-Teleskop und einen Satz Röntgenspektrometer an Bord. Gemäß dem sowjetisch-französischen Programm der Zusammenarbeit bei der Weltraumforschung zu friedlichen Zwecken beteiligten sich Experten aus Frankreich an der Entwicklung der Apparatur für das UV-Teleskop.

Im Genfer Abrüstungsausschuß gelang es dank den beharrlichen Anstrengungen der sozialistischen und nichtpaktgebundenen Staaten, entgegen dem Widerstand der USA und ihrer engsten NATO-Bündnispartner die Frage der Verhütung

eines Kernwaffenkrieges in die Tagesordnung des Ausschusses aufzunehmen.

Auf Vorschlag der neutralen und nichtpaktgebundenen Länder legt das Madrider Treffen eine Pause bis zum 19. April ein.

Die konterrevolutionäre UNITA-Gruppe, die die Rassisten Pretorias in ihren Diensten haben, überfiel den Ort Alto-Catumbela in Angola und entführte 64 tschechoslowakische Staatsbürger (darunter Frauen und Kinder), die auf Ersuchen der Regierung Angolas an friedlichen Objekten mitgewirkt hatten. In der CSSR bringen die Werktätigen auf Kundgebungen ihren zornigen Protest gegen die UNITA-Verbrechen zum Ausdruck.

Die Streitkräfte Nikaraguas führen erfolgreiche Operationen zur Zerschlagung und Aufreißung der konterrevolutionären Banden, die von Honduras aus ins Land eingefallen sind. Die Intervention wurde im UNO-Sicherheitsrat, der auf Ersuchen der Regierung Nikaraguas einberufen wurde, scharf verurteilt (S. 9).

In Paris wurde am 22. März amtlich der Rücktritt der Regierung Mauroy bekanntgegeben. Präsident Mitterrand nahm den Rücktritt der Regierung an und beauftragte Mauroy mit der Bildung eines neuen Kabinetts. Neben Ministerpräsident Mauroy gehören der neuen Regierung 14 Minister und 1 Staatssekretär an, darunter 12 Sozialisten, 2 Kommunisten und 1 Vertreter der Linken Radikalen. Die wichtigsten Kabinettsmitglieder, darunter Außenminister Cheysson, haben ihre Posten behalten.

Die Knesset wählte den 65jährigen General Haim Herzog zum Präsidenten Israels für die nächsten 5 Jahre. Seine Kandidatur war von der oppositionellen Arbeitspartei nominiert worden. Begins Kandidat Menachem Elon erlitt eine Niederlage.



# ANTWORTEN

J. W. ANDROPOWS

## auf Fragen eines „Prawda“-Korrespondenten

**Frage:** Präsident Reagan gab in seiner Rede am 23. März eine umfangreiche Erklärung zu Fragen der Militärpolitik der USA ab. Wie bewerten Sie diese Rede?

**Antwort:** In letzter Zeit ergießt sich aus Washington geradezu ein Strom von Reden, die nur einem Gegenstand gewidmet sind — militärischen Vorbereitungen, militärischen Programmen und der Entwicklung neuer Waffenarten. Darüber sprach der Präsident auch diesmal.

Mit der erwähnten Rede des Präsidenten sollte offenbar versucht werden, die Stimmung in den Vereinigten Staaten zu beeinflussen und die zunehmende Besorgnis im Lande über den militanten Kurs der Administration zu beschwichtigen. Wie die Amerikaner selbst die Äußerungen bewerten, ist natürlich ihre Sache.

Das, wovon der Präsident sprach, betrifft aber nicht nur die Amerikaner. Läuft doch der ganze Sinn der Rede darauf hinaus, daß Amerika intensiv aufrüsten und zur dominierenden Militärmacht der Welt werden muß. Dabei werden in dem Bestreben, diese hegemonistischen Ansprüche zu begründen, derartig rücksichtslose Entstellungen der Politik der Sowjetunion zugelassen und derartig skrupellose Methoden angewandt, daß sich — ehrlich gesagt — die Frage aufdrängt, welche Vorstellungen denn der Präsident von den Normen des Umgangs mit anderen Staaten hat.

Wenn man den Präsidenten hört, so

könnte der Eindruck entstehen, daß die USA hier und dort und sogar vor ihrer eigenen Haustür schwächer als die Sowjetunion sind. Und dies alles deshalb, weil die UdSSR in den letzten zwei Jahrzehnten ihre Streitkräfte angeblich in hohem Tempo verstärkt hat, während die USA mit den Händen im Schoß dasaßen und ihre Streitkräfte in Verfall gerieten.

Ja, die UdSSR hat ihre Verteidigungsfähigkeit gestärkt. Angesichts der fieberhaften Aktivitäten der USA zur Errichtung von Militärbasen in der Nähe des sowjetischen Territoriums, zur Entwicklung immer neuer Arten von nuklearen und anderen Waffen war die UdSSR genötigt, dies zu tun, um die militärische Überlegenheit der USA zu liquidieren, nach der man sich heute in Washington so sehr sehnt. Die erreichte militärstrategische Parität hat den USA die Möglichkeit genommen, uns mit der nuklearen Bedrohung zu erpressen. Diese Parität ist eine zuverlässige Garantie des Friedens, und wir werden alles tun, um sie aufrechtzuerhalten.

Was aber die Behauptung angeht, die Vereinigten Staaten seien in den letzten 20 Jahren untätig gewesen, so können ihr nur naive Menschen Glauben schenken. Zur Bekräftigung wollen wir uns einigen der wichtigsten Fakten zuwenden.

Es ist bekannt, daß gerade in dieser Periode eine radikale qualitative Veränderung der amerikanischen strategischen Kräfte vollzogen wurde. Es genügt zu

sagen, daß die USA zur Bestückung ihrer ballistischen Raketen mit Mehrfachsprengköpfen übergegangen sind. Und sie haben das entgegen unseren eindringlichen Appellen getan, darauf zu verzichten, um nicht eine neue Runde im Raketenwettrennen einzuleiten. Wenn sich der Präsident die Mühe gemacht hätte, in die Verhandlungsakten Einblick zu nehmen, so hätte er sich leicht von einem solchen Sachverhalt überzeugt.

Was sich daraus ergeben hat, wird schon daran deutlich, daß nach dieser Umrüstung eine einzige Rakete auf einem amerikanischen Unterseeboot imstande ist, mit einem Schlag 14 Ziele zu treffen. Und jedes Unterseeboot hat 16 solcher Raketen. Ihre Gesamtsprengkraft kommt nahezu 500 Atombomben vom Typ der auf Hiroshima abgeworfenen gleich.

In der Periode der vermeintlichen Untätigkeit der USA, von der der Präsident redet, ist die Zahl der Kerngefechtsköpfe bei strategischen Waffen der USA von etwa 4000 auf mehr als 10 000 gestiegen. Kann man denn die Vergrößerung des Kernwaffenarsenals auf das Zweieinhalbfache als Untätigkeit bezeichnen? Das läßt sich keineswegs Untätigkeit nennen.

Nun zu Europa, wo nach den Worten des Chefs des Weißen Hauses der Stand der USA und überhaupt der NATO geradezu schwer sei. Wenn man sich aber wieder den Tatsachen zuwendet, so kann man sich leicht davon überzeugen, daß



die Gesamtmenge allein der amerikanischen Kernmunition hier in derselben Periode auf das Dreifache angewachsen ist und jetzt 7000 Einheiten übersteigt. Ist das ebenfalls das Resultat einer Untätigkeit?

Der Präsident gibt sich den Anschein, als gebe es im europäischen Raum die fast 1000 Kernwaffen mittlerer Reichweite der USA und ihrer NATO-Verbündeten nicht und als sei ihm nicht bekannt, daß die NATO der Gesamtzahl der Nuklearladungen an diesen Mitteln nach gegenüber der UdSSR eine Überlegenheit von 50 Prozent hat.

Nicht genug, daß der Präsident über all das schweigt, er sagt bewußt die Unwahrheit, wenn er behauptet, die Sowjetunion halte das von ihr verkündete einseitige Moratorium für die Stationierung von Mittelstreckenraketen nicht ein.

Er übergeht auch mit Schweigen, daß sich amerikanische Mittelstreckenwaffen nicht irgendwo, sondern buchstäblich vor unserer Tür befinden. In dieser Hinsicht gibt es übrigens für uns keinen Unterschied zwischen ihnen und den auf dem Territorium der USA befindlichen strategischen Rüstungen. Und das betrifft nicht nur Europa allein. Um die UdSSR herum sind viele Hundert amerikanische Trägermittel konzentriert, die einen Nuklearschlag gegen unser Territorium führen können. Und nach den offiziell bekanntgegebenen Plänen des Pentagon soll ihre Zahl auf ein Vielfaches ansteigen. Allein an Cruise Missiles großer Reichweite sollen über 12 000 stationiert werden.

Der Präsident zeigte das Foto eines Zivilflughafens in einem lateinamerikanischen Land und brachte es fertig, auch das für eine Bedrohung der USA auszugeben. Er zeigte aber keine Fotos von den Hunderten Startpisten, auf denen, Tausende Meilen von den USA entfernt, amerikanische Flugzeuge mit Kernwaffen an Bord bereit stehen, um in jedem beliebigen Moment zu starten.

Und all das ist, wie sich herausstellt, für die gegenwärtige USA-Administration noch zu wenig. Man schlägt Billionen Dollar heraus, um noch mehr Waffen zu Lande, zu Wasser, in der Luft und im Weltraum zu haben. Geplant ist eine einschneidende Zunahme von Kernwaffen aller Arten. Der Präsident gab ferner großangelegte Maßnahmen zur Schaffung qualitativ neuer Systeme konventioneller Waffen bekannt. Damit tut sich eine weitere Richtung im Wettrüsten auf.

Das aufdringliche Gerede, all das werde in Beantwortung einer "sowjetischen militärischen Bedrohung" getan, darf — und wenn es noch so oft aufgetischt wird — niemanden irreführen. Alles, was die Sowjetunion tat und tut, zeugt keineswegs von einem Streben nach militärischer Überlegenheit. Die Verträge

und Abkommen, die wir mit der amerikanischen Seite eingegangen und einzugehen bereit sind, sind darauf gerichtet, das Niveau der nuklearen Konfrontation ohne Verletzung der Parität — das heißt ohne Schaden für die Sicherheit der UdSSR wie auch der USA — zu senken.

Und es steht denen, die den SALT-II-Vertrag mit seinem gerade darauf präzisiertem Ziel torpediert haben, nicht an, sich jetzt als Friedensstifter aufspielen zu wollen. Sie weisen unsere Vorschläge zurück, daß die Sowjetunion und die NATO in Europa die gleiche Anzahl von Raketen, die gleiche Anzahl von Flugzeugen haben oder daß es dort überhaupt keine Kernwaffen — weder mittlerer Reichweite noch taktische — gibt, und reden dabei noch von einem Streben der UdSSR nach Überlegenheit. Die Methoden, derer sich die heutigen Führer in Washington bedienen, um die Politik der UdSSR in Mißkredit zu bringen, sind in den zwischenstaatlichen Beziehungen unzulässig.

**Frage:** Präsident Reagan erklärte, er habe eine neue Verteidigungskonzeption entwickelt. Was bedeutet das in Wirklichkeit?

**Antwort:** Darauf muß gesondert eingegangen werden. Nachdem er es langen und breiten von einer "sowjetischen militärischen Bedrohung" geredet hatte, äußerte sich Präsident Reagan dahingehend, daß es an der Zeit wäre, an die Sicherung der strategischen Interessen der USA neu heranzugehen, und kündigte in diesem Zusammenhang die Entwicklung einer großangelegten und hocheffektiven Raketenabwehr an.

Auf den ersten Blick mag das uninformierten Menschen sogar anziehend erscheinen, redet doch der Präsident von Verteidigungsmaßnahmen. Das stellt sich aber nur auf den ersten Blick und nur denjenigen so dar, die mit diesen Fragen nicht vertraut sind. In Wirklichkeit wird die Entwicklung und Vervollkommenheit der strategischen Offensivwaffen der USA unvermindert weitergehen, und zwar in eine ganz bestimmte Richtung — zur Erlangung eines nuklearen Erstschlagspotentials. Unter diesen Bedingungen ist die Absicht, eine Möglichkeit zur Vernichtung der entsprechenden strategischen Mittel der Gegenseite mit Hilfe der Raketenabwehr zu bekommen — das heißt, ihr die Fähigkeit zu einem Gegenschlag zu nehmen — darauf gerichtet, die Sowjetunion im Angesicht der amerikanischen nuklearen Bedrohung zu entwaffnen. Das muß man klar erkennen, um den wirklichen Inhalt dieser "neuen Konzeption" richtig einzuschätzen.

Seinerzeit, als die UdSSR und die USA an die Erörterung des Problems der strategischen Rüstungen gegangen wa-

ren, haben sie gemeinsam anerkannt, daß zwischen den strategischen Offensiv- und Defensivwaffen ein untrennbarer Zusammenhang besteht. Und es war kein Zufall, daß 1972 zwischen unseren Ländern gleichzeitig der Vertrag über die Begrenzung von Raketenabwehrsystemen und das erste Abkommen über die Begrenzung der strategischen Offensivwaffen abgeschlossen wurden.

Mit anderen Worten, beide Seiten haben in den erwähnten Dokumenten anerkannt und fixiert, daß nur gegenseitige Zurückhaltung auf dem Gebiet der Raketenabwehr es gestatten wird, auf dem Wege der Begrenzung und Reduzierung der Offensivwaffen voranzukommen, das heißt, den Wettlauf bei den strategischen Waffen in seiner Gesamtheit einzudämmen und diese abzubauen. Nun beabsichtigen die USA, diesen Zusammenhang zu zertrennen. Ergebnis dieser Konzeption — sollte sie verwirklicht werden — wäre faktisch, daß einem unaufhaltsamen Wettrüsten bei allen Arten strategischer Waffen — sowohl bei den Offensiv- als auch bei den Defensivwaffen — Tür und Tor geöffnet wird. Das ist der wirkliche Sinn, sozusagen die Kehrseite der "Verteidigungskonzeption" Washingtons.

**Frage:** Welcher allgemeine Schluß ist aus der Rede des USA-Präsidenten zu ziehen?

**Antwort:** Ich werde kurz und eindeutig antworten: Die derzeitige Administration der USA geht weiterhin einen äußerst gefährlichen Weg. So leichtfertig darf man sich nicht zu Fragen von Krieg und Frieden verhalten. Alle Versuche, militärische Überlegenheit über die UdSSR zu erlangen, sind vergeblich. Die Sowjetunion wird das nie zulassen, sie wird keiner Bedrohung jemals unbewaffnet gegenüberstehen. Das möge man in Washington mit voller Konsequenz begreifen. Man sollte dort endlich aufhören, immer neue Varianten dafür zu erfinden, wie man am besten einen Kernwaffenkrieg in der Hoffnung auf einen Sieg entfesseln kann. Dieses Unterfangen ist nicht nur unverantwortlich, sondern direkt wahnsinnig.

Obwohl der Präsident in seiner Rede in erster Linie von der Sowjetunion gesprochen hat, berührt sie die Interessen aller Staaten und Völker. Man muß sich darüber im klaren sein, daß die führenden USA-Politiker versuchen, heute die europäischen Länder zu nuklearen Geiseln zu machen. Die Handlungsweise Washingtons bedroht die ganze Welt.

Heute müssen alle Anstrengungen auf eines gerichtet sein — die Verhütung einer nuklearen Katastrophe. Wir fordern die Vereinigten Staaten eindringlich auf, diesen Weg zu beschreiten.

"Prawda", 27. März 1983



# EUROPA VOR DER ALTERNATIVE

Juri SHILIN

Meilensteine der Geschichte werden nicht am Kalender gemessen, sondern an Ereignissen. Natürlich nicht an alltäglichen, sondern an bedeutenden Ereignissen, die Wendepunkte bedeuten. Ein derartiges Ereignis steht Europa wie der ganzen Welt Ende 1983 bevor. Ereignis würde die Tatsache des Beginns der Stationierung neuer US-Raketen in Europa. Es wäre auch die Entscheidung, die diesen — ohne Übertreibung — schicksalsschweren Schritt verhinderte. Die Menschheit steht unmittelbar an einem Scheideweg. Die Alternative muß in ihrer wahren Realität und in ihrer ganz konkreten Form erkannt werden.

Warum muß man die Aufmerksamkeit auf die **echte Alternative** konzentrieren? Weil versucht wird, sie hinter einer fälschlichen, vorgeblichen Alternative zu verdecken, die nicht Wirklichkeit werden kann.

Befassen wir uns zunächst mit der fälschlichen Alternative. Sie impliziert die Wahl: Entweder nimmt die Sowjetunion Reagans sogenannte Null-Lösung an, oder sie hat sich mit der Stationierung von rund 600 neuen US-Raketen (Pershing 2 und Cruise Missiles) in Europa abzufinden, und Europa erlangt dadurch die jetzt nicht vorhandene Ruhe. Weshalb ist das eine fälschliche Alternative? Weil die eine ihrer vorgeblichen Varianten unrealisierbar ist und die andere nicht die von ihren Urhebern erwarteten Resultate ergeben wird.

Die erste Variante der fälschlichen Alternative ist also Reagans Null-Lösung. Sie setzt voraus, daß die Sowjetunion **alle ihre Mittelstreckenraketen vernichtet, die USA und andere NATO-Mitglieder aber ihre heute in Europa vorhandenen analogen Mittel behalten**, denen die sowjetischen Raketen im Grunde gegenüberstehen. Dann wäre eine Stationierung neuer US-Raketen unnötig.

Weshalb läßt sich diese Variante in der praktischen Politik nicht realisieren? In seiner Antwort auf die Fragen eines Prawda-Korrespondenten sagte Juri Andropow: "Der Präsident gibt sich den Anschein, als gebe es im europäischen

Raum die fast 1000 Kernwaffen mittlerer Reichweite der USA und ihrer NATO-Verbündeten nicht und als sei ihm nicht bekannt, daß die NATO der Gesamtzahl der Nuklearladungen an diesen Mitteln nach gegenüber der UdSSR eine Überlegenheit von 50% hat." Was würde geschehen, wenn die Sowjetunion einverstanden wäre, das "Pseudonull" als reale politische Größe hinzunehmen? Die USA und die NATO erhielten fast die doppelte Überlegenheit an Trägern von Kernwaffen mittlerer Reichweite und die dreifache an der Anzahl der Nuklearladungen. Ohne besondere Phantasie kann man sich ausmalen, daß das für die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder eine tödliche Bedrohung wäre, insbesondere angesichts der US-amerikanischen militärstrategischen Konzeptionen, vor allem der des "nuklearen Erstschlags". Diese Variante ist für die Sowjetunion natürlich unannehmbar und daher eben unrealisierbar. Man kann nicht am Verhandlungstisch eine Überlegenheit erzielen, die sich real nicht erzielen läßt.

Nun gut, wird Moskau entgegengehalten, dann realisieren wir die andere Variante: In Europa werden rund 600 neue US-Raketen stationiert werden. Und in den Hauptstädten der NATO-Länder interpretiert man: Auf diese Weise werde auf dem Kontinent das militärstrategische Gleichgewicht hergestellt; die westeuropäischen Länder könnten endlich aufatmen, da der angeblich bestehenden sowjetischen militärischen Bedrohung etwas entgegengesetzt werde. Untersuchen wir auch diese Variante.

Wenn sich die USA bei ihren westeuropäischen Verbündeten durchsetzen, werden die US-Raketen stationiert werden. Wozu führt das? Zur "Nachrüstung" und "Wiederherstellung" des Gleichgewichts? Nein, bei den Trägermitteln existiert das Gleichgewicht bereits jetzt, bei den Nuklearladungen hat der Westen Überlegenheit. Wenn man nur einen Zug im voraus berechnet, könnte mancher denken, die Realisierung der NATO-Pläne biete eine durchaus glückliche Perspektive: Die USA und ihre westeuropäischen Verbündeten erlangen das 1,5fache Übergewicht in der Anzahl der Kernwaffenträ-

ger mittlerer Reichweite, und die Überlegenheit der NATO an den mit diesen Trägermitteln ins Ziel beförderten Sprengköpfen nimmt noch weiter zu. Außerdem erlangen die USA die Überlegenheit über die UdSSR nicht nur auf dem europäischen Kontinent, sondern auch global, da für die Sowjetunion kein Unterschied zwischen "Euroraketen" und anderen Mittelstreckenwaffen einerseits und auf dem USA-Territorium stationierten strategischen Waffen andererseits besteht. Ist eine solche — vom Standpunkt der NATO-Strategen — prächtige Wende der Dinge möglich? Ja, wenn man nur einen Zug berechnet. Nein, wenn man die völlig klare und unzweideutige Warnung der Sowjetunion beachtet — die sie seinerzeit abgegeben hat —, daß sie im Falle eines derartigen Zuges die nötigen Gegenmaßnahmen ergreifen kann und wird, die sowohl jene Länder in Europa berühren, in denen neue US-Waffen auftauchen, als auch die Vereinigten Staaten selbst.

Ein solcher "Zug" kann die Verhandlungen nicht stimulieren, sondern nur das Wettrüsten forcieren. Ebendas sollte man beachten: Die Sowjetunion will keinesfalls, daß das militärische Gleichgewicht von irgendeiner Seite gestört wird, sie wird eine solche Störung auch nicht dulden, selbst wenn der Westen diese ernststen Warnungen in den Wind schlägt. Was ergibt sich nun real? Natürlich nicht die militärstrategische Überlegenheit der USA und der NATO über die UdSSR und den Warschauer Vertrag, sondern eine Erhöhung der Konfrontationsebene der militärischen Kräfte. Je stärker aber die Potentiale sind, die mehr oder minder gegenseitig ausgeglichen werden, desto unsicherer wird das Gleichgewicht selbst, und das heißt, die Friedensbewahrung wird anfälliger. Nicht nur wegen eines eventuellen Vorprellens der einen oder der anderen Seite im Wettrüsten, sondern weil dieses Wettrüsten selbst die Gefahr in sich birgt, zu einem Wettlauf in den Krieg, einem "Einzug ins Finale" zu werden.

Wie steht es um das tatsächlich Konkrete dieser Variante? Welche Verteilung der Rollen, Rechte und Pflichten der einzelnen NATO-Mitglieder ergibt sich im Falle ihrer Realisierung?



Die "eurostrategischen Raketen" sind amerikanische Raketen. Ihre Stationierung in Europa wird ein zusätzliches wesentliches Plus zu den dort bereits vorhandenen vorgeschobenen US-Waffen ergeben. Die Entscheidung über ihren Einsatz wird nicht in London, Bonn oder Rom getroffen, sondern in Washington. Vermutlich sogar einfach im Pentagon. Können die Europäer sicher sein, daß Moral oder gesunder Menschenverstand in diesem Falle ihre Rolle als Bremssystem spielen? Kaum. Was Washingtons hohe Moral angeht, war sie kein Hindernis für das Verbrechen an Hiroshima und Nagasaki. Was den gesunden Menschenverstand betrifft, muß man fragen, ob — zumindest aus europäischer Sicht — die Konzeption des "begrenzten" Kernkriegs, der grenzenlos wahnsinnig und grenzenlos gefährlich für die ganze Menschheit wäre, viel davon enthält?

Der wahre Sinn der Politik Washingtons liegt darin, die europäischen Länder zu nuklearen Geiseln zu machen. Angesichts dieser offensichtlichen Tatsache erscheint die von einigen Verbündeten Washingtons demonstrierte "Entschlossenheit", in diese Lage zu gelangen, mit dem weiteren Heranrücken der Termine immer mehr als tragische Farce. Schließlich nehmen sie es auf sich, den amerikanischen Projekten nicht nur ihren Segen zu erteilen, sondern auch das Territorium ihrer Länder für deren Durchführung bereitzustellen, obwohl sie sehr wohl wissen, daß jede Abschlußrampe im Grunde zu einer Zielscheibe wird. Welches Recht bewahren sie sich denn? Die "atlantische Solidarität" im Nuklearregime zu preisen? Verstand und Gewissen der Menschheit verstoßen gegen eine solche Perspektive.

Vielleicht aber ist man vielerlei und vielfältigen Alternativlösungen auf die Spur gekommen? Die sowjetische Haltung schließt keine einzige aus, wenn dabei nur das Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit gewahrt wird.

Statt des "Pseudonull" ist ein wirkliches "Null" möglich: Die völlige Befreiung Europas von Kernwaffen — sowohl taktischer als auch mittlerer Reichweite.

Der Westen will diese Variante nicht akzeptieren. Gut, dann gibt es eine andere. Man könnte, ohne zunächst die taktischen Kernwaffen einzubeziehen, ein Übereinkommen über den vollständigen Verzicht beider Seiten auf alle Arten nuklearer Mittelstreckenwaffen erzielen, die auf Objekte in Europa gerichtet sind. Der Westen gibt auch darauf keine positive Antwort.

Dann wäre eine dritte Variante erwägenswert, die die Sowjetunion auch auf den Genfer Verhandlungstisch gelegt hat: Nichtstationierung von US-Raketen; starker Abbau sowjetischer Mittelstreckenraketen um Hunderte Einheiten, darunter mehrere Dutzend der im Westen als SS20

bezeichneten Raketen; beiderseitiger Abbau auch der Trägerflugzeuge mittlerer Reichweite in der jeweiligen Region der UdSSR wie der NATO-Länder auf den gleichen Stand. Beibehaltung der Parität, aber auf wesentlich niedrigerem Stand. In diesem Fall würde die Anzahl der Startanlagen für sowjetische Mittelstreckenraketen im europäischen Landesteil der UdSSR und die Gesamtzahl der dafür bestimmten Sprengköpfe geringer sein als 1976, d.h. zu Beginn der Modernisierung dieser Raketen. Die Sowjetunion schlägt also vor: **Keine einzige Rakete in der UdSSR mehr als die den NATO-Ländern bleiben, konkret Großbritannien und Frankreich, kein einziges Flugzeug mehr - weder auf der einen noch auf der anderen Seite.** Man könnte sich vorstellen, daß vielen eine noch wesentlichere Minderung der sowjetischen Raketen wünschbar wäre. Der Weg dazu ist nicht verbaut, doch muß man dazu nicht in Moskau, sondern in London und Paris anklopfen, weil die sowjetische Haltung besagt, wenn die Anzahl der britischen und französischen Raketen in Zukunft verringert würde, dann würden zusätzlich auch die sowjetischen Raketen um die gleiche Anzahl verringert.

Für jene Leute in Europa, die aufrichtig (wenn auch unbegründet) über ein angebliches Ungleichgewicht zugunsten der Sowjetunion beunruhigt sind, müßte dieser Vorschlag annehmbar sein. Für jene in Europa und in Übersee aber, denen diese "Beunruhigung" nur Tarnung zur Erlangung militärischer Oberlegenheit ist, sind die sowjetischen Vorschläge unannehmbar. Washingtons Reaktion darauf hat das Wesen des Problems freigelegt. Es besteht gegenwärtig nicht mehr nur darin, **wer schuld war am Wetrüsten in der Vergangenheit, sondern darin, wer der Schuldige in der Zukunft werden kann,** für den gesamten Zeitraum der 80er Jahre.

Die "Tarnungsaktion" war so wenig überzeugend wie nie zuvor: Die sowjetischen Vorschläge wurden als Bemühen der UdSSR bezeichnet, das "Monopol" über die Mittelstreckenraketen zu behalten. Da entsteht aber die Frage: Von welchem Monopol kann die Rede sein angesichts der weiterbestehenden und bereits aufgenommenen Modernisierungspläne für 162 britische und französische Raketen? Es heißt, sie seien eine Komponente der nationalen Streitkräfte und könnten im allgemeinen Kräfteverhältnis zwischen USA und UdSSR nicht berücksichtigt werden. Es fragt sich aber, wohin diese Raketen zielen? In die Weiten des Eismers, in die Gewässer des Atlantik oder in den Sand der Sahara? Nein, sie zielen in eine Richtung, nach Osten. Deshalb hat die Sowjetunion, solange diese Raketen existieren, das volle Recht auf ein entsprechendes Äquivalent in dem System, das ihre eigene Sicherheit und die ihrer Verbündeten gewährleistet.

Wenn schon die Pläne der USA und der NATO unter dem Vorwand des

"Ausgleichs" der europäischen Kräftebalance vorgebracht werden, wie könnte man aus dieser Balance die wirklich "eurostrategischen" Waffen streichen? Die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs sind berechtigt, Einwände dagegen zu erheben, daß bei Verhandlungen, an denen sie nicht teilnehmen, die Frage diskutiert wird, diese Raketen zu belassen oder abzubauen. Dann aber haben sie weder das moralische noch das juristische Recht, sich in diese Verhandlungen einzumischen und der Sowjetunion eine einseitige Abrüstung in Nuklearraketen zu diktieren und damit der US-Administration bei deren Vorhaben beizuspringen, die Verhandlungen in eine Sackgasse zu führen.

Wenn es nämlich irgend etwas "Nullartiges" in den amerikanischen Vorschlägen gibt, dann ist es das Bestreben, die laufenden Verhandlungen in ein Null-Ergebnis münden zu lassen. In allen europäischen Hauptstädten ist es an der Zeit, noch einmal in Anbetracht der Sorge um die nationale Sicherheit kühl und nüchtern abzuwägen, ob eine derartige Haltung ihren Interessen entspricht.

Was ist besser: Ein Berg von Raketen auf beiden Seiten oder ein realer Fortschritt auf die reale Abrüstung hin? Da haben wir sie, die echte Alternative, vor der Europa steht.

In allen europäischen Hauptstädten wird von allen Offiziellen gesagt, ja, ja, ja, es sei besser, den Weg der Abrüstung zu gehen. Wenn man aber davon in London, Bonn oder Rom redet, meint man keineswegs das gemeinsame Beschreiten dieses Weges, sondern etwas genau Entgegengesetztes. Dieses "Etwas" wird immer häufiger als "Zwischenlösung" angeboten. Obwohl entsprechende Projekte einer solcher "Zwischenlösung" nicht auf den Verhandlungstisch kamen, zeichneten sich aus einzelnen Debatten bereits einige ihrer Konturen ab: Es geht angeblich um eine weniger radikale, aber eben doch einseitige Abrüstung der UdSSR, und eine weniger radikale, aber eben doch einseitige Aufrüstung der USA und der NATO. Wenn das aber so ist, dann bleibt alles wie gehabt, nämlich so oder so mit der Stationierung neuer US-Raketen in Europa zu beginnen.

Und dabei rechnet man noch darauf, daß sich die Sowjetunion auf den Abbau ihres Verteidigungspotentials einläßt! Es ist ganz klar, daß derartige Projekte bei den Verhandlungen zu keinerlei Ergebnissen führen und nur darauf berechnet sein können, die Antikriegsbewegung in Europa zu desorientieren.

Bedeutet das, daß die Sowjetunion sich weigert, irgendwelche neuen Vorschläge der anderen Seite zu prüfen? Nein, keinesfalls.

Die Alternative, vor der Europa steht, ist so verantwortungsvoll, daß sie entgegen dem eigentlichen Sinn dieses Begriffs und der formalen Logik die simplifizierte



Konsequenz ausschließt: "Ein Drittes gibt es nicht". Dieses "Dritte" — zwischen dem forcierten Wetrüsten und dem Beginn der Abrüstung — besteht nur in einem: in der Fortsetzung der Verhandlungen, bis zur Erzielung beiderseitig annehmbarer positiver Resultate, ohne Veränderung des jetzigen Kräftegleichgewichts in Europa. Dieses "Dritte" besteht darin, daß, wenn die Situation in Europa schon nicht schnell verbessert werden kann, sie doch zumindest nicht

verschlimmert werden sollte. Wenn US-Verteidigungsminister Weinberger erklärt, was man einführen würde, könnte ebenso auch wieder ausgeführt werden, betrügt er damit die Öffentlichkeit. Genauso wie vor drei Jahren, als geäußert wurde, einmal hergestellte Waffen müßten nicht unbedingt stationiert werden. Das Wetrüsten besitzt seine eigene Schwungkraft, die, ob wir das wollen oder nicht, bestenfalls den Lauf der Verhandlungen überflügelt, schlimmstenfalls

aber sie auf den Kopf stellt und sinnlos macht.

Man darf die Situation nicht verschlechtern, wenn man sie verbessern will. Verbessern läßt sie sich nämlich, und der Einsatz dafür lohnt. Verhandlungen und nur Verhandlungen, ehrliche, gewissenhafte und zielbewußte, sind das einzige Mittel zur Lösung der Konflikte des Kernzeitalters, das einzige Mittel, es nicht zu einem "Euroshima" oder "Amesaki" kommen zu lassen.

## BELGRADER GESPRÄCHE

Auf Einladung des Bundesexekutivrats Jugoslawiens stattete das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, Nikolai Tichonow, vom 21. bis zum 25. März dem Land einen offiziellen Freundschaftsbesuch ab. Die jugoslawische Presse bewertete ihn als neuen Beweis für die sich ständig weiterentwickelnden Kontakte und freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Völkern, unseren Staaten sowie zwischen dem BdKJ und der KPdSU.

Während der Begegnungen mit dem Vorsitzenden des Präsidiums der SFRJ, Petar Stambolic, dem Vorsitzenden des

Kohle- und Erdölverarbeitung, Maschinen- und Schiffbau.

Wirtschaftsfachleuten zufolge wurden mehr als 80 der 140 Objekte bereits in Betrieb genommen. Vor kurzem lief in Bosnien der erste Abschnitt des Erzaufbereitungskombinats Vares an, und ein neues Wärmekraftwerk in der Kleinstadt Gacko lieferte den ersten Strom. Ein für jugoslawische Maßstäbe bedeutender Tagebau mit einer Jahreskapazität von 2 Mio t nahm seine Arbeit auf. In Betrieb sind auch die Wärmekraftwerke Bitola in Mazedonien und "Plevlja" in Montenegro. Über 40% der Gußkapazitäten von Eisen und Stahl liefern mit Hilfe der UdSSR

Bemühungen des sowjetischen Volkes zur Verwirklichung der Beschlüsse des XXVI. Parteitags der KPdSU und von der Realisierung der Pläne für die volkswirtschaftliche Entwicklung der UdSSR. Die Seiten bewerteten die Dynamik der bilateralen Beziehungen positiv und äußerten beiderseitiges Interesse an der weiteren Vervollkommnung der Kontakte auf Partei- und Staatsebene.

Der Vorsitzende des UdSSR-Ministerrats erläuterte die neuen bedeutsamen Initiativen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder zur Zügelung des Wetrüstens und zur Gesundung der gegenwärtig durch Schuld der imperialistischen Kreise ernstlich zugespitzten Weltlage.

Nikolai Tichonow erklärte auf einem ihm zu Ehren von Petar Stambolic gegebenen Frühstück: "Um die über unseren Völkern schwebende nukleare Bedrohung zu beseitigen, müssen wir geschlossen vorgehen und unsere Anstrengungen mit allen fortschrittlichen und friedliebenden Kräften vereinen. Wir sind zutiefst davon überzeugt, daß sich der Frieden erhalten und festigen läßt, und zwar ohne irgend jemandes Sicherheit zu beeinträchtigen. Darauf richten sich auch die kürzlichen Initiativen der Warschauer Vertragsstaaten auf der Tagung der Führer dieser Staaten in Prag."

Zum Abschluß wurde ein Sowjetisch-Jugoslawisches Kommuniqué angenommen, in dem beide Seiten die Entwicklung der bilateralen Beziehungen positiv werten und den Wunsch nach ihrem weiteren Ausbau und ihrer Vertiefung zum Ausdruck bringen. In den grundsätzlichen Fragen Krieg und Frieden und Kampf für Abrüstung finden die Sowjetunion und Jugoslawien eine gemeinsame Sprache, und die bestehenden Unterschiede in der Beurteilung einiger internationaler Vorgänge sowie im Herangehen an einzelne Probleme dürfen das Wichtigste, das unsere Länder eint, nicht überschatten.

Die Gespräche in Belgrad bieten den Beweis, daß die UdSSR und die SFRJ eine neue Stufe in der Entwicklung der Zusammenarbeit erreichen, die den Interessen unserer Völker und auch dem Weltfrieden und dem Fortschritt dient.

L. CHARKOW  
Eigenbericht

Belgrad

"NEUE ZEIT" 14.83



Bei den sowjetisch-jugoslawischen Verhandlungen

Foto: TASS

Präsidiums des ZK des BdKJ, Mitja Ribicic, sowie in Gesprächen mit der Vorsitzenden des Bundesexekutivrats, Milka Planinc, äußerte der sowjetische Gast, das ZK der KPdSU und die Sowjetregierung unternähmen alles, um die sowjetisch-jugoslawische Zusammenarbeit erfolgreich voranzubringen.

Die für beide Seiten vorteilhaften Wirtschaftskontakte zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien entwickeln sich gut. Die UdSSR unterstützte und unterstützte die SFRJ beim Bau und der Rekonstruktion vieler Betriebe und Objekte so wichtiger Industriezweige wie Elektroenergetik, E- und NE-Metallurgie,

errichtete Betriebe. Jugoslawische Organisationen beteiligen sich ihrerseits an der Rekonstruktion verschiedener sowjetischer Betriebe der Leichtindustrie sowie am Bau von großen Touristik-Objekten in der Sowjetunion.

Unser Land ist der größte Handelspartner Jugoslawiens. Während das gesamte Handelsvolumen 1976–1980 18 Md. Dollar betrug, wird es im laufenden Planjahr fünf 32 Md. erreichen. Der stabile sowjetische Markt gestattet Jugoslawien langfristige Lieferungen von Serienerzeugnissen. Während des Besuchs Nikolai Tichonows wurden "Die Grundrichtungen der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit bis 1990" unterzeichnet.

Nikolai Tichonow berichtete den Politikern der SFRJ und des BdKJ von den



# VERSCHÄRFT LAGE

Als "Jahr des Kampfes für Frieden und Souveränität" gilt 1983 in Nicaragua, weil in diesem Jahr die Anstrengungen verdoppelt werden müssen, um die Unabhängigkeit der Republik gegen die aggressiven Anschläge der US-Administration zu verteidigen, die in ganz Mittelamerika eine friedensbedrohende Situation geschaffen hat. Immer gefährlicher werden die Überfälle der Somoza-Leute vom benachbarten Honduras her; hinzu kommen verstärkte wirtschaftliche Erpressung und Diversionen. Washington zettelt immer neue, heimtückischere Verschwörungen gegen Nicaragua an, um die dortige Revolution abzuwürgen, die sozialökonomischen Umgestaltungen rückgängig zu machen. "Nuevo Diario" (Managua) veröffentlichte Zeugenaussagen des US-amerikanischen Oberstleutnants John Buchanan, der aussagte, daß ein von den USA entwickelter und finanzierter Plan "zur Eroberung Nicaraguas von honduranischem Gebiet her" verwirklicht werde. Seinen Worten nach sollte die Invasion bereits Ende 1982 von einem Militärstützpunkt bei Mocoron, 20 km von Nicaragua entfernt, gestartet werden. US-Kampfflugzeuge hatten zu diesem Zeitpunkt bereits ein honduranisches Bataillon in den anliegenden Bezirk Puerto Lempira befördert. Ein weiteres Bataillon war in den Bezirk Mocoron verlegt worden, um den Somoza-Banden, die ununterbrochen bewaffnete Überfälle auf nikaraguanisches Territorium verübten, Nachschub und Deckung zu geben.

Von geheimen Vorhaben der USA gegenüber Nicaragua sprach auch die "International Herald Tribune", der zufolge sich 150 CIA-Agenten in Honduras befinden. US-Geheimdienstoffiziere gaben selbst zu, ihre Dienststelle ließe über Mittelspersonen Diversionsgruppen ehemaliger Somoza-Gardisten Geld und Ausrüstungen zukommen. CIA-Direktor William Casey leugnete laut "Barricada" (Nicaragua) nicht, daß diese Gruppen in Nicaragua Wühlaktivität betreiben.

Deshalb sind die nikaraguanischen Grenzer sowie die Kämpfer der Volksarmee "Milicianos" (Sandinistische Volksmiliz) in ständiger Einsatzbereitschaft. Sie werden von der Bevölkerung unterstützt. Fast täglich werden in Nicaragua eingedrungene konterrevolutionäre Banden

entwaffnet. Manchmal kommt es zu schweren Kämpfen. In Honduras bestehen 17 Lager, in denen mehr als 5000 gut bewaffnete und ausgebildete Somoza-Banden konzentriert sind. Sie überschreiten die Grenze an verschiedenen Abschnitten und begehen Diversionsakte.

Im Dezember 1982 versuchten die Somoza-Leute die Stadt Jalapa im Departement Nueva Segovia einzunehmen. Sie wollten dort eine provisorische Regierung einsetzen und weiter ins Landesinnere vorstoßen. Dieser Plan brach aber ebenso wie andere zusammen. Die Sandinistische Armee säuberte das Departement von den fast 2000 Eindringlingen, die sich unter Verlusten nach Honduras zurückzogen und dabei Dutzende Geiseln nahmen. Bereits im Januar 1983 dehnten sich die Operationen auf das benachbarte Departement Jinotega und auf den Bezirk an der Atlantikküste aus.

Allein im Januar/Februar d. J. haben von Honduras aufsteigende Flugzeuge und Hubschrauber 14 Mal den Luftraum des Landes verletzt.

Die Angriffe der Somoza-Leute wurden nach den Anfang Februar auf honduranischem Territorium, unmittelbar an der Grenze zu Nicaragua veranstalteten gemeinsamen Truppenmanövern der USA und Honduras' unter der Codebezeichnung "Big Pine" merklich intensiver.

Diese Manöver — die größten der jemals in Mittelamerika abgehaltenen — wurden von der Regierung Nicaraguas als ernst zu nehmende Provokation bezeichnet, gegen die die Nikaraguaner empört protestierten. Vor den Botschaften der USA und Honduras' in Managua versammelten sich Tausende und forderten die Beendigung der aggressiven Politik.

Eine neue Phase der US-Aggression gegen Nicaragua leiteten die großangelegten Kampfoperationen von Somoza-Banden um den 20. März ein. 1200 in den USA und Honduras ausgebildete Konterrevolutionäre drangen in das Departement Nueva Segovia und in die Nordbezirke des Departements Jinotega ein. Zur gleichen Zeit versuchte eine andere, 200 Mann starke Gruppierung in das Landesinnere vorzudringen, wurde jedoch im Departement Matagalpa gestoppt.



Laut UPI sind an der Invasion kubanische konterrevolutionäre Emigranten beteiligt. Ferner wurde bekannt, daß das honduranische Regime mehrere Bataillone der regulären Armee in Grenzbezirke zum Departement Chinandega verlegt hat. Die Soldaten der Sandinistischen Volksarmee sowie Sicherheitskräfte haben die Interventionen eingeschlossen und sind dabei, sie aufzureiben. Beobachter äußern jedoch die Vermutung, die USA könnten das Vorgehen der Somoza-Leute dazu benutzen, einen bewaffneten Konflikt zwischen Nicaragua und Honduras zu provozieren und damit die Lage in ganz Mittelamerika zu komplizieren.

Die Regierung Nicaraguas hat angesichts des neuen, von den USA vorbereiteten Aggressionsaktes die Einberufung des UN-Sicherheitsrates gefordert, der sich mit der entstandenen Situation befassen sollte.

Um das Volk Nicaraguas an seiner friedlichen Aufbauarbeit zu hindern, werden aus Honduras außer bewaffneten Banden auch Terroristen mit Waffen und Sprengstoff nach Nicaragua eingeschleust. Im Dezember v. J. entdeckten Sicherheitskräfte um die Weihnachtszeit als Kinderspielzeug getarnte Sprengkörper. Sie wurden Journalisten auf einer Pressekonferenz von Innenminister Tomas Borge vorgeführt.

Die Regierung Nicaraguas hat bei der Reagan-Administration mehrmals gegen die Aktivierung des verbrecherischen Vorgehens der Somoza-Banden protestiert, die sich auf die militärische und finanzielle Hilfe Washingtons stützen. Ferner wies sie auf die offene Unterstützung der in Honduras versammelten Terroristen durch das Weiße Haus hin. Die jüngsten Ereignisse zeigen, daß Washington all diese Proteste unbeachtet gelassen und damit eine schwere Verantwortung auf sich geladen hat.

**W. DOLGOW**  
Eigenbericht

Managua, im März



# GEFECHTSFELDER GEPLANT

## „Nichterklärter“ Krieg gegen Paktfreiheit

Der ehemalige US-Botschafter in Moskau George Kennan sagte vor kurzem über die Politik der heutigen US-Administration, sie handle, "als wäre sie schon im Zustand eines nichterklärten Krieges, den sie in Erwartung eines realen führt". Ein "nichterklärter Krieg" — gegen wen? Gegen die sozialistischen Länder allein? Eine rein rhetorische Frage, sollte man meinen. Die Amerikaner beantworten sie durch ihr Handeln. In den letzten Märztagen z. B. zogen die USA eine beispiellose antiafghanische Kampagne auf, um die Hilfe für die Banditen, die dorthin eingeschleust werden, verdoppeln oder sogar verdreifachen zu können. Zu gleicher Zeit organisierte Washington, diesmal am anderen Ende der Welt, die Intervention starker Banden aus Honduras in Nicaragua in unmißverständlicher Hoffnung, das sandinistische Regime zu stürzen.

Sind aber nur Staaten, in denen soziale Revolutionen vollzogen wurden bzw. werden, den aggressiven Anschlägen ausgesetzt? Vor solchen Anschlägen sind nicht einmal Länder sicher, die als westfreundlich gelten. Offensichtlich mit Wissen der USA handelt ihr engster NATO-Bündnispartner Großbritannien, das die Falklandinseln (Malwinen) in einen großen militärischen Brückenkopf umwandelt, von dem aus man Argentinien oder auch Brasilien — Staaten, die keineswegs "antiwestlich" zu nennen sind — bedrohen kann.

So etwas läßt sich auch nicht über Indien sagen. Und doch: Wen, wenn nicht die USA, meinte Indira Gandhi, als sie wiederholt von Versuchen "äußerer Kräfte" sprach, Indien einzukreisen und die Situation in seinen Nord- und Oststaaten zu destabilisieren?

Auch im Nahen Osten treten die versteckten Ursachen der Spannungen immer deutlicher zutage. Wie Yasser Arafat vor kurzem erklärte, setzten Schiffe der 6. US-Flotte im vorigen Sommer zweimal israelische Soldaten an der libanesischen Küste

aus. Damals war das Pentagon um die größte Geheimhaltung bemüht. Heute konzentriert es ohne die geringste Sorge um Geheimhaltung, ja sogar schon demonstrativ in Libanon nicht nur israelische, sondern auch amerikanische Truppen.

Bekanntlich liegt Syrien ganz in der Nähe. Ein Katzensprung ist es von hier aus auch bis zu den arabischen Erdölländern. Dabei heißt es in der berühmten Pentagon-Direktive über einen Nuklearkrieg, die im Januar durch die UPI publik gemacht wurde, unumwunden: Es sei die Verlegung von US-Truppen dorthin vorzubereiten, "falls der Eindruck entsteht, daß die Sicherheit des Zutritts zum Erdöl im Golfraum bedroht wird". Und zwar wurde empfohlen, dies zu tun, ohne eine Einladung auch nur der "mit den USA verbündeten Regierungen" der Erdölländer abzuwarten.

Es ist deshalb begreiflich, warum am "engen Hals" des Golfs in Oman ein großer Luft- und Marinestützpunkt der USA gebaut wird. Entgegen allen Protesten werden auch die militärischen Vorbereitungen auf der Insel Diego Garcia vorangetrieben, obwohl man doch meinen sollte, weiter geht es nimmer, denn das kleine Atoll ist ohnehin bereits ein Stützpunkt, ja ein Inbegriff der imperialen US-Ambitionen. Auch die somalische Küste lockt die Amerikaner.

Die "Times of Zambia" berichtete Mitte März darüber, was sich in Dschungel und Savanne im Innern Afrikas abspielt. Im NATO-Hauptquartier sei ein Beschluß gefaßt worden, der RSA die geflügelten Tomahawk-Raketen, die eine Kernsprengladung tragen können und eine Ersts Schlagwaffe sind, zur Verfügung zu stellen. Ein solcher Schlag kann von dort aus gegen jedes Land Zentralafrikas geführt werden. Auf Westafrika sollen die Tomahawk-Raketen von Sizilien aus gerichtet werden. "Somit gerät ganz Afrika in den NATO-Schraubstock", schreibt

die sambische Zeitung besorgt. Begreiflich ist daher ihr Aufruf an die Bewegung der Nichtpaktgebundenen, alles zu tun, um die drohende Gefahr abzuwenden.

Zur Ehre dieser Bewegung sei gesagt, daß sie sich in solchen für die Sicherheit ihrer Mitgliedsländer kardinalen Fragen immer konsequenter zeigt. Daher rührt die offene Feindseligkeit der USA gegen die Beschlüsse der im März in Delhi abgehaltenen Gipfelkonferenz der nichtpaktgebundenen Staaten. Kaum war der Wissenschaftspalast in Delhi von ihren Delegierten verlassen, als das State Department ein wirklich unerhörtes Dokument vom Stapel ließ: eine amtliche Erklärung, worin es die Unzufriedenheit über die Deklaration von Delhi äußerte und sich sogar nicht entblödete, die "meisten Länder der Welt" (Zitat aus besagter Erklärung) darüber zu belehren, wie sie die Prinzipien der Nichtpaktgebundenheit "gewissenhaft zu realisieren" haben: Die Deklaration widerspiegele diese Prinzipien nicht, enthalte viele "ungerechte Ausfälle gegen die USA" und lasse zugleich "eine Kritik an der UdSSR vermissen".

Wir möchten uns mit dem State Department nicht darüber streiten, was gerecht und was ungerecht ist. Dieses Amt weiß besser als jemand sonst, daß es Washington selbst war, das die "meisten Länder der Welt" durch seine militante Politik und imperiale Arroganz gegen sich aufgebracht hat. Diese Arroganz zeigt sich in der erwähnten Erklärung und auch in Artikeln der US-Presse, z. B. der "Washington Post", die mit groteskem Hochmut eines Wucherers und Neureichen schreibt, jene "Regierungen der paktfreien Länder", die "sich berechtigt fühlen, sich an den USA zu vergreifen,... strecken dann die Hand aus und bitten die USA um Geld".

Wenn man schon von einer "ausgestreckten Hand" spricht, so sind es überall die US-Bankiers und die Multis, die ihre Hand nach der dritten Welt ausstrecken. Es ist nicht nur amoralisch von ihnen, den gerechten Forderungen dieser Welt Widerstand zu leisten, sondern auch noch gefährlich. Wie man nämlich aus einem im Februar veröffentlichten Bericht Willy Brandts, welcher der von westlichen Politikern gegründeten Kommission für internationale Entwicklung vorsteht, sieht, ist die Wirtschaftslage in den Entwicklungsländern gegenwärtig noch schlechter als 1980, als der erste Brandt-Bericht veröffentlicht worden war. Eine solche Entwicklung könne, wie westliche Experten meinen, das ganze kapitalistische Weltwirtschaftssystem "in den Grundfesten erschüttern". Aber selbst um es zu retten,



wollen die USA keinen Cent ausgeben, denn sie betrachten die US-Hilfe nur als Mittel zur Stärkung imperialistischer Regimes. Die Reagan-Administration sieht einen Ausweg nicht darin, den jungen Staaten entgegenzukommen, sondern darin, dort gewaltsam den neokolonialistischen Kapitalismus durchzusetzen und die Befreiungswünsche ihrer Völker zu unterdrücken.



Ausbildung "grüner Barette" auf einem US-Militärstützpunkt

Foto: TASS

Aber noch mehr als die wirtschaftlichen Forderungen der nichtpaktgebundenen Länder ärgert Washington ihr beständiger Kurs auf friedliche Koexistenz, der in der Deklaration von Delhi klipp und klar bestätigt wurde. Dieser Kurs läßt sich nämlich überhaupt nicht in die Schemata der imperialistischen Globalstrategien einbauen, die den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas die Rolle potentieller Gefechtsfelder bei einer Konfrontation mit der sozialistischen Gemeinschaft zugeordnet haben. Es entsteht eine Kette regionaler US-Kommandos, die die Welt am Äquator umgürten. Kein Zufall, daß z. B. dem neuesten und größten davon, dem Central Command (es besteht amtlich seit Januar 1983 in der Zone Indik und Persischer Golf), auch Kernwaffen, die auf der Insel Diego Garcia bereits stationiert sind, zur Verfügung stehen.

Außerdem werden die Golfregion und Afrika von ihnen schon seit langem als eine Art "periphere Einflußzone" der NATO angesehen. Jetzt wollen die USA auch eine so "heiße" Region wie Mittelamerika faktisch in einen NATO-Wirkungsbereich umwandeln. Kurz vor der gegenwärtigen Intervention in Nika-

ragua begann im Karibischen Meer ein ungewöhnlich großangelegtes Manöver der NATO-Marine, bei dem 77 Kriegsschiffe der USA, Großbritannien und der Niederlande, darunter 3 Flugzeugträgerverbände der USA, eingesetzt sind. Selbstzufrieden beteuerte US-Admiral James Watkins am 17. März: "Jetzt gibt es dort mehr Schiffe als je zuvor." Ihn und seine Kollegen kümmert es herzlich wenig, daß das Einschalten der NATO in die US-Operationen in der dritten Welt in doppelter Hinsicht gefährlich ist: Einerseits würde ein Konflikt in Europa unter solchen Umständen wohl unvermeidlich auch auf die ehemaligen "kolonialen" Kontinente übergreifen, andererseits könnte ein Aufflammen in jedem heißen Punkt auf diesen Kontinenten einen europäischen und folglich globalen Brand auslösen. Wird aber diese Gefahr nicht absichtlich übersehen? Vielleicht übertreibt Botschafter Kennan nichts, wenn er sagt, das Weiße Haus betrachte den "nichterklärten Krieg" als Vorstufe zu einem "realen Krieg"?

Auf jeden Fall bestätigt die Entwicklung, genauer, das Vorgehen Washingtons, immer wieder, wie sehr es auf eine baldige Entspannung in den Riesenweiten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ankommt. Immer aktueller wird der Vorschlag, die Wirkungsbereiche der NATO und des Warschauer Vertrages nicht auf diese Kontinente auszudehnen. In der Prager Deklaration der Warschauer Vertragsstaaten wurde die Unterstützung für die friedensdienlichen Initiativen der Nichtpaktgebundenen, vor allem für die Idee der Umwandlung des Indik in eine Friedenszone, bekräftigt. Andererseits stimmt das konstruktive Herangehen an die internationalen Angelegenheiten, das die Konferenz von Delhi demonstrierte, mit den konkreten Bestimmungen und dem Geist der Prager Deklaration überein.

Kurz, immer breiter wird das Feld für ein Zusammenwirken der sozialistischen und der nichtpaktgebundenen Länder im Kampf gegen die Kriegsgefahr, für die Festigung des Friedens. Auch im Westen gibt es einflußreiche Kreise, die ebenfalls über die Geschicke der Entwicklungsländer und darüber besorgt sind, daß es dort zu einer Konfrontation kommen könnte, die die allgemeine Sicherheit gefährdet.

Mit Besorgnis allein ist es natürlich nicht getan. Immerhin kann sie praktische Aktivitäten fördern, auch unter jenen politischen Kräften in den USA, die sehen, wie gefährlich die Sackgasse ist, in die die Politik der heutigen US-Regierung ihr Land und die ganze Menschheit führt.

D. WOLSKI

NZ

KOMMENTAR

## DIE NATO IN EILE

Caspar Weinberger wollte die Zustimmung seiner Bündnispartner zur Stationierung von Euro-Raketen haben — und er hat sie bekommen. Dies das Ergebnis einer kürzlichen top-secret-Beratung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO in Vilamoura (Portugal).

Die Verteidigungsminister des Blocks (den französischen und den isländischen ausgenommen) bekräftigten noch einmal den Beschluß über die Stationierung von Pershing 2 und Flügelraketen in Westeuropa bis Ende d.J. Übrigens mit dem gewohnten Vorbehalt: falls bei den Genfer Verhandlungen über die Begrenzung der Kernraketen in Europa keine Ergebnisse von Belang erzielt werden.

Das ist etwas für das naive Publikum, denn solche Ergebnisse werden von den USA überhaupt nicht angestrebt. Ein Beweis dafür ist die Hartnäckigkeit, mit der sich das Weiße Haus für seine "Nullvariante" (lies: einseitige Abrüstung Moskaus) einsetzt. Washington gibt klar genug zu verstehen, daß es keine Angst hat, die Genfer Verhandlungen in einer Sackgasse landen zu lassen.

Dagegen hat man in Washington sehr wohl Angst davor, daß die Antikriegsdemonstrationen in Westeuropa zu Regierungskrisen und zu einer Verlangsamung bei der Realisierung des NATO-Raketenprogramms führen können. Ebendeshalb hatte es der US-Verteidigungsminister so eilig, sich in Vilamoura der Zustimmung seiner Bündnispartner zu versichern.

Wie der britische "Observer" schreibt, erklärte sich die Regierung Thatcher bereit, solche Objekte nicht erst im Juni, sondern schon im April 1983 ihrer Bestimmung zu übergeben. In den Niederlanden rief die Mitteilung, daß das Pentagon dort schon einen Platz für seine Flügelraketen (Stützpunkt De Peel) gewählt hat, obwohl die niederländische Regierung vorläufig keine Zustimmung zu ihrer Dislozierung gegeben und das Parlament zweimal gegen die Raketen gestimmt hat, einen Proteststurm hervor.

Aber die USA und die NATO setzen sich über die europäische Öffentlichkeit hinweg. Davon zeugt auch die Härte, mit der die jüngsten Manifestationen am entstehenden Raketenstützpunkt in Comiso (Italien) und bei Greenham Common (Großbritannien) gesprengt wurden. Kurz, die NATO hat es eilig.

W. PAWLOW



# BILANZ GUTER NACHBARSCHAFT

- ÜBER NÜTZLICHE WETTERLAUNEN
- "BELARUS"-TRAKTOREN IN FINNLAND
- DIE SORGEN VON MORGEN

Der vergangene Winter in Finnland war launisch, besonders im Süden. Morgens fiel nasser Schnee, abends regnete es.

Die an die genauen Grenzen zwischen den Jahreszeiten gewohnten Finnen staunten, aber Seppo Vaulo z.B. war dieses Wetter recht. Für ihn ist der Winter die schwierigste Zeit. Je stärker der Frost, desto dicker das Eis, desto schwerer fällt es, einen Streifen Wasser darin freizulegen. Es gab eine Zeit, da reichten die Sommermonate, um die Güter, die sich im Hafen während des Winters ansammelten, umzuschlagen. Heute laufen Schiffe Hamina das ganze Jahr über an, und die Lagerschuppen stehen nie leer. Im Vorjahr wurden dort beinahe 4 Mio t Frachtgut umgeschlagen, das sind über 19 Mio Mark. Auf Hamina und das benachbarte Kotka entfällt gegenwärtig ein Viertel aller Seetransporte Finnlands. Deshalb gefällt ein solcher Winter dem Hafenchef ganz gut.

Im Winter sind die finnischen Häfen von Eis bedeckt. Die Wärme des Golfstroms, die die norwegischen und schwedischen Häfen belebt, erreicht Finnland kaum. Ohne Eisbrecher kommt es nicht aus. Bereits 1890 legte ein Eisbrecher die erste winterliche Seestraße für eine Kauffahrtflotte aus Turku frei. Doch bis Hamina war es noch ein weiter Weg. Zuerst kamen Eisbrecher nach Kotka. Lange Zeit war die Nachbarschaft dieses großen Hafens ein Handicap für Hamina. Dafür spielte der Umstand, daß die Stadt nur 40 km von der sowjetischen Grenze entfernt liegt, die entscheidende Rolle für ihre heutige Entwicklung.

Heute geht das Gros der Frachten zwischen der UdSSR und Finnland über Hamina und Kotka. An den Anlegestellen sieht man sowjetische Tanker und Containerschiffe. Sie bringen Erdöl, Benzin, Metall, Werkzeugmaschinen und andere Industrieanlagen. Hamina ist ein großer Umschlagplatz für das Transitgut, das über die UdSSR befördert wird. Nach Ansicht des stellvertretenden Hafenchefs Heimo Heikkilä droht dem Hafen keine Rezession:

"Obwohl das Jahr 1982 einen allgemeinen Rückgang in der Schifffahrt mit sich brachte, erhöhte sich unsere Transportmenge um 10%. Zeugt das denn nicht von der Stabilität und der Festigung der sowjetisch-finnischen Wirtschaftsbeziehungen?"

Hamina wurde 1652 von Per Brahe gegründet. Die Stadt entstand als Grenzfestung, weshalb die Straßen nicht strahlenförmig auseinanderstreben, sondern konzentrische Kreise um das alte Rathaus bilden. Ich begann meine Bekanntschaft mit der Stadt auf einem Ring, der erst seit kurzem um Hamina läuft. Die meisten Betriebe am Stadtrand sind erst kürzlich hinzugekommen. Was zog die Industriellen hier an? Vor allen Dingen der Hafen und die Eisenbahnstation. Die Transportkosten sind relativ niedrig; zu einem bedeutenden Teil werden die Erzeugnisse dieser Betriebe in die UdSSR exportiert. Eröffnet wird die Liste von einem Betrieb der Aktiengesellschaft "Teofin". In der UdSSR ist sie als Lieferant von Chemikalien bekannt, die in der Lack- und Farbensowie der Nahrungsmittelindustrie breite Anwendung finden.

Ein Betrieb der Firma "E. Priha" liefert ebenfalls Chemikalien: Harze für die Produktion von Sperrholz, Holzspanplatten und Mineralwolle. 80% dieser Erzeugnisse werden ausgeführt, der größte Handelspartner ist die UdSSR, die ihrerseits der Firma Chemierohstoffe liefert. Ein neuer Bereich der Zusammenarbeit sind Entwicklungs- und Forschungsarbeiten. Direktor J. Suomalainen schätzt die Ergebnisse von Laborforschungen, die gemeinsam mit sowjetischen Fachkräften angestellt werden, hoch ein. Pekka Luhtanen, Direktor einer Konfektionsfabrik der bekannten Firma "Luhta", führt neue Modelle vor. Die Konfektionsindustrie macht jetzt nicht gerade die beste Zeit durch. Aber der sowjetische Partner ist absolut zuverlässig. Die Wirtschaftskontakte zwischen unseren beiden Ländern kennen keine Konjunkturschwankungen.

## "Konela"- Kunden

Wir fragten den geschäftsführenden Direktor der Firma "Konela-Belarus", Teuvo Rouvali, wann in Finnland das erste sowjetische Auto verkauft worden war. Ein genaues Datum ließ sich nicht feststellen. Und der erste sowjetische Traktor? Vielleicht gerade dieses unscheinbare DT-14-Modell? Er war vor beinahe 30 Jahren in Charkow montiert worden und hatte 1954 die finnische Grenze überquert. Seitdem haben die DT-14-Traktoren in Finnland viele Tausende Hektar gepflügt, Hunderttausende Tonnen Frachten transportiert und ihre Besitzer nie im Stich gelassen.

Nun nimmt der Veteran einen Ehrenplatz in der Ausstellung von "Konela-Belarus". Bald werden Mechaniker den alten Traktor reparieren. Direktor Risto Oikkonen meint, das werde die beste Werbung für die Firma sein. Gewiß sei er mit den Belarus-Traktoren, die sie heute handelt, nicht zu vergleichen. Aber was die Finnen an den sowjetischen Traktoren vor allem schätzen: Sie seien zuverlässig und robust. Der DT-14 von Charkow liefere den besten Beweis dafür.

Pentti Mutka, Direktor der Firma "Agroma", die Traktoren absetzt, gibt zu, er habe einen ernsten Kampf bestehen müssen. Der finnische Markt sei wählerisch, werde von vielen Firmen seit Jahrzehnten beliefert. Wenn sich Belarus-Traktoren trotzdem durchgesetzt und ihren Weg zum Käufer gefunden hätten, so sei das ein Verdienst der sowjetischen Konstrukteure und Maschinenbauer.

Vor kurzem verbreitete "Konela-Belarus" einige Hundert Fragebogen unter ihren Abnehmern. Die meisten Bauern antworteten: Die sowjetischen Traktoren seien zuverlässig, leicht zu bedienen und zu warten. Vor allem aber sei der Traktor... Pentti sucht eine Weile nach dem passenden Wort und findet es schließlich:

## Eine Tank- und Wartestelle von "Konela" in Helsinki





"sittkeä", was bedeutet, daß sich aus dem Traktor sehr viel herausholen läßt.

Über 2000 Traktoren hat "Konela-Belarus" in den 10 Jahren ihres selbständigen Bestehens abgesetzt.

"Konela", die erste sowjetisch-finnische Aktiengesellschaft, beging im vorigen Jahr ihren 35. Gründungstag. Nach ihr entstand die Firma "Koneisto". Sie verkauft sowjetische Werkzeugmaschinen und Industrieanlagen. Ferner ist die "Saimaa-Lines" da, die für den Gütertransport auf dem Saimaa-Kanal sorgt. Die ebenfalls gemischte Firma "Elog-Data" setzt sowjetische EDV-Anlagen in Finnland ab. "Teboil" und "Suomen-Petrol" liefern Erdöl sowie Kraft- und Schmierstoffe. Heute bestehen gemischte Gesellschaften auch in anderen Ländern des Westens. Aber die finnischen Partner fanden sich als erste zu solchen Kontakten bereit.

Finnland war das erste kapitalistische Land, das mit der UdSSR ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit unterzeichnete. Erstmalig wurde eine ständige Regierungskommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit gegründet. Als erstes westliches Land stellte Finnland direkte Kontakte zum Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe her. Erstmalig praktizierten unsere beiden Länder den gemeinsamen Bau und die gemeinsame Modernisierung von Industriebetrieben. Vieles geschah zum erstenmal, und die Ergebnisse sind beeindruckend.

## Swetogorsk, Kostomukscha

### und so weiter

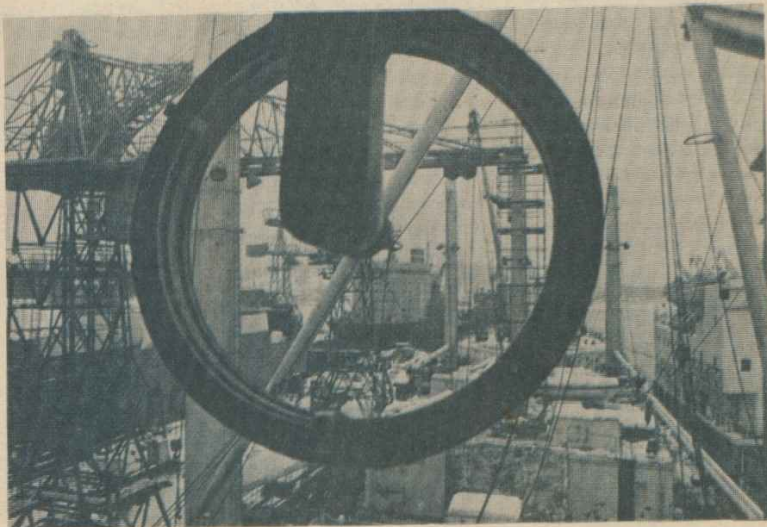
Die Finnen geben zu, daß sie in allem, was ihre Muttersprache angeht, sehr konservativ sind. Es ist sehr selten, daß ein Fremdwort übernommen wird. So heißt "Luftfahrt" auf Finnisch "ilmailu", "Fußball" ist "jalkapallo", und selbst für das Telefon haben sie ihr eigenes Wort: "puhelin". Aber das Wort "Finnstroi" hat sich eingebürgert. Ein nicht so sehr für Philologen wie vielmehr für Wirtschaftswissenschaftler interessanter Fall.

Diese Firma entstand in Finnland vor mehr als 10 Jahren und wurde zum sowjetischen Generalauftragnehmer beim Bau von Industrieobjekten. Nachdem sie den ersten Bauvertrag erhalten hatte, zog sie über 20 diverse finnische Gesellschaften an die Sache heran. Risto Kangas-Ikkala, Direktor von "Finnstroi", bemerkte: Um etwas Neues mit einem solchen Schwung in Angriff zu nehmen, müsse man eine Perspektive haben und sicher sein, daß die Kontakte nicht abbrechen. "Finnstroi" ist ein in seiner Art einzigartiges Unternehmen, hat es doch den finnischen "Export im Bauwesen"

eingeleitet. Swetogorsk und dann Kostomukscha zeigten, daß die Finnen in der Lage sind, Bau und Rekonstruktion großer Industrieobjekte zu bewältigen. Und doch hat Risto Kangas-Ikkala recht, wenn er sagt, daß sie nicht auf dem Nullpunkt anfangen. Was meint er damit?

Schon in den 60er Jahren beteiligte sich Finnland am Bau eines Wasserkraftwerks im Gebiet Murmansk, dann an der Erweiterung und Modernisierung des Saimaa-Kanals und später am Ausbau des Holzgewinnungsbetriebs Pjasee in der Karelschen ASSR. Die UdSSR ihrerseits baute in Raahä das Hüttenkombinat Rautaruukki, das größte in Nordeuropa; es deckt Finnlands Bedarf an Roheisen, Stahl

Situation der Wirtschaftsflaute im Westen, zeigt sich der günstige Charakter des sowjetisch-finnischen Geschäftsverkehrs besonders deutlich. An Beispielen fehlt es nicht. Der Schiffbau Norwegens und Dänemarks steckt jetzt in einer der schwersten Krisen der Nachkriegszeit. Die norwegische "Akersgruppen", die Tanker und Bohrschiffe baut, erlitt in zwei Jahren einen Verlust von 300 Mio. Kronen. Die Werften von Helsinki und Turku aber haben sowjetische Aufträge für mehrere Jahre. Direktor Hannu Eskelinen sagte mir: "Die festen Verbindungen der Firma 'Wärtsilä' mit sowjetischen Partnern tragen zu unserer Kapazitätsauslastung und zur Erhaltung von Arbeitsplätzen bei und



Auf der Werft von "Wärtsilä" in Turku

Fotos: TASS

und Walzgut zu 60%. Sowjetische Fachleute übergaben vor zwei Jahren die zweite Baustufe des Kernkraftwerks Lovisa ihrer Bestimmung. Es stimmt schon, Risto Kangas-Ikkalas Kollegen haben ein Fundament gelegt. Trotzdem bedeutet die Entstehung von "Finnstroi" eine neue Etappe in den Wirtschaftsbeziehungen unserer beiden Länder. Diese Beziehungen, die auf dem Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe von 1948 beruhen, haben langfristigen Charakter und eine klare Perspektive. Das wurde im Dezember 1982 beim Helsinki-Besuch Nikolai Tichonow, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR, erneut bekräftigt.

In den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen wird stets ganz genau gerechnet. Man wählt seine Partner aus, nachdem man alle Für und Wider erwogen hat. Die finnischen Geschäftsleute sprechen offen über ihre Berechnungen. Heute, in der

ermöglichen es außerdem, ständig die Technologie zu perfektionieren und die Kontakte mit sowjetischen Wissenschaftlern auszubauen." Die Zeitung "Helsingin Sanomat" wies darauf hin, daß die UdSSR auch in Zukunft der größte Auftraggeber der finnischen Baufirmen sein werde, und betonte, daß Finnland nur unter dieser Bedingung die Talsohle der Konjunktur überwinden könne.

Viele meiner Gesprächspartner gaben zu, daß die Finnen die Auswirkungen der Krise weniger stark empfanden. Die Rezession war kürzer, die Arbeitslosigkeit hat nicht die Dimensionen wie in den anderen kapitalistischen Ländern angenommen. Die sowjetischen Aufträge sicherten 150 000 Finnen Arbeit. Diese Zahl läßt sich nicht mit einer Handbewegung abtun. Der heutige Stand der sowjetisch-finnischen Zusammenarbeit beweist, daß gute Nachbarschaft auch noch wirtschaftlich ist. Einem unvoreingenommenen Menschen liefert dieses Beispiel viel Stoff zum Nachdenken.

N. IWANOW

Helsinki



# REGIME- METAMORPHOSE

"Jetzt wehen die Winde der Veränderungen in allen Lebensbereichen Somalias in Richtung Washington", meldete der UPI-Korrespondent Charles Mitchell. In Somalia vollziehen sich tatsächlich Veränderungen, doch mit der gleichen meteorologischen Terminologie wäre es richtiger zu sagen, daß sie sich unter dem Druck der Winde vollziehen, die von jenseits des Ozeans, aus den USA, blasen. Gerade der Druck Washingtons zwang 1977 die herrschenden Kreise Somalias, an die Verwirklichung der seit langem gehegten chauvinistischen Idee von der Schaffung eines "Großsomalia" zu gehen. Als ersten Schritt unternahm sie damals die Intervention in der äthiopischen Provinz Ogaden, um diese an sich zu reißen. Die USA ermunterten Mogadischu zu dem Aggressionsakt, da sie meinten, die junge äthiopische Revolution werde diesen Schlag nicht aushalten und könne erdröselt werden.

Diese Hoffnungen gingen nicht in Erfüllung. Das äthiopische Volk fand die Kraft, den Aggressoren eine vernichtende Abfuhr zu erteilen. Die Niederlage Somalias in dem von dessen Regierung angezettelten Krieg hatte wichtige innen- und außenpolitische Folgen. Die somalischen Behörden gingen bei der Kriegsvorbereitung von dem bislang verfolgten Kurs auf Freundschaft und Zusammenarbeit mit den Staaten der sozialistischen Gemeinschaft ab, einem Kurs, der dem Land in kurzer Zeit bedeutende wirtschaftliche Ergebnisse gebracht hatte, und gaben die sozialistischen Ideale, die sie, als sie 1969 an die Spitze des Staates traten, zum Ziel ihrer Politik proklamiert hatten, auf.

Die damals mit Unterstützung der UdSSR errichteten Wirtschaftsobjekte, die die Grundlage der nationalen Industrie bilden sollten, sind stillgelegt und verfallen.

Der Krieg wirkte sich verheerend auf die auch ohnedies schwachentwickelte Wirtschaft des Landes aus. Gehört ja Somalia zu den rückständigsten Ländern. Das jährliche Prokopfeinkommen ist beinahe das niedrigste der Welt.

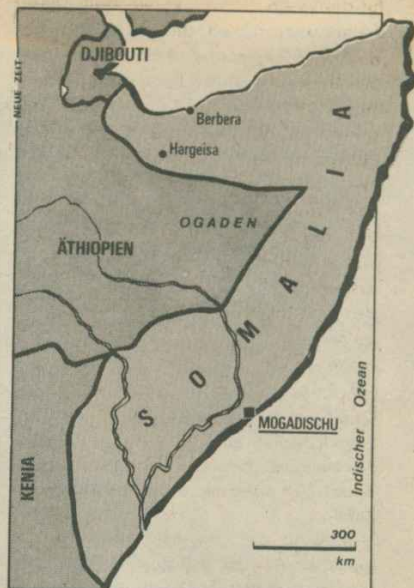
Die Rückständigkeit erklärt sich vor allem durch eine Reihe objektiver Gründe. In den langen Jahren ihrer Herrschaft

hatten die britischen und italienischen Kolonialherren außer Bananenplantagen nichts Nützliches in Somalia geschaffen. Daher gibt es im Lande keine moderne Industrie. Somalia ist äußerst arm an Naturressourcen.

Neben den objektiven Gründen gibt es auch solche, die sich aus der Politik der herrschenden Kreise ergeben. Sie haben ihre Expansionspläne immer noch nicht aufgegeben. Wie die kenianische Zeitung "Daily Nation" meldete, erklärte der Präsident Somalias, Siad Barre, er werde die Kräfte, die für eine "Lostrennung" von Äthiopien eintreten, auch weiterhin unterstützen. Mogadischu, das sich auf eine weitere Runde der kriegerischen Auseinandersetzung vorbereitet, gibt dafür 50-80% seines Haushalts aus, so die Reuter-Agentur. Eine solche Last ist für die Wirtschaft, deren Zustand von ausländischen Beobachtern als katastrophal bezeichnet wird, völlig unerträglich. Und das schreibt UPI über die ärmliche Lage der Bevölkerung in Mogadischu: "Die Armut hält die Stadt in einer eisernen Zange. Die schmalen ungepflasterten Gassen dienen als Zuflucht für Bettler, Kinder, hungernde Familien und Prostituierte, alles atmet Verzweiflung."

Die Mißerfolge im Krieg gegen Äthiopien und die schwere wirtschaftliche Lage demoralisieren die Bevölkerung. Die westliche Presse konstatiert, daß das Regime durch die passive und völlig korrupte Bürokratie gelähmt, die staatlichen Institutionen diskreditiert sind und nichts von der Begeisterung, von der Unterstützung durch das Volk zu spüren ist, die die Führung des Landes in den ersten Jahren der Revolution von 1969 hatte. Vor vier Jahren wurde ein großes regierungsfeindliches Komplott aufgedeckt. Und im Juli 1982 wurden unter der Beschuldigung der Vorbereitung eines Umsturzes sieben der höchsten Beamten des Staats- und Parteiapparats verhaftet. Siad Barre, konstatierte UPI, "bildet regelmäßig sein Kabinett um, um die Bildung einer regierungsinternen Opposition zu verhindern".

Viele Militärs und Politiker, frühere Anhänger Siad Barres, verließen den Militär- und die Regierung, einige von ihnen begaben sich ins Ausland, wo sie opposi-



tionelle Gruppierungen bildeten. 1981 schlossen sich drei derartige Gruppierungen zur Demokratischen Front zur Rettung Somalias (SDSF) zusammen, die den Guerilla-Kampf im Landessüden aufnahm. In Nordsomalia agiert die oppositionelle Organisation Somalische Nationale Bewegung (SNM). Ende 1982 vereinbarten die SDSF und die SNM eine Koordinierung ihrer Aktionen, um das derzeitige Regime zu stürzen.

Die oppositionelle Bewegung nimmt seit August 1980, als das Militärabkommen zwischen Mogadischu und Washington geschlossen wurde, rapide zu. Diesem Abkommen zufolge wurde dem Pentagon der somalische Militärstützpunkt in Berbera überlassen, und die USA versprachen dafür, Somalia Wirtschafts- und Militärhilfe zu leisten. So begann die Wende in der somalischen Außenpolitik zur Zusammenarbeit mit dem Imperialismus.

In Mogadischu wird behauptet, der Stützpunkt in Berbera sei nicht amerikanisch geworden und den Amerikanern sei nur das Recht eingeräumt worden, ihn zu benutzen, wenn das für sie erforderlich sei. Doch das ist für sie offenbar ständig erforderlich, offenbar für lange Zeit. Die USA arbeiten intensiv daran, den Stützpunkt ihren militärischen Bedürfnissen anzupassen. Sie bauen die Landebahnen um, richten Auftankstationen für die Flugzeuge ein. AFP zufolge haben die USA dort bereits Rüstungsgüter für die Eingreiftruppe stationiert. Gearbeitet wird auch im Seehafen Berberas.

Somalia wurde der Pariser Zeitung "Les Echos" zufolge in einen Teil des ausgedehnten militärischen Aufmarschgebiets



für die Eingreiftruppe verwandelt. Dieser Aufmarschraum soll der Zeitung gemäß das Vorrücken der US-Truppen, die militärische Sicherstellung ihrer Flugzeuge und Kriegsschiffe erleichtern. Die gleichen Ziele verfolgen übrigens auch die von den USA geschlossenen Abkommen über die Nutzung von Militärstützpunkten in Ägypten, Sudan, Oman und Kenia. So wurde Somalia in das weitgespannte militärisch-strategische System der USA einbezogen. Seine Truppen nahmen an dem vom Pentagon Anfang 1982 in der Region durchgeführten Manöver "Bright Star" teil, an dem sich ferner Ägypten, Sudan und Oman beteiligten.

Im Dezember führten die USA in Somalia ein weiteres Manöver durch. Zu dessen Beobachtung trafen in Mogadischu der Befehlshaber der US-Streitkräfte im Pazifik und Indik, Admiral Robert Long, und der Befehlshaber der Eingreiftruppe, Generalleutnant Robert Kingstone, ein. An dieser gemeinsamen amerikanisch-somalischen Übung nahmen Marine-, Luftwaffen- und Heeresseinheiten teil. Doch diese "Gemeinsamkeit" diente vor allem der Ablenkung. Was hat Somalia schon für eine Kriegsmarine oder Luftwaffe? Eine gewisse Klarheit, warum in Somalia so hohe US-Militärs eintrafen, brachte wieder UPL. Sie meldete, daß das Manöver auf dem "amerikanischen Militärstützpunkt in Berbera" stattfand, "der den Vereinigten Staaten 1980 angeboten wurde", und betonte, diese Base gelte als eine der wichtigsten für die Eingreiftruppe. Sie wird bereits für deren Transport zum US-Hauptstützpunkt im Indischen Ozean auf Diego Garcia benutzt.

Doch möglich ist, wie sich erweist, auch der entgegengesetzte Weg — von Diego Garcia nach Somalia. Gerade auf dieser Route wurde im Juli 1982 eine große Partie von US-Waffen nach Somalia geschafft. Das Pentagon führte Reuter zufolge "strenge Beschränkungen für die Information über Typ und Zahl der Rüstungsgüter" ein, die nach Somalia geschickt wurden. Das erklärt sich dadurch, daß sowohl in Washington wie in Mogadischu behauptet wird, diese Waffen seien nur zur Verteidigung bestimmt, als ob Somalia von irgend jemand bedroht würde, der dessen Territorium sich anzuzeigen trachte. In Wirklichkeit ist es umgekehrt. Die somalischen Behörden weigern sich, öffentlich auf territoriale Ansprüche an ihre Nachbarn zu verzichten. Und nicht nur an Äthiopien. So ruft in Nairobi die Unterstützung, die Mogadischu prosomalischen Banden auf dem Territorium Kenias gewährt, Besorgnis hervor. Die Freunde Somalias — die USA und Ägypten —, die Hauptwaffenlieferanten für das Regime in

Mogadischu, schreibt die kenianische Zeitung "Daily Nation", müssen Maßnahmen ergreifen, um "S. Barre zur Vernunft zu bringen und ihm zu zeigen, wie weit er gehen kann".

Die Waffenlieferungen dienen als Vorwand zur Verstärkung der US-Militärpräsenz am Horn von Afrika. In Somalia ist bereits eine Gruppe von US-Militärberatern eingetroffen, und jetzt plant das Pentagon, einige "mobile militärische Gruppen" hinterher zu schicken, angeblich, um somalische Soldaten im Umgang mit schweren Waffen auszubilden. Im Klartext: Es geht um die Entsendung von US-Militäreinheiten nach Somalia. So ermöglicht das Somalia aufgezwungene faktische Militärbündnis mit den USA den Imperialisten, das somalische Territorium für die Interventionspolitik Washingtons im Indikraum zu benutzen. Darauf wiesen auch viele Redner auf dem Delhier Gipfel der Nichtpaktgebundenen hin.

Die 1982 erfolgte Verstärkung der Rüstungslieferungen an das Regime in Mogadischu fiel mit einer Verstärkung der militärischen Operationen der SDSF-Partisanentrupps zusammen. Sie agierten so erfolgreich gegen die Regierungstruppen, daß dies in Washington Befürchtungen um den US-Stützpunkt in Berbera auslöste: Die SDSF-Führer erklärten, sie kämpften insbesondere dafür, daß es auf dem Territorium ihres Landes keine ausländischen Militärstützpunkte gibt. Auf der Suche nach einem Vorwand für die Einmischung der USA in den inneren Konflikt, die nach den Normen des Völkerrechts unzulässig ist, brachten Washington und Mogadischu eine Version in Umlauf, es gäbe keinerlei Partisanenbewegung in Somalia und die Kämpfe dort würden von regulären Truppen Äthiopiens geführt, die angeblich auf somalisches Territorium eingedrungen seien. Doch objektive Beobachter entlarvten unverzüglich diese Version. So schrieb die Kairoer Zeitung "Al-Ahali", allein schon der Charakter der Kämpfe, die Zahl der Getöteten und Verwundeten zeugten von einem Guerillakrieg, nicht aber von Schlachten regulärer Armeen. Die Regierung Äthiopiens wies kategorisch die Beschuldigungen zurück, ihre Truppen seien nach Somalia eingedrungen. Nichtsdestoweniger werden neue Waffenlieferungen an Somalia über die Luftbrücke Berbera-Diego Garcia geplant.

So verwandelte das Regime, das früher eine antiimperialistische Politik verfolgte, im chauvinistischen Taumel und den "aus Washington wehenden Winden" nachgebend das Land in ein echtes Aufmarschgebiet des Pentagon. Eine lehrreiche Metamorphose!

J. BOTSCHKARJOW

NZ

KOMMENTAR

## DREI RESULTATE

Drei Resultate der jüngsten Europaratstagung verdienen besondere Aufmerksamkeit.

Erstens bestätigte sich die Ohnmacht der EG-Länder, wirksame Maßnahmen gegen die Handels- und Wirtschaftsoffensive der USA zu ergreifen, die die "Newsweek" folgendermaßen interpretierte: Das Gerede mit den Partnern müsse aufhören, die Taktik der USA habe sich vollständig gewandelt, jetzt werde die Reagan-Administration so lange zuschlagen, bis Blut fließe. Gegen die von Washington aufgezwungenen "Kriege" (das bezieht sich auf die Zinssätze, das Vorgehen auf dem Stahl-, Automobil- und Agrarmarkt u.a.) hat der Gemeinsame Markt bislang keine Gegenmittel gefunden. In der EG wird lediglich konstatiert, der Kapitalabfluß nach Übersee gehe weiter.

Unter den "Zehn" ist Frankreich, dessen Wirtschaft ohnehin schon durch die enormen illegalen Kapitalabflüsse der Unternehmers angeschlagen ist, die keine Zusammenarbeit mit der Linksrregierung wollen, am stärksten betroffen.

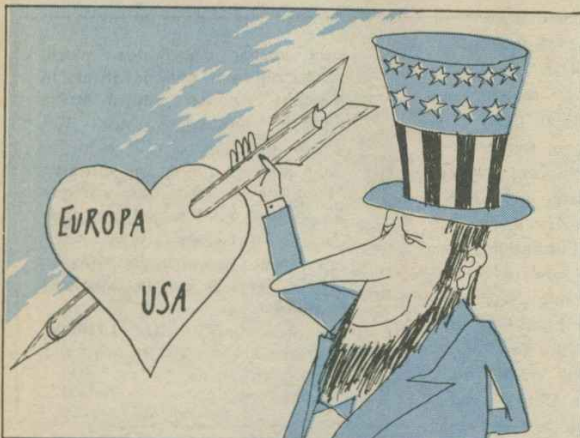
Das zweite Resultat ist unmittelbar mit dem ersten verknüpft. In Washington, Bonn und Brüssel verbirgt man nicht, daß man keine weiteren linken sozialökonomischen Experimente in Frankreich wünscht. Das kam nicht nur in den Erklärungen Bonns zum Ausdruck, die Franzosen lebten über ihre Mittel und müßten deshalb den Riemen enger schnallen, sondern auch in konkreten Handlungen, in den heftigen Angriffen des US-Dollars und der D-Mark auf den Franc.

Die Devisenspekulationen haben solche Ausmaße angenommen, daß die französische Bank allein innerhalb einer Woche 23 Md. Franc zur Stützung des Kurses aufwenden mußte. Das allerdings rettete den Franc nicht vor der bereits dritten Abwertung in anderthalb Jahren. Frankreich konnte den Schlag etwas abfangen, da seine EG-Partner zustimmten, die D-Mark, den holländischen Gulden, die dänische Krone sowie den belgischen und den luxemburgischen Franc aufzuwerten.

Wird der Druck auf Frankreich aufhören? Wohl kaum. Der Franc und die französische Politik wurden zur Zielscheibe aller reaktionären Kräfte in Europa und in den USA, denen die von der Linksrregierung vorgenommenen Umgestaltungen nicht passen. Sie geben deutlich zu verstehen, daß der jetzige Währungskompromiß nur ein zeitweiliges Zugeständnis darstellt. Das ist das dritte und vermutlich wichtigste Resultat der Tagung.

L. MAKAREWITSCH





## LIEBE AUF AMERIKANISCH

In den letzten Jahrzehnten demonstriert Washington unausgesetzt seinen tiefen Hang zur alten Madame Europa. Den Liebeserklärungen folgen gewöhnlich großzügige Geschenke. 1953 kam die erste Sendung von Atomsprengköpfen, jetzt sind es schon über 7000. Kürzlich ersuchte das Pentagon den Kongreß, 1,4 Md. Dollar für den Bau neuer Militärobjekte zur Stationierung von M1-Panzern, Geschößwerfern und Luftabwehrsystemen zu bewilligen. Vor allem aber will Washington seinen "Flirt" dazu bringen, sich Ende dieses Jahres Flügelraketen und Pershing 2 präsentieren zu lassen.

Die US-Zeitschrift "Counterspy" veröffentlichte vor kurzem 20 Jahre alte Geheimdokumente des Pentagon. Für den Fall eines "Krieges mit dem Osten", so die Zeitschrift, hätten die US-Strategen schon damals 47 Objekte in der BRD, 20 in Finnland und mehr als 12 in Österreich für Kernschläge ausersehen. Wenn das kein Liebesbeweis ist.

G. SIDOROWA

Karikatur aus: "Süddeutsche Zeitung" (BRD)

## VERGIFTETER DOLCH

"Ein auf das Herz Indiens zielender Dolch" wird der US-Stützpunkt auf Diego Garcia im Indik genannt. Auf dieses kleine Atoll versteifen sich die Pentagon-Strategen bei ihren Operationsplänen für die

Transportschiffe der 5. US-Flotte.

Das Pentagon hat insgeheim Kernmunition auf die Insel befördert. Laut "Blitz" (Indien) werden die US-Truppen auf



Eingreiftruppen in Asien. Auf dem Mauritius "entlehnten" Boden haben sich inzwischen 2000 Gls eingenistet. Weitere 10 000 sollen folgen. Die kürzlich ausgebaute Flugpiste kann strategische B52-Bomber aufnehmen, die umgebauten Kais Flugzeugträger und

Diego Garcia jetzt auf die Aufnahme von C-Waffen vorbereitet. Mit ihrer Lagerung beschäftigen sich Fachleute der 82. Luftlandedivision der USA, die nach dem Vietnam-Krieg "Indochina-Vergifter" getauft wurden. Nach Angaben der Zeitschrift wird in absehbarer

## WER ARBEIT WILL, SOLL ZAHLEN

Das Management des US-Multis Eastman Kodak hat einen Arbeiter entlassen, der daraufhin aufmuckte, weil er bei seiner Einstellung vor einem Monat 1000 Dollar hatte hinblättern müssen. Skandal. Die Untersuchung ergab, daß die Mitarbeiter der Personalabteilung von Arbeitslosen für vakante Stellen hohe Bestechungsgelder einstreichen.

Der in Rochester (USA) erscheinende "Democrat & Chronicle" meint, so etwas sei keine Seltenheit. Angesichts der hohen

Arbeitslosigkeit ist der Stellenhandel in den USA zu einem recht einträglichen Geschäft geworden.

Im Gegensatz zu den US-Unternehmern lassen sich die "Arbeitsvermittler" aus Köln kaum einer Gesetzesverletzung bezichtigen. Sie haben mit der Zeitschrift "Job" einen völlig legalen Weg eingeschlagen. Das gut aufgemachte und relativ billige Heft (2,50 DM) wendet sich an die Beschäftigungslosen. Der Inhalt allerdings dürfte kaum einem von ihnen helfen. "Job" bringt rührende Geschichten von Leuten, die angeblich ganz gut von der Unterstützung leben, und Reportagen über "fixe Burschen", die es fertigbrachten, nach ihrem Rausschmiß "Unternehmer" zu werden.

"14 Tage ohne Lohnforderung arbeite ich, wenn Sie mir [25 Jahre... Kfz. - Mechaniker] einen [Hilfs-Job] geben! Zuschriften unter..." "10 000 DM bietet arbeitsloser Angestellter, 52 Jahre, für Arbeitsplatz... Jede Tätigkeit wird angenommen." "1000 DM Belohnung zahle ich demjenigen, der mir [zuverlässiger Industriekaufmann mit Berufserfahrung in der Baubranche, Einkauf, Buchhaltung] einen Dauerarbeitsplatz als Sachbearbeiter vermittelt." Derartige verzweifelte Stellengesuche finden sich häufig in den Zeitungen.

Beiderseits des Atlantik kann man also mit der Arbeitslosigkeit einen ganz schönen Reibach machen.

J. JERSCHOW



s 12. US-Luftwaffen-  
der, das sich durch  
wurf von "Agent Oran-  
Vietnam einen "Na-  
emacht hat, auf dem  
den.

dische Presse erinnert  
daß die USA bereits  
hungen für den Einsatz  
ogischer Waffen in



gestellt haben. Mitte  
Jahres wurde aus Pa-  
er US-Bürger David  
ngewiesen, der das  
ische Forschungszen-  
Lahore leitete. Die  
r beschäftigten sich  
auptsächlich mit der  
der giftigen Moskitos  
Aegypti", die ge-  
Krankheitserreger  
en. Die Wirkung des  
rde an Einheimischen

a Waffe werden die  
Schutz ihrer "Lebens-  
n" im Indik vorzie-  
n, C- oder bakteriolo-

Garcia wird vermutlich  
che Auswahl bieten.  
ch" weist bereits deut-  
spuren auf.

L. JELIN

inwohner der Indik-  
länder erwartet das  
der C-Kriegsopfer in  
warnt die indische  
t "Blitz".

"NEUE ZEIT"

## HÜ UND HOTT

RSA-Premier Pieter Botha nutzte ein kürzliches Interview der "New York Times", um die "vom Kommunismus bedrohten" afrikanischen Nachbarländer aufzufordern, sich Pretoria anzuvertrauen. Stabile Grenzen, versicherte Botha, liegen in unserem Interesse.

Ein besseres Beispiel für den Unterschied zwischen Wort und Tat läßt sich kaum denken. Offenbar um der "Stabilität" willen hat die RSA-Soldateska die Aggression

gegen Angola und Mocambique organisiert, die Bandenüberfälle auf die Hauptstadt des unabhängigen Lesotho, Maseru, verübt und sorgt für die Aufrechterhaltung der Spannungen an den Grenzen zu Simbabwe und Sambia. Ohne Hilfe der RSA könnten auch die regierungsfeindlichen Gruppierungen UNITA in Angola und MNR in Mocambique nicht existieren.

Der Premier hätte, ehe er eine solche Erklärung abgab, besser die

kurz vorher geäußerten Worte seines eigenen Außenministers in Betracht gezogen. Rulof Botha nämlich verkündete, die RSA werde die Politik der Destabilisierung Lesothos und der anderen "Frontstaaten" bis zur völligen Ausrottung der "Terroristen" fortsetzen. "Terroristen" sind in seinem Sprachgebrauch die Kämpfer für die Freiheit der Ureinwohner der RSA.

M. SARIPOW  
Eigenbericht

Lusaka

## MIT BLINDHEIT GESCHLAGEN

Man sagt, die bundesdeutsche Justiz sei auf einem Auge blind. Generalbundesanwalt Kurt Rebmann (Foto oben) zieht es vor, beide Augen zuzukneifen, wenn es um Neonazis geht.

Der "Stern" erläuterte vor kurzem, wie die Untersuchung der Verbrechen der rechtsradikalen Roeder-Bande verlief. Am 27. September 1980, einen Tag nach der von Rechtsextremisten ausgelösten Explosion auf dem Münchner Oktoberfest, verhörten Beamte des Bundeskriminalamts verhaftete Mitglieder der Roeder-Bande. Dabei fiel der Name Heinz Lembke. Dieser habe im Wald zahlreiche Depots mit Sprengstoff und Bundeswehr-Waffen angelegt.

Aus dem Vernehmungsprotokoll des Raymund Hörnle, Mitglied der Roeder-Bande, erfährt man: "Herr Lembke zeigte uns verschiedene Sprengmittel, Zündvorrichtungen, Sprengschnüre, Plastiksprengstoff und auch militärischen Sprengstoff. Er sagte, er habe viele Depots dieser Sprengmittel im Walde und könne jede Menge davon liefern..." Die Aussagen Hörnles wurden von anderen Neonazis und dem Bandenchef selbst bestätigt.

Die Vernehmungsprotokolle wurden wie üblich an die Bundesanwaltschaft weitergeleitet.

Ein Jahr verstrich... Am 26. Oktober 1981 stieß ein Forstarbeiter beim Bäumeseetzen auf Minenzünder, Sprengstoff, panzerbrechende Munition, Schnellfeuergewehre und Handgranaten (Foto unten), vieles in Originalverpackung der Bundeswehr. Insgesamt wurden 33 verschiedene, von Lembke angelegte Waffenlager entdeckt. Schließlich wurde der "Zeughausverwalter der Neonazis" verhaftet. Allerdings konnte er nicht mehr plaudern, da er in der Haftanstalt "Gelegenheit bekam", sich zu erhängen. Dabei hätte man von Lembke doch vielleicht erfahren können, wer ihm denn eigentlich die Bundeswehr-Waffen lieferte.

Auf eine Anfrage des "Stern" ließ Rebmann über Telex raten: "Erkenntnisse über ein von Lembke angelegtes Waffenlager lagen bis zu den Waffenfunden in der Lüneburger Heide bei Uelzen Ende Oktober 1981 weder dem Generalbundesanwalt noch dem Bundeskriminalamt vor."

Und die bereits 1980 überstellten Vernehmungsprotokolle? Offenbar hatte Rebmann an den darin enthaltenen Informationen wenig Interesse. Oder machte eben mal wieder beide Augen zu.

N. SHOLKWER

Fotos aus: "Stern" (BRD)





# DAS GEWISSEN KENNT KEINE VERJÄHRUNG

Von unserem politischen Kommentator  
Lew BESYMENSKI

## ● DER HENKER VON LYON — EINER VON VIELEN

## ● DAS SCHICKSAL DER MÖRDER VON SOBIBOR

## ● SS-SCHERGEN IN US-DIENST

Bisweilen werden eigentlich unbedeutende Personen plötzlich zu Symbolen durchaus bedeutsamer Erscheinungen. SS-Hauptsturmführer war kein sonderlich hoher Rang, die Funktion des Gestapo-Chefs in einer besetzten Stadt war ebenfalls nicht die höchste in der SS-Hierarchie. Und vieles bei Barbie war einfach Zufall. Zufällig sah ihn auf dem Bildschirm der Detroiter Professor Dabringhaus, der im Henker von Lyon einen Agenten der US-Spionage erkannte. Ebenso zufällig erblickte Musa Kowaljowa-Kriwonossova, jetzt Einwohnerin der sowjetischen Stadt Daugavpils, die in den Kriegsjahren in Lyon war, Barbie auf dem Bildschirm. Sie erkannte den Mann, der sie in den Kerkern der Lyoner Gestapo mißhandelt hatte...

Zufälle? Wohl eben die, in denen eine Gesetzmäßigkeit zum Ausdruck kommt. Der Figur des Barbie war es bestimmt, Symbolgehalt zu bekommen. Eben deshalb begann der erste Stellvertreter des Generalstaatsanwalts der UdSSR, Nikolai Bashenow, auf der kürzlichen Pressekonferenz in Moskau gerade mit dem Henker Lyons. Doch er erinnerte die Versammelten zugleich daran, wie viele ähnliche Bestien noch auf freiem Fuß sind und sich der gerechten Strafe entziehen!

Die Bestrafung der Kriegsverbrechen ist nicht nur ein juristisches Problem. Es ist eine in hohem Maße politische und sozusagen allgemeinemenschliche Forderung. Durchaus zu Recht verankerte die UNO in ihren Dokumenten das Prinzip der obligatorischen Bestrafung der Kriegsverbrecher, darunter in einer Sonderresolution vom 13. Februar 1946. 1968 verabschiedete die UNO eine Konvention über die Nichtanwendung der Verjährungsfrist bei Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Diese Forderung ist nicht nur der Vergangenheit zugewandt. Die Nachkriegswirklichkeit hat gezeigt, daß Verbrechen gegen den Frieden und die

Menschlichkeit bis heute verübt werden. Verbrecherische Ziele schaffen verbrecherische Mittel. Die imperialistische Aggression — ob die US-Aggression gegen Vietnam oder die Aggression Israels gegen Libanon und die anderen arabischen Länder — bringt neue Henker hervor. Leutnant Calley oder die Banditen, die in den Palästinenserlagern von Sabra und Shatila wüteten, trugen nicht die SS-Uniform. Doch sie müssen ebenso zur Verantwortung gezogen werden.

Die Verfolgung und Bestrafung der Kriegsverbrecher hat viele Aspekte. Einer von ihnen ist die Treue zu eingegangenen Verpflichtungen, die Einhaltung internationaler Abkommen. Wenn wir die Ermittlung von Verbrechen verlangen, lassen wir uns dabei keineswegs von Rachegelüsten oder von dem Wunsch, "in der Vergangenheit zu wühlen", leiten, wie das einige westliche Propagandisten behaupten. Das Sowjetvolk hat keine "doppelte Buchführung": die eine für die Zeit des gemeinsamen Kampfes zur Befreiung der Welt vom Faschismus, die andere für die Nachkriegszeit. Für die sowjetischen Menschen ist die Bestrafung der NS-Verbrecher eine Sache der Ehre und des Gewissens. Für Kriegsverbrechen gibt es weder juristische noch moralische Verjährung.

Bereits während des Krieges wurde in unserem Lande die Außerordentliche Staatliche Kommission zur Ermittlung und Untersuchung der Verbrechen der faschistischen deutschen Eindringlinge gebildet, die eine fürwahr titanische Arbeit leistete. Ihre Dokumente lagen der Aufdeckung und Bestrafung vieler Verbrechen zugrunde. Doch diese Arbeit endete nicht mit dem Tag des Sieges. Gleich nach dem Krieg wurden in der UdSSR viele Prozesse gegen Kriegsverbrecher durchgeführt. Auf der Pressekonferenz wurde folgende Zahl genannt: Von den in Gefangenschaft geratenen Wehrmachtangehörigen und

SS-Leuten wurden 9626 Personen abgeurteilt. Doch auch später verfolgte die sowjetische Justiz untergeschlüpfte Verbrecher. So fanden allein 1982 Prozesse in Elista, Ternopol und in Wolynien statt. Bei ihnen hatten sich lange Zeit versteckt gehaltene Komplizen der NS-Scherger zu verantworten.

Doch das ist nur ein Aspekt. Die Verfolgung der NS-Verbrecher ist zugleich eine wichtige Frage der internationalen Zusammenarbeit. Die UdSSR hilft bei der Ergreifung und Bestrafung von Kriegsverbrechern, die sich in anderen Ländern versteckt halten oder entdeckt wurden. Bedauerlicherweise ist diese Seite der Tätigkeit der sowjetischen Justiz im Westen nicht immer bekannt und wird bisweilen absichtlich verzerrt dargestellt. Davon zeugt ein Brief, den unsere Redaktion kürzlich aus Frankreich von R. Krieger, dem Sekretär der Gesellschaft Frankreich—UdSSR in den Unteren Pyrenäen, erhielt. Dort heißt es:

"Im zweiten Programm des französischen Fernsehens sah ich kürzlich die Sendung 'Kriegsverbrecher 40 Jahre danach'. Ihre Teilnehmer waren sich darin einig, daß auch nach 40 Jahren die NS-Verbrecher verfolgt werden müssen. Doch in der Sendung hieß es, die sozialistischen Länder weigerten sich, bei der Suche nach den NS-Mördern, bei der Fahndung nach den Verbrechern zu helfen. Ist dem so? Meine Freunde und ich würden gern die Wahrheit wissen."

Auf der Pressekonferenz erklärte dazu Nikolai Bashenow:

"Die zuständigen sowjetischen Organe leisten eine große Arbeit, um den ausländischen Organen bei der Sammlung von Beweismaterialien gegen NS-Kriegsverbrecher, die sich auch in anderen Ländern befinden, zu helfen. An das Ausland, darunter an die USA, die BRD, Österreich und Holland, haben wir allein in den letzten 5 Jahren über 3000 Protokolle der Aussagen von Zeu-



gen und Opfern sowie eine große Zahl von erbeuteten deutschen Dokumenten übergeben. Zur Anhörung der Zeugen kamen 397 ausländische Juristen, in deren Beisein an die 600 Zeugen vernommen wurden, in die UdSSR. 189 Personen begaben sich zu Zeugenaussagen vor Gerichten ins Ausland..."

Oberdies betonte Nikolai Bashenow, auf unsere Frage antwortend, daß allein in den letzten Jahren die Sowjetunion an die USA, die BRD, Großbritannien und Kanada Auslieferungersuchen für 15 Kriegsverbrecher, die sich in diesen Ländern aufhalten, gerichtet hat. Doch keinem Ersuchen wurde stattgegeben! Für mehr als 140 Personen, die der Strafe entgingen und jetzt in den USA leben, wurden den US-Justizorganen unwiderlegbare Beweise für schwerste Verbrechen auf sowjetischem Territorium übergeben. Nur sieben von ihnen wurde die US-Staatsangehörigkeit aberkannt, und keiner von ihnen wurde an die Sowjetunion ausgeliefert.

Nein, nicht der Sowjetunion kann man die Nichtbeachtung der eingegangenen Verpflichtungen vorwerfen! Die sozialistischen Länder leisten eine enorme Arbeit, um die Verbrecher aufzuspüren. Es sei nur daran erinnert, wieviel Länder wie Polen, die DDR und die CSSR tun. Ganz anders sieht es da im Westen aus. Der Unterschied wird aus dem Bericht eines ehemaligen Häftlings des KZ Sobibor, Alexander Petscherski, der den Häftlingsaufstand in diesem Todeslager organisierte, deutlich, als er auf der Moskauer Pressekonferenz sprach.

Petscherski berichtete von den Greueltaten der SS-Bestien in Sobibor. Jene Schergen, die der sowjetischen Justiz in die Hände fielen, wurden verurteilt, wobei viele die Höchststrafe erhielten. Doch was geschah mit den Hauptschuldigen, die sich in den Westen absetzten — den SS-Leuten Hubert Gomerski und Karl Frenzel? Gomerski, der anfangs zu lebenslänglich verurteilt worden war, wurde freigelassen. 1977 wurde er erneut verurteilt — zu 15 Jahren Gefängnis. Doch da er bereits eine längere Zeit verbüßt hatte, durfte er nicht nur auf freiem Fuß bleiben, sondern erhielt sogar ... eine "Haftentschädigung"! Und der Prozeß gegen Frenzel läuft noch, ein Ende ist nicht abzusehen...

Der Fall des Klaus Barbie warf ein Schlaglicht auf die bewußte Mißachtung internationaler Verpflichtungen durch die US-Behörden. Die Kriegsverbrecher wurden von der US-Reaktion übernommen und in antisowjetische Aktivitäten eingespant. Lang ist die Liste der NS-Verbrecher, die die amerikanischen Behörden

als Propagandisten und Agenten einsetzten und einsetzen!

Die NS-Ära wirft einen unheilvollen Schatten auf die heutige westliche Welt, nicht zuletzt auf die BRD. Kürzlich wurden folgende Zahlen veröffentlicht: In der gesamten Nachkriegszeit bis einschließlich 1981 wurden in der BRD 87 765 Personen angeklagt. Auf den ersten Blick eine große Zahl. Doch sie ist in Wirklichkeit verschwindend klein, wenn man berücksichtigt, daß allein die in Nürnberg als verbrecherisch qualifizierte SS gegen Kriegsende 800 000 Personen zählte (von denen 40 000 in den SS-Führungsorganen, über 100 000 in "Strafeinheiten" und 40 000 in Todeslagern tätig



**SS-Obersturmführer Zuber, heute hoher BRD-Beamter**  
Foto aus: "Stern"

waren). Doch was geschah in jenen 87 765 Fällen, in denen die BRD-Justiz Anklage erhob? In 79 638 Fällen wurde sie eingestellt! Urteile ergingen nur in 6456 Fällen (davon kamen 114 Personen mit Geldstrafen davon). Jetzt liegen in den Gerichten weitere 1671 Fälle, die eines Urteils harren.

Man denke nur: Fast 40 Jahre sind seit dem Zusammenbruch des Hitlerfaschismus vergangen, Hunderte und Tausende von Verbrechen aber blieben ungesühnt. Die Gründe dafür liegen tief. Es geht dabei nicht nur um bundesdeutsche Gerichte, sondern um etwas Ernsteres: um das politische Klima, in dem die Prozesse stattfinden. Wenn der Antikommunismus in den Rang einer Staatsdoktrin erhoben wird, beeilt man sich, die NS-Verbrechen

zu vergessen. Statt dessen ist man bemüht, die Argumente aus den schmutzigsten Quellen der Goebbels-Propaganda zu übernehmen. Ein frisches Beispiel dafür ist der kürzlich vom ersten Programm des BRD-Fernsehens gezeigte Film, der mit Hilfe von Aufnahmen der NS-Wochenschau versucht, die Kriegsverbrechen ... polnischen und sowjetischen Soldaten anzulasten. Und das zu einer Zeit, da die Welt von den Untaten eines Barbie und seinesgleichen spricht!

Kürzlich veröffentlichte der "Stern" eine Liste von SS-Leuten, die nach dem Krieg unter höchstem Schutz sowie im Dienste der US-Spionage und der BRD-Spionagebehörde standen. Darunter: - SS-Oberführer Friedrich Panzinger, ehemaliger Leiter des Amtes V. im Reichssicherheitshauptamt. Er wurde im Nürnberger Prozeß als Mitschuldiger für den Einsatz der Gaswagen, darunter auch in Frankreich, erwähnt;

- SS-Oberführer Willi Krichbaum, Grenzsprekter Südost der Gestapo und Chef der Geheimen Feldpolizei;

- SS-Sturmbannführer Emil Augsburg, einer der Verantwortlichen für die Verwirklichung des "Wannsee-Plans" (die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung Europas);

- SS-Sturmbannführer Josef Adolf Urban, Chef der SD-Leitstelle Budapest;

- SS-Sturmbannführer Fritz Schmidt, Chef der Gestapo-Leitstelle Kiel;

- SS-Hauptsturmführer Hermann Hubig von der Einsatzgruppe A, die die sowjetische Zivilbevölkerung im Nordabschnitt der sowjetisch-deutschen Front vernichtete.

Doch das ist nicht nur Vergangenheit. Der "Stern" berichtete, daß der ehemalige SS-Obersturmführer Ebrulf Zuber immer noch Direktor in der Abteilung V des Bundesnachrichtendienstes ist. In der Hitlerzeit unterstand ihm im SS-Hauptamt die Aufnahme in die SS.

Sind denn diese Tatsachen nicht Grund genug, den ganzen Zynismus und die Heuchelei jener amerikanischen Propagandisten zu erkennen, die die Verhältnisse im Westen als höchstes Ideal der Menschheit preisen und sogar uns Bürger des sozialistischen Sowjetstaats auffordern, solche Zustände wiederherzustellen? Saubere Menschenrechtsapostel sind das, die für die Erreichung ihrer Ziele NS-Verbrecher einspannen — jene, die Millionen Menschen deren heiligstes Recht, das Recht auf Leben, geraubt haben.

Mögen seit den NS-Verbrechen auch Jahrzehnte vergangen sein — das Menschheitsgewissen kennt keine Verjährung. Es verlangt Gerechtigkeit um der Zukunft willen.



# ZWEI SCHRITTE VOR DEM ÄQUATOR

Von unserem Sonderberichterstatler  
Sergej GOLJAKOW

"Ich freue mich, sowjetische Gäste in unserer schönen Stadt, einer wahren Perle Ekuadors, begrüßen zu können", empfing uns der Alkalde von Guayaquil, Bolivar Cali, in seinem Arbeitszimmer. Der Bürgermeister stammt natürlich aus der Stadt und ist, wie es sich gehört, Lokalpatriot.

Guayaquil ist ein dichtbesiedeltes Zentrum des wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Lebens des Landes. Sein Hafen verschafft ihm Anschluß an alle Weltteile. Das breite Delta des Guayas befahren mit Kaffee, Kakao, Bananen und Meeresgütern befrachtete Ozeanliner.

Guayaquil ist die Wiege der Arbeiterklasse Ekuadors. Ein bescheidenes Gebäude an der Küstenstraße beherbergt den Stab ihrer treuesten und konsequentesten Interessenverteidiger, das ZK der KP Ekuadors. In den ersten Märztagen tagte in Guayaquil die III. Nationalversammlung des Friedensrats Ekuadors, der auch unsere Delegation eingeladen hatte. Die Versammlung wurde zu einem herausragenden Ereignis. Doch bevor wir davon berichten, einige Worte zu ihrem sozialen und wirtschaftlichen Hintergrund.

## Dollar gegen Sucre

In unserem Hotelvestibül hingen die Wechselkurse der ausländischen Währungen aus. An jedem Morgen änderten sich die Zahlen. Die Kaufkraft des Sucre schwand zusehends. Entsprechend stiegen die Preise und verteuerte sich die Lebenshaltung. Nach der Abwertung des Sucre im Mai 1982 und der Verdoppelung der Benzinpreise stieg die Inflationsrate auf 31%. Die neue Abwertung im März d. J., ebenfalls von einer Verteuerung der Brenn- und Schmierstoffe, von Milch und anderen Nahrungsmitteln begleitet, ließ die Inflation noch stärker galoppieren. Die Lage der Werktätigen hat sich wesentlich verschlechtert. Von den rund drei Millionen erwerbsfähigen Einwohnern sind rund 1,8 Millionen Kurzarbeiter und 200 000 überhaupt beschäftigt.

"Die jetzigen Schwierigkeiten haben keine nationalen Ursachen", betont der Generalsekretär des ZK der KPE, Rene Mauge Mosquera. "Sie ergeben sich aus der allgemeinen Krise des Kapitalismus und den Versuchen, ihre Hauptlast auf die Völker der Entwicklungsländer abzuwälzen, wodurch der völlige Zusammenbruch ihrer Wirtschaft ausgelöst wird. Für Ekuador äußert sich diese Krise u. a. in den zunehmenden Auslandsschulden, die bereits 6 Md. Dollar übersteigen. Das ist eine sehr hohe Summe für ein rückständiges Land mit einer 8,6-Millionen-Bevölkerung. Der Privatsektor schuldet ausländischen Kreditgebern ebenfalls 1,6 Md. Dollar. Außerdem gibt es verdeckte Schulden im Zusammenhang mit den Verteidigungsausgaben. Im Resultat entgehen dem Land 25% des Nationalhaushalts, was die wirtschaftliche und soziale Entwicklung beeinträchtigt."

Vor zehn Jahren, als Ekuador Erdöl-exporteur und daher OPEC-Mitglied wurde, schwebten vielen prächtigen Aussichten für das Land vor. Quito, die Hauptstadt, ist ebenso wie Guayaquil ein anschauliches Beispiel für die Folgen des Erdölbooms der 70er Jahre, der den Anstoß zu den Auslandsanleihen gab. Weiße Wolkenkratzer und Kontore schossen wie Pilze aus dem Boden. Hinter dem äußeren Wohlstand aber verbarg sich eine ganz andere Realität. Der "Erdölsegen" ließ die Kluft zwischen den ärmsten Bevölkerungsschichten und dem Häuflein der Reichen noch tiefer werden. Die Voraussage der demokratischen Kräfte erfüllte sich, der Erdölreichtum werde ohne ernsthaftes sozialökonomische Umgestaltungen, vor allem in der Landwirtschaft und bezüglich der Industrialisierung, so verwendet, daß er zu einer noch stärkeren Abhängigkeit vom Auslandskapital und zur weiteren Verarmung der Massen führen werde.

Der Preisschurz für Erdöl (laut Angaben aus Ekuador bedeutet die Herabsetzung der Kosten pro Barrel um nur einen Dollar den Verlust von 40 Mio Dollar jährlich) sowie die steigenden Zinssätze der Banken brachten eine schwere Ernüchterung.

Außerdem fügten Naturkatastrophen der Wirtschaft bedeutenden Schaden zu. Bei den endlosen Regenfällen an der Pazifikküste wurden Reis-, Kaffee- und Kakaoplantagen überschwemmt oder vernichtet, Wohnhäuser, Brücken und Straßen in Mitleidenschaft gezogen. Nach Berechnungen von UN-Experten sind zur Beseitigung der Überschwemmungsfolgen mindestens 10 Jahre erforderlich.

Die Regierung ist bemüht, das brennende Problem der Staatsschulden zu bewältigen, und hat die ausländischen Kreditgeber um Zahlungsaufschub ersucht. Die Banken gaben ihre Zustimmung unter der Voraussetzung eines Stabilisierungsprogramms, das vom Internationalen Währungsfonds gebilligt werden muß, in dem die USA die Vorherrschaft besitzen.

Die kürzlich eingeleiteten harten Sparmaßnahmen, die Kürzung der Regierungsausgaben, die Importbeschränkungen, aber auch die jüngste Sucre-Abwertung und der Preisauftrieb sind eindeutiger Nachhall dieses Programms. In einer Erklärung der Führung der Einheitsfront der Werktätigen Ekuadors heißt es, diese Maßnahmen seien



Das Stadthaus von Guayaquil, in dem die III. Nationalversammlung der Friedensfreunde Ekuadors eröffnet wurde

unter dem Druck des IWF beschlossen worden und träfen vor allem die Interessen der breiten Bevölkerungsschichten, da sie die Steigerung der Lebenshaltungskosten und der Preise für Bedarfsgüter nach sich ziehen.

Ekuador wird häufig das Land der Vulkane genannt. Einige von ihnen



geben hin und wieder Lebenszeichen. Dann wird die Erde von mächtigem Dröhnen erschüttert. Ähnliches ist gegenwärtig im sozialen Leben zu verzeichnen. Die Städte beben unter den Massenkundgebungen gegen die Wirtschaftsunsicherheiten. Doch wie schmerzlich und brennend die innenpolitischen Probleme auch seien, sie nehmen der demokratischen Öffentlichkeit Ekuadors nicht die Sicht für die Hauptfrage der Gegenwart, die Frage Krieg und Frieden. Das Bewußtsein, daß der Kampf für den Frieden und gegen das Wettrüsten, die Konsolidierung der Sicherheit und die Gesundung der Weltlage die Pflicht aller Staaten — groß wie klein — ist, hat zur Gründung des Friedensrats Ekuadors im Jahr 1973 geführt. Ihm gehören Vertreter unterschiedlicher ideologischer, philosophischer, religiöser und politischer Strömungen an, die der Gedanke eint, daß Ekuador wie jeder andere Staat seine Probleme nur im Frieden lösen kann.

### Aus eigener Erfahrung

Um die Wege zu diesem Ziel angesichts der gegenwärtigen komplizierten internationalen Phase ging es auf der III. Nationalversammlung des Friedensrats Ekuadors, die im bedeutendsten Raum Guayaquils, dem großen Saal des Stadthauses, eröffnet wurde. Die hohen Stuckdecken, der schwere, polierte Präsidiumstisch, massive Sessel mit hohen Lehnen verliehen der Versammlung ein besonders festliches Gepräge. Der Vorsitzende des Friedensrats, Dr. Edmundo Duran Diaz, Generalstaatsanwalt der Republik im Ministerrat, sprach von dem ungezügelter Wettrüsten als der heute bedeutendsten Gefahr. Das Hauptziel im Kampf für die Kriegsverhütung sei deshalb, diesem Wettrüsten Einhalt zu gebieten und zur vollständigen Abrüstung zu gelangen. Man müsse von allen Staaten mit Kernwaffen einen feierlichen Verzicht auf deren Ersteinsatz fordern. Die Sowjetunion hat einseitig eine derartige Verpflichtung übernommen. Jetzt müßten die anderen Kernmächte folgen.

Für die lateinamerikanischen Länder sehen die Friedensfreunde Ekuadors die Aufgabe darin, ein Abkommen über die Abrüstung in Lateinamerika durchzusetzen. Ein Ausweg aus der komplizierten Wirtschaftslage, in der sich viele Länder des Subkontinents befinden, lasse sich angesichts der hohen Rüstungsausgaben, die ihre angegriffenen Ressourcen vernichten, nicht finden.

Ekuador weiß das aus eigener Erfahrung. Zum Erwerb von Waffen nimmt das Land hohe Anleihen auf, die die gesamte Wirtschaft bis zum Ende des Jahrhunderts zu tilgen haben wird. Das müsse man den Menschen erklären und ihnen Fakten in die Hand geben. Viele Nöte des Landes habe der US-Imperialismus auf dem Gewissen, der nicht an der Einheit der Völker interessiert sei, sie ausbeutet und gegeneinander aufhetzt. Deshalb müsse der Friedenskampf antiimperialistischen Charakter tragen.

Kulminationspunkt der Versammlung war die feierliche Gründungszeremonie eines Nationalkomitees zur Vorbereitung des Prager Weltforums "Für Frieden und Leben, gegen den Kernkrieg". Dem Kollektivvorsitz des Komitees gehören der Präsident des Friedensrats Ekuadors, Duran Diaz, der bedeutende Maler Osvaldo Guayasamin, der Rektor der Universität Quito, Carlos Oquendo, der Exekutivsekretär der Lateinamerikanischen Menschenrechtsassoziation, Cesar Verduga Velez, der Führer der Demokratischen Partei und ehemalige Minister Francisco Huerta Montalvo, der Generalsekretär des Friedensrats Jose Solis Castro sowie viele andere namhafte Politiker und Vertreter der Öffentlichkeit an. In einem Aufruf zur Unterstützung des Prager Forums heißt es u.a.: "Wir erklären unsere Treue zu den Prinzipien des Forums 'Für Frieden und Leben, gegen den Kernkrieg', das im Juni dieses Jahres in Prag stattfinden soll, und gründen ein Nationalkomitee Ekuadors zur Vorbereitung des oben erwähnten Weltforums. Wir sind überzeugt, daß dieses historische Forum von Repräsentanten breitester Bevölkerungsschichten der Welt einen bedeutenden Beitrag zur Verteidigung der menschlichen Grundrechte, und in erster Linie des Rechts auf Leben und auf Frieden, leisten wird."

Die Unterschriftensammlung für den Aufruf begann direkt im Saal. Über den Rundfunk, der eine Direktübertragung brachte, wurde der Text im ganzen Land verbreitet. In den folgenden Tagen unterschrieben den Aufruf unter anderen mehr als 120 namhafte Politiker und Vertreter der Öffentlichkeit, einschließlich des Vizepräsidenten der Republik, Leon Roldos Aquilera, sowie Führer verschiedener Parteien und Parlamentsabgeordnete.

Die Versammlung wurde inzwischen fortgesetzt. Vertreter der Provinzorganisationen berichteten von der Situation in ihrer Gegend.



Mit großem Interesse nahmen die Teilnehmer die Ansprachen der ausländischen Gäste auf.

Es wurden Resolutionen der Solidarität mit den kämpfenden Völkern Lateinamerikas und der Karibik angenommen sowie Protestresolutionen gegen den militaristischen Kurs Washingtons und seiner NATO-Partner. Ferner Resolutionen zur Unterstützung der Friedensinitiativen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, wie sie u. a. in der Prager Politischen Deklaration ihren Niederschlag fanden.

"Wir wissen sehr gut, daß die Imperialisten, wenn es die Sowjetunion nicht gäbe, schon längst einen neuen Weltkrieg entfesselt hätten", sagte der als Präsident des Friedensrats Ekuadors wiedergewählte Duran Diaz auf der Schlußsitzung.

Viele ekuadorianische Gesprächspartner fanden tiefempfundene Worte der Anerkennung für die UdSSR und ihre Friedenspolitik.

### Bananen und "Ladas"

"Es hat eine Zeit gegeben, in der Fortschritte in den sowjetisch-ekuatorianischen Beziehungen künstlich gebremst wurden, um den proimperialistischen Kreisen einen Gefallen zu tun. Mit der Amtsübernahme der Zivilregierung im August 1979 wurden sie jedoch ausgebaut. Ekuador ist für vertiefte Kontakte zur Sowjetunion im politischen wie im Handelsbereich", unterstrich uns gegenüber Vizepräsident Leon Roldos Aquilera.

Die Sowjetunion und Ekuador haben zu so grundsätzlichen Fragen der Gegenwart wie Kampf für Frieden und Abrüstung, gegen Kolonialismus und Rassismus eine angenäherte oder übereinstimmende Einstellung. Auf den Tagungen der UNO-Vollversammlung und auf anderen Weltforen unterstützt Ekuador die Initiativen zur Gewährleistung des Weltfriedens und zur Festigung der Sicherheit und setzt sich für die Verhütung einer Kernkatastrophe sowie für das Verbot neuer Arten von Massenvernichtungswaffen ein.

1980 schlossen unsere Länder ein Abkommen über die kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit. In unseren nördlichen Städten Mur-



mansk und Archangelsk trat im vergangenen Jahr der Chor der Universität Guayaquil auf. Eine wahre Fundgrube für die sowjetischen Besucher wurde die vorjährige Ausstellung von Werken Osvaldo Guayasamins in Moskau. Der Rektor der Polytechnischen Hochschule Guayaquil, Victor Bastidas Jimenez, stellte uns seine Kollegen vor, die sich als Absolventen der Lumumba-Universität erwiesen. Sowjetische Hochschulen haben auch heute viele Studenten aus Ekuador.

In Quito besuchten wir eine Volksschule, deren Schüler und Lehrer ihr auf eigene Initiative den Beinamen "Sowjetunion" gaben.

Auf den Gebirgsstraßen Ekuadors fühlen sich die sowjetischen "Ladas" wie zu Hause. Unter den südamerikanischen Ländern ist Ekuador ihr Hauptimporteur. Der Handel zwischen unseren Ländern nimmt einen erfolgreichen Verlauf. Im Vorjahr betrug der Warenaustausch rund 7,8 Mio. Rubel. Die Sowjetunion kauft von Ekuador dessen traditionelle Exportgüter, vor allem Bananen. Sie exportiert außer PKW Traktoren und Lastkraftwagen sowie Chemieerzeugnisse, Bücher und Filme. 1982 erhielt der sowjetische Stand auf der Buchmesse in Quito eine Ehrenurkunde.

Ende 1981 stattete eine Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR Ekuador einen offiziellen Besuch ab. Die Begegnungen der sowjetischen Parlamentarier mit dem Präsidenten der Republik Osvaldo Hurtado Zarrea und anderen Politikern verdeutlichten das Interesse der Ekuadorianer an der weiteren ersprießlichen Entwicklung der Beziehungen zu unserem Land. Während unseres Aufenthalts in Quito wurde die bevorstehende Reise einer Delegation des Parlaments Ekuadors in die UdSSR bekanntgegeben.

Unseren letzten Abend in diesem Land verbrachten wir im Hause Osvaldo Guayasamins. Die nach einem Entwurf des Künstlers gebaute Villa steht an einem der Steilhänge, die Quito von allen Seiten umgeben.

"Mein Haus befindet sich buchstäblich zwei Schritte vom Äquator", sagte Guayasamin. "Diese imaginäre Linie teilt unseren Planeten in die zwei Hemisphären. Manche Leute wollen in ihr die Grenzlinie zwischen Fortschritt und Rückständigkeit, zwischen dem florierenden Norden und dem armen Süden sehen. Aber das stimmt nicht. Alle Völker können in Eintracht und Harmonie leben, wenn Gerechtigkeit und Frieden auf der Welt triumphieren."

Guayaquil—Quito—Moskau

Als die Staaten Afrikas zur selbständigen Entwicklung übergangen, orientierten sie sich verschieden. Diejenigen, in denen ein revolutionär-demokratisches Regime Fuß faßte, auf die Gestaltung einer sozialistischen Gesellschaft, die anderen, in denen von den Kolonialisten hochgepöbelte privilegierte Gruppen mit ihrem Beistand zur Macht gelangten, auf eine kapitalistische Entwicklung. Zu diesen gehört in Ostafrika Kenia und in Westafrika die Elfenbeinküste.

Die neokolonialistischen Kreise nahmen sich vor, aus diesen beiden Ländern "Schaukästen des Kapitalismus" in Afrika zu machen. Sie leisteten ihnen großzügige Hilfe, stellten aber Bedingungen wie den Verzicht auf die Entwicklung des staatlichen Wirtschaftssektors sowie völlige Handlungsfreiheit für das Privatkapital des In- und Auslands. Dank dem Zufluß von Auslandskapital erzielten beide Länder gewisse wirtschaftliche Erfolge, waren aber außerstande, ihre Zurückgebliebenheit und wirtschaftliche Abhängigkeit vom Westen zu überwinden. Umgekehrt haben die Politik der "offenen Türen" und die Orientierung auf die Heranziehung ausländischen Kapitals dazu geführt, daß die transnationalen Konzerne in ihrer Wirtschaft immer mehr das Heft in der Hand haben und sie immer intensiver ausbeuten. Die nachfolgenden Übersichten geben einen Begriff von den sozialen und politischen Folgen, die das hat.

## AUSGEBLIEBENES WUNDER

- ABIDJAN ODER YAMOUSSOUKRO!
- AUS DEN WOLKEN
- WAS DIE ELITE BEDRÜCKT

Schon der Name Elfenbeinküste klingt exotisch. Ihn haben Europäer erdacht, die außer Sklaven Stoßzähne von Elefanten aus dem Land holten, an denen es einst sehr reich war. Jetzt könnte man es ebenso gut Kakao- oder Kaffeeeküste nennen. Mit der Produktion von Kakaobohnen nimmt es auf der Welt den ersten und mit der Kaffeeproduktion den dritten Platz ein. Aus dem Export der beiden Erzeugnisse bezieht das Land 60% seiner Deviseneinkünfte.

Die französischen Kolonialisten, die diesen Teil Afrikas im vorigen Jahrhundert unterjochten, nannten ihn wegen des für Europäer schwer erträglichen Klimas auch das Grab des weißen Mannes. Die große Feuchtigkeit und Schwüle sowie die häufigen Regengüsse machten die französische Kolonie nicht zum paradiesischen Aufenthalt. Auf der Jagd nach Profit aber siedelten sich Franzosen trotzdem gern dort an und pflanzten Kaffee- und Kakao-plantagen, auf denen sie Afrikaner arbeiten ließen.

Die Natur des Landes ist aber schön und vielfältig. In den Wäldern wachsen über 600 Baumarten, darunter Edelhölzer. Die Elfenbeinküste liefert diese nach vielen Ländern, auch in die UdSSR. Diamanten, Gold und Manganerz werden gewonnen. Es gibt Eisenerzvorkommen, und unlängst ist Erdöl erbohrt worden.

Der Name der Hauptstadt Abidjan ist afrikanisch, er ist aus zwei Wörtern des

dortigen Idioms, Ambi und Djan, gebildet, was gepflücktes Laub bedeutet. Einer Legende zufolge sollen dort einst kriegsführende Stämme Frieden geschlossen haben und für die Häuptlinge und Krieger Ruhelager aus gepflücktem Laub hergerichtet worden sein. Noch vor etwa 50 Jahren stand da ein kleines Fischerdorf. Jetzt ist Abidjan mit fast 2 Millionen Einwohnern eine der größten Städte des Tropischen Afrikas. Allem Anschein nach wird es seine Bedeutung als Hauptstadt aber bald einbüßen. Im Januar d. J. hat die Führung der einzigen und regierenden Demokratischen Partei, an deren Spitze der Landespräsident Felix Houphouët-Boigny steht, beschlossen, Yamoussoukro zur Hauptstadt zu machen. Die Regierung hat den Beschluß im März bestätigt.

Für die Verlegung werden viele Argumente angeführt. Abidjan ist überbevölkert und hat nicht viel Möglichkeiten zum Ausbau. Yamoussoukro liegt im Landesinneren und nicht an der Küste und hat ein viel besseres Klima. Dort soll schon alles zur Verlegung der Ämter bereit sein, es soll auch schon Hotels und Nachtclubs geben. Noch unlängst war es ein Dörfchen. Dort ist der Landespräsident geboren.

Manche Leute sind aber gegen die Verlegung der Hauptstadt. Abgesehen von einer ethnischen Rivalität (jeder Stamm möchte die Hauptstadt bei sich haben), fallen wirtschaftliche Beweggründe am



# KAPITALISMUS IN NOT

meisten ins Gewicht. Auf die jetzige Krise im Land hinweisend, sagen die Gegner des Planes, man habe sich für seine Ausführung einen unpassenden Zeitpunkt ausgesucht. Ihrer Meinung nach müsse man in Yamoussoukro noch viel Geld anlegen, damit dort alle Ämter, das Parlament und die Botschaften untergebracht werden könnten. Man müßte Baustoffe einführen, und dadurch würden die Auslandsschulden, die ohnehin schon 5 Md. Dollar übersteigen, noch anwachsen. Auch heißt es, man mache nur deshalb so viel Aufhebens von der Sache, weil man von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes ablenken wolle.

Sie sind wirklich ernst, diese Schwierigkeiten, und sie brachen unerwartet herein, obwohl man sie eigentlich hätte voraussehen können. Bis unlängst priesen die Anhänger einer kapitalistischen Entwicklung Afrikas die Elfenbeinküste als Land eines "Wirtschaftswunders" und führten zum Beweis an, daß ihr Brutto-sozialprodukt in den 60er und 70er Jahren jährlich um 7% zugenommen habe und daß sie beinahe das höchste Prokopfeinkommen im Tropischen Afrika aufweise. Hinter diesen Zahlen steckt aber eine stetig zunehmende soziale Ungleichheit.

Über die Erfolge der Republik in den 60er und 70er Jahren wußte sich die westliche Presse vor Begeisterung nicht zu lassen. Aber schon damals wiesen die nüchternsten bürgerlichen Wirtschaftsexperten darauf hin, daß das "Schaufenster" nur Äußerlichkeiten sehen lasse und daß die Erfolge keine feste Grundlage hätten. So nannte der bekannte afrikanische Wirtschaftsexperte Samir Amine die Elfenbeinküste das Beispiel eines "Wachstums ohne Entwicklung". Im Oktober v. J. gab die Führung der Demokratischen Partei zu, daß im Lande eine "allumfassende ernste Krise zu beobachten" sei.

Was war geschehen?

Trotz des wirtschaftlichen Wachstums ist das Land in den mehr als 20 Jahren kapitalistischer Entwicklung ein Agrarland geblieben. Die Grundlage der Wirtschaft bildet nach wie vor der Export von Kakaobohnen und Kaffee. Immerhin gibt es eine Industrie: Nahrungsmittel, Bauwesen und Holzverarbeitung. Sie entwickeln sich größtenteils dank ausländischen Investitionen. Nach Angaben der Londo-

**Unverkäufliche Lagerbestände an Kakaobohnen**

Foto aus: "Africa" (London)

ner "Financial Times" kamen 1982 etwa 75% der Investitionen aus dem Ausland. Infolge der "offenen Türen" in all den Jahren ist das Land vom Monopol der Banken und von der Wirtschaftslage in der westlichen Welt nur noch abhängiger geworden.

Infolge der Rezession im Westen sind die Preise für Kakaobohnen und Kaffee sehr gesunken, ihr Export ist zurückgegangen und hat die Bewohner der Republik, wie das Blatt spottet, aus den Wolken auf die Erde heruntergeholt. Die Einkünfte aus dem Export der wichtigsten Artikel sind in den letzten drei Jahren von 4 auf 1 Md. Dollar gesunken. Zu Anfang dieses Jahres lagerten im Lande 175 000 t Kaffee, die keinen Absatz finden. Das Sinken der Deviseneinkünfte hat bewirkt, daß man weniger Ausrüstungen und Maschinen für Industrie und Bauwesen einführen kann. Die "Financial Times" schreibt, daß das neue 12stöckige Hilton-Hotel in Abidjan "eins der wenigen Lebenszeichen ist, die das in Verfall geratene Bauwesen des Landes noch von sich gibt".

Auch andere Branchen liegen darnieder. In den Jahren der Krise haben mehr als die Hälfte der Unternehmen zugemacht, und viele andere sind nicht voll ausgelastet. Von den Arbeitern und Angestellten sind über 45% entlassen worden. Die Multis haben nicht gezauert, sich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zunutze zu machen. Sie kaufen bankrotte staatliche Betriebe auf. Schon sind über 70% solcher Betriebe an sie übergegangen. Westliche Firmen beuteten skrupellos die Walddrehtümer der Elfenbeinküste aus, indem sie zwei Drittel ihres Waldmassivs fällten. Das zwang die Regierung, das Baumfällen und den Holzexport zu beschränken sowie große Waldanpflanzungen vorzunehmen.

Die Wirtschaftslage der Elfenbeinküste darf man sich aber nicht als verzweifelt vorstellen. Im allgemeinen ist das Land reich an Ressourcen. In Abidjan erhofft man viel von der Bewirtschaftung der Ölvorkommen, die bereits angelaufen ist. Dank der Ölausbeute wird man etwas weniger für den Import von Ölprodukten ausgeben können. Die jetzige Lage auf dem kapitalistischen Ölmarkt verheißt der Republik jedoch keine neuen Exportmöglichkeiten.





Dort ist es nicht zu Geschehnissen wie denen gekommen, die im August v. J. Kenia erschütterten. In all den Jahren ihrer Unabhängigkeit war die interne Lage verhältnismäßig stabil. Doch die schwere Wirtschaftskrise erschüttert nicht allein den Glauben an die Unfehlbarkeit der Landesführung und des Präsidenten, sie hat auch soziale Folgen, die dem Regime gefährlich werden können. Infolge der Schließung von Betrieben und des Zustroms ruinierter Bauern in die Hauptstadt wächst das Arbeitslosenheer, das jetzt, der Pariser Wochenschrift "Jeune Afrique" zufolge, "den Behörden die größten

Sorgen macht".

Wie die Zeitschrift behauptet, sind Verwaltungsangestellte und Intellektuelle von Unmut erfaßt, vor allem wegen des sinkenden Lebensstandards, aber auch deshalb, weil Houphouët-Boigny jetzt 77 Jahre alt ist und noch keinen Nachfolger bestimmt hat. Laut Verfassung muß es der Vizepräsident sein, der Präsident kann aber keinen passenden finden. Die Aussicht auf ein "Machtvakuum" erweckt bei einem Teil der Elite Besorgnis und Unmut. Noch größere Besorgnis empfindet die regierende Elite aber über die anwachsende Einwohnerschaft der Ka-

nisterstädte. In diesen Slums, die spontan am Rande Abidjans entstanden sind, leben die ärmsten Leute, die sich, selbst wenn sie Arbeit haben, keine menschenwürdige Wohnung in der Stadt leisten können, die den Fremden mit ihren Wolkenkratzern in Staunen versetzt.

Die Bewohner der Elfenbeinküste bekommen jetzt die schweren Folgen des ihnen aufgezwungenen kapitalistischen Wirtschaftssystems zu spüren, das ihr Land wirtschaftlich nur noch unselbständiger gemacht hat und schwere soziale Komplikationen nach sich ziehen kann.

L. ZEITLIN

## ZEHN MILLIONÄRE UND ZEHN MILLIONEN BETTLER

- KENYATTAS KURS
- TELEFONFARMER
- WOMIT MAN FEUER LÖSCHEN WILL

In Kenia dauern die Prozesse gegen Teilnehmer der Geschehnisse vom 1. August 1982 an, als Soldaten und Offiziere der Luftstreitkräfte mit Hilfe eines Teiles der Studenten und armen Stadtbewohner die Regierung zu stürzen versuchten. Mitte März sind noch zwei Studenten verurteilt worden, und, wie die westliche Presse mitteilt, insgesamt rund 1000 Personen wegen Teilnahme am Putsch oder "Anstiftung" dazu. Über acht wurde die Todesstrafe gefällt. Von den Festgenommenen sind die meisten Soldaten und Offiziere der jetzt aufgelösten Luftstreitkräfte, darunter ihr Befehlshaber, Generalmajor Kariuki.

Der Aufruhr hat das schöne Märchen widerlegt, daß Kenia ein Touristenparadies sei und daß sich dort aufgrund der sich entwickelnden kapitalistischen Verhältnisse eins der stabilsten Regimes in Afrika gebildet habe, unter dem alle Voraussetzungen für Investitionen der Multis geschaffen seien. Diese von den westlichen Medien verbreiteten idyllischen Vorstellungen von Kenia hatten kaum etwas mit der Wirklichkeit gemein. Sie war schon lange explosiv, und zur Explosion kam es dann auch im August 1982. Das lag an der besonderen Art, wie sich das Land, nachdem es die

Unabhängigkeit erlangte, entwickelte.

Die Regierung des ersten Präsidenten, Jomo Kenyatta, kündigte an, sie wolle der Zurückgebliebenheit und Armut, der Seuchen und des Hungers Herr werden und die Volksmassen besserstellen. Zu diesem Zweck solle der staatliche Wirtschaftssektor zunehmen, der Anfang der 60er Jahre hauptsächlich den Verkehr, das Fernmeldewesen und die Speichereinrichtungen erfaßte. Auf ihn kamen 24% des Bruttoinlandsprodukts. Die größten Hoffnungen setzte man aber auf die von der Regierung angesagte "Kenianisierung", d. h. die allmähliche Verdrängung des Auslandskapitals durch nationales Privatkapital. Das war der Kurs auf die Entwicklung des Kapitalismus im Land.

Er lief darauf hinaus, die einheimischen Reichen zur Beteiligung an Unternehmen anzureizen. Die neuen Geschäftsleute bekamen Kredite zum Auskaufen der ausländischen oder zur Gründung eigener Betriebe. Auch gemischte Gesellschaften unter Teilnahme von Auslandskapital, staatlichen Konzernen und einheimischen Geschäftsleuten wurden gebildet. Westliche Monopole förderten das Anwachsen der privatkapitalistischen

Bestrebungen im Verwaltungsapparat. Höchste Beamte, die nunmehr den reichsten Teil der Gesellschaft bildeten, kauften Liegenschaften an, bauten Mietshäuser und übernahmen die Leitung gemischter Unternehmen. Unter Aushängeschildern solcher Unternehmen betätigten sich sehr lukrativ über 180 Multis. Viele von ihnen sind berechtigt, ihre Gewinne frei ins Ausland zu überweisen, so daß Kenia ohne innere Akkumulationen bleibt, was die Fortentwicklung seiner Wirtschaft hemmt. Infolgedessen treten in der Industrie Kenias keine qualitativen, strukturellen Veränderungen ein.

Die ausländischen Investoren legen ihr Geld nicht in den Branchen an, die sich im Interesse Kenias entwickeln müßten, sondern nur in solchen, die ihnen in kürzester Zeit Höchstgewinne garantieren, z. B. in Fremdenverkehr, Großhandel und Versicherungswesen.

Kurz vor den Vorgängen vom August beschloß die Führung Kenias mehrere wirtschaftliche Sondermaßnahmen, und zwar, weil der Fehlbetrag der Zahlungsbilanz infolge des unaufhaltsam anwachsenden Imports gestiegen war. Importiert werden Werkzeugmaschinen, Ausrüstungen, Ersatzteile, Konsumgüter und Nahrungsmittel. Diese Maßnahmen führten jedoch zu nichts, vor allem, weil das Land an den kapitalistischen Weltmarkt gebunden ist. Hier ein Beispiel. Um am Import englischer Landrover zu sparen, wurde der Bau eines Montagebetriebs für solche Wagen in Kenia selbst beschlossen. Die Regierung hatte aber nicht bedacht, daß sie für den Ankauf der Teile und Ausrüstungen für den Betrieb auch Riesensum-



men in Devisen brauchen und daß der Verkauf der Wagen im Land der Staatskasse nur Kenia-Schillinge einbringen würde.

Repräsentanten der Öffentlichkeit wiesen wiederholt auf die Unwirksamkeit dieser Maßnahmen hin und traten dafür ein, daß das Land zu einer selbständigen industriellen Entwicklung übergeht. Sie warnten, falls Kenia keine eigene Industrie aufbaue, werde es bis in alle Ewigkeit ein Entwicklungsland bleiben.

Einst war es eine Kornkammer Ostafrikas. Jetzt muß es mehr als die Hälfte der benötigten Nahrungsmittel einführen, auch das wichtigste — Mais — sowie sehr viel Weizen und Trockenmilch. Das kommt daher, daß man darauf Kurs genommen hat, die Landwirtschaft, in der 85% der Landesbevölkerung beschäftigt sind, zum größten "Besorger" von Valuta zu machen, die der Export von Kaffee, Tee, Sisalhanf und Pyrethrum erbringt.

Der Kurs der Regierung darauf, die Landwirtschaft zu afrikanisieren, hat auch in diesem Wirtschaftszweig zur Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse geführt. Die soziale Ungleichheit auf dem Lande ist erschreckend. Die noch zur Kolonialzeit entstandenen großen Pflanzungen und Farmen befinden sich nach wie vor im Besitz europäischer Siedler oder sind an reiche Afrikaner übergegangen, unter denen zahlreiche namhafte Politiker und hohe Beamte sind. Viele von ihnen, die sich mit dem Absatz von Agrarprodukten befassen, wohnen weit von ihren Wirtschaften, in Nairobi, weshalb man sie im Volk Telefonfarmer nennt.

Die großen Besitzungen umfassen 20 000 ha und mehr, während über 1 Mio kleine Anwesen in der Hauptsache Naturalwirtschaft betreiben und äußerst arm sind. Kleinbauern wandern verzweifelt aus den Dörfern auf Arbeitsuche ab und stoßen in den Städten zum Arbeitslosenheer. Der Pariser "Monde Diplomatique" schreibt: "Unter diesen Umständen haben Zorn und Enttäuschung auf dem Lande, nachdem Kenia unabhängig geworden war, zu zahllosen Zwischenfällen geführt, von denen nur selten Mitteilung gemacht worden ist."

Nicht besser steht es bei den städtischen Werktätigen. Sie haben unter der endlos zunehmenden Teuerung und Arbeitslosigkeit zu leiden. Ein

Parlamentsabgeordneter Kenias hat die Arbeitslosigkeit, die der "Business Week" (USA) zufolge an 30% heranreicht, einen aktiven Vulkan genannt. In der Presse wird das Umsichgreifen der Korruption scharf kritisiert. Als Herausforderung an die minderbemittelten Schichten wird die mit jedem Jahr zunehmende Kluft zwischen den 10% reichsten Staatsbürgern und der übrigen Bevölkerung angesehen. Wer dächte da nicht an den 1975 ermordeten Abgeordneten James Kariuki, der Kenia ein Land der "zehn Millionäre und zehn Millionen Bettler" genannt hat?



**Wie das Wasser dieser ausgetrockneten Quelle verfliegt die Hoffnung der Bauern auf ein besseres Leben unter kapitalistischen Bedingungen.**

Die jähe Verschlechterung des Lebensstandards löst bei den Werktätigen, den Studenten und den Intellektuellen Protest aus. Er äußerte sich bis zu den Geschehnissen vom August 1982 in kritischen Zeitungsbeiträgen, Manifestationen und Streiks. Wegen der ständigen Studentenunruhen wurde die Universität Nairobi wiederholt geschlossen.

In einem Kommentar zu diesen Vorgängen schrieb die "New York Times": "Der Putschversuch in Kenia ist betrüblich, aber nicht unerwartet. Seit einem Jahrzehnt schon gestalten sich die Verhältnisse dort so, daß sie einer Revolution förderlich sind." Dazu rechnet das Blatt die Unfähigkeit der Behörden, die anwachsende Landesbevölkerung, die über 15 Millionen zählt, mit Arbeit und Nahrungsmitteln zu versorgen. Die "Busi-

ness Week" äußert in einer Analyse der Folgen des Putsches die Ansicht, daß "der Kapitalismus in Kenia möglicherweise seinem Ende entgegengeht". Und weiter: "Offiziere, Studenten und enttäuschte Stammeshäuptlinge fangen an, anderen Vorbildern, z. B. Julius Nyerere aus dem benachbarten Tansania, nachzueifern."

Die US-Presse, die sich gern über die Schwierigkeiten Kenias ausläßt, verschweigt jedoch, daß das an Raub grenzende Gebaren der Multis die Krisenlage noch erschwert. Sie beuten die Naturschätze und Ar-

beitskräfte Kenias aus und machen es zugleich unter Benutzung des Internationalen Währungsfonds, der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung usw. von der kapitalistischen Welt abhängiger. Ein Gewerkschafter Kenias hat die Multis eine Krebsgeschwulst am Leibe der Entwicklungsländer genannt. Sie nähmen in der Wirtschaft Monopolstellung ein, versuchten sogar, den Staatsapparat zu kontrollieren, und bestächen Staatsmänner und andere Politiker.

Um der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Herr zu werden, plant die Regierung einige Maßnahmen. Sie will z. B. größere ausländische Investitionen für die Wirtschaft gewinnen, einige staatlich kontrollierte Industriezweige dem Privatsektor übergeben und die Landeswährung abwerten. Solche Maßnahmen sind nicht neu und nach Ansicht vieler Beobachter mit Versuchen zu vergleichen, Feuer mit Petroleum zu löschen.

**N. MALYSCHewa**



# GARANTIE DER SICHERHEIT

## Die kernwaffenfreie Zone in Nordeuropa gewinnt immer mehr Anhänger

In den Ländern Nordeuropas hält die lebhafteste Debatte über die Verwandlung dieser Region in eine kernwaffenfreie Zone an. Diese Diskussionen vollziehen sich vor dem Hintergrund der Verstärkung der militaristischen Aktivitäten des Pentagon und der NATO, der Versuche Washingtons, die NATO-Länder Nordeuropas in seine vorgeschobenen Schützengraben zu verwandeln. Die Pläne der USA, in Westeuropa neue Raketen-Kernwaffen zu stationieren, gefährden zweifelsohne die Sicherheit auch der nordeuropäischen Länder. Verlaufen ja die Flugbahnen der Cruise Missiles offenbar auch über deren Territorium.

Heute verstehen immer mehr Bürger nordeuropäischer Staaten klar, daß die Handlungen der USA und der NATO die Sicherheit auf dem Kontinent stark gefährden. Deshalb treten sie aktiv für die Unterstützung der Initiativen zum Abbau der militaristischen Konfrontation in Europa ein.

In der Frage der Schaffung einer kernwaffenfreien Zone ist die Situation jetzt folgende: Die Regierungen zweier Länder — Finnlands und Schwedens — sprechen sich eindeutig für diesen Vorschlag aus, in Norwegen, Dänemark und Island aber sind die Meinungen geteilt. Die Gegner einer solchen Zone versuchen, diesen Vorschlag entweder als "Propagandaaktion" hinzustellen oder ihn überhaupt zu diffamieren.

So veröffentlichte die bürgerliche norwegische Zeitung "Morgenbladet" im März 1982 ein Interview mit dem Direktor des Londoner Internationalen Instituts für Strategische Studien, Christopher Bertram, unter der Überschrift "Kernwaffenfreie Zone — falsche Sicherheit". Der Titel sagt schon alles. Der Beitrag ist geradezu ein Beispiel völliger Ablehnung. Manche Gegner einer kernwaffenfreien Zone agieren da "feiner". Ihre Argumentation kann man mit den Worten des dänischen Außenministers Uffe Ellemann-Jensen so ausdrücken: "Der Norden ist bereits kernwaffenfrei, deshalb besteht keine Notwendigkeit, irgendeinen diesbezüglichen Vertrag abzuschließen."

Dänemark und Norwegen gingen seinerzeit tatsächlich die Verpflichtung ein,

auf ihrem Territorium in Friedenszeiten keine Atomwaffen zu stationieren. Doch was passiert in einem militärischen Konflikt? Den NATO-Plänen zufolge würden diese Länder in ihn hineingezogen werden, zudem unter dem Einsatz von Atomwaffen. Das bestätigt z. B. die Antwort des dänischen Verteidigungsministers Hans Engell auf die Anfrage eines Folketing-Ausschusses zur Ausbildung dänischer Einheiten im Einsatz von Nuklearwaffen. Er sagte, Dänemark verfüge über eine Reihe von Trägermitteln für Nuklearsprengsätze. Ihm zufolge sind damit die 155-mm- und die 230-mm-Haubitzen, die Jagdbomber F 104 und F 16 sowie das Raketenystem Nike gemeint.

Kürzlich wandte sich die Arbeitervereinigung des Gebiets Sor-Trondelag gegen diesen Regierungskurs. In einer Erklärung wird besorgt konstatiert, daß die Einheiten der USA-Marineinfanterie, für die die Arsenale angelegt werden, Aufgaben zur Führung von Offensivoperationen üben, bei denen der Einsatz von Nuklearwaffen geplant ist. In dem Dokument ist auch davon die Rede, daß norwegische Flughäfen für die Aufnahme von US-Flugzeugen, die Nuklearwaffen tragen können, vorbereitet werden.

Natürlich ist das System "kernwaffenfreies Land in Friedenszeiten — nukleares in Kriegszeiten" keineswegs gleichbedeutend mit einer kernwaffenfreien Zone. Es schützt Dänemark und Norwegen nicht vor einem nuklearen Konflikt, da es die aktive Einbeziehung dänischen und norwegischen Territoriums in die Nuklearstrategie der USA und der NATO vorsieht. Eine kernwaffenfreie Zone aber würde vollständig die Einbeziehung der Länder Nordeuropas in die nukleare Kriegführung in Friedenszeiten wie im Kriege ausschließen.

Die Gegner einer Zone, vor allem im NATO-Hauptquartier — offenbar angesichts der Anfechtbarkeit ihrer Argumente —, beschlossen, "schweres Geschütz" aufzufahren. Besonders aktiv ist da der NATO-Oberbefehlshaber in Europa, US-General Bernard Rogers. In einem Interview für das schwedische Fernsehen erklärte er: "Eine kernwaffenfreie Zone ist



In Oslo demonstrierten 12 000 Norweger unter Anti-Atomwaffen-Lösungen gegen die NATO-„Nachrüstung“

Foto aus "Norrskensflamman" (Schweden)

In Norwegen ist die Anlage von Arsenalen für schwere US-Waffen, darunter auch solcher, die Nuklearsprengsätze verschießen können, in vollem Gang.

eine Illusion, die nicht zur Festigung der nationalen Sicherheit irgendeines Landes beiträgt, und die Schaffung solcher Zonen sei "nur reine Zeitvergeudung".

Fast gleichzeitig gab der General einen zweiten psychologischen Wamschuß ab: In einem Interview für die finnische Zeitung "Helsingin Sanomat" entstellte er völlig das Wesen der Politik der Sowjetunion gegenüber den nordeuropäischen Staaten und erklärte insbesondere, über Finnland schwebte eine "sowjetische mili-



tärische Bedrohung" und er, Bernard Rogers, zweifle am möglichen "Verhalten" der Finnen.

Doch das schwere Geschütz verfehlte sein Ziel. Rogers' Äußerungen riefen entschiedenen Protest in praktisch allen Ländern Nordeuropas hervor. "Wir haben keinerlei Grund, am freundschaftlichen und friedensfördernden Kurs der Sowjetunion zu zweifeln", erklärte der finnische Verteidigungsminister Juhani Saukkonen. Die schwedische Zeitung "Arbetet" brachte die Äußerung einer namhaften Persönlichkeit des öffentlichen Lebens, Frau Inga Torsson, die die schwedische Delegation beim Genfer UNO-Abrüstungsausschuß leitete. "Die Sowjetunion bedroht nicht durch ihre militärische Kraft die Sicherheit Westeuropas, darunter Skandinaviens und Schwedens...", betonte sie. "Ich kann keine Gründe finden, weswegen die UdSSR auf das Territorium Schwedens eindringen könnte." Die größte norwegische Zeitung "Aftenposten" bezeichnete Rogers' Erklärung als Provokation.

Die Unterstellungen des US-Generals haben den Kampf von Millionen Bürgern der nordeuropäischen Länder für die Verwandlung der Region in eine kernwaffenfreie Zone nicht abflauen lassen. Dieser Kampf nimmt ebenso wie die allgemeinen Antikriegsstimmungen zu. So sind 69 Prozent der Norweger einer Umfrage der Zeitung "Arbeiderbladet" zufolge gegen die Stationierung neuer nuklearer US-Raketen in Westeuropa; das Folketing beschloß mit Stimmenmehrheit, die künftigen Zahlungen des Landes zur Finanzierung des NATO-Programms der Schaffung einer Infrastruktur für die neuen US-Raketen in Westeuropa einzufrieren; 85 Prozent der Schweden lehnen alle Arten von Nuklearwaffen entschieden ab.

Erwähnt sei auch der wichtige Vorschlag der Regierung Schwedens, in Europa eine von nuklearen Gefechtsfeldwaffen freie Zone zu schaffen. Die sowjetische Seite hat bekanntlich ihre positive Haltung zu diesem Gedanken zum Ausdruck gebracht und ihn mit der folgenden Erwägung ergänzt: die Breite der Zone nicht auf 300 km, wie in dem schwedischen Vorschlag, sondern auf 500 bis 600 km festzulegen.

Bemerkenswerterweise wurde in den letzten Jahren die Antikriegsbewegung in den NATO-Ländern Skandinaviens aktiver. Noch gegen Ende der 70er Jahre fand z. B. der Gedanke einer kernwaffenfreien Zone nicht die Unterstützung vieler Norweger. Heute sprechen sich für diesen Vorschlag so einflußreiche politische und gesellschaftliche Kräfte aus wie die größte Partei des Landes, die (sozialdemokratische) Arbeiterpartei und der Zentrale Gewerkschaftsbund. Die Idee einer solchen Zone gewinnt immer neue Anhänger auch in anderen Parteien und Organisationen. In Norwegen wirken aktiv ein Friedenskomitee und die Bewegung "Nein zu den Nuklearwaffen" mit ca. 300 örtlichen Sektionen, die Fackelzü-

ge, Demonstrationen, Kundgebungen und Unterschriftensammlungen durchführen. Der Kampf der Norweger für eine kernwaffenfreie Zone erinnert den Ausmaßen und der Ausrichtung nach an die Bewegung gegen den Beitritt Norwegens zum Gemeinsamen Markt vor dem Referendum von 1972. Damals erlitten das Großkapital und seine Parteien sowie die rechte Sozialdemokratie eine Niederlage. Natürlich gibt es in den Ländern Nordeuropas auch Leute, die ihre Einstellung zu einer kernwaffenfreien Zone noch nicht festgelegt haben. Nicht selten fragen diese, ob ein Abkommen über eine Zone praktische Wirkung haben würde. Ja, denn ein solches Abkommen müßte mit Garantien verbunden werden, die den Teilnehmerländern der Zone gegeben würden.

Die Sowjetunion bekundete wiederholt ihre Bereitschaft, die Verpflichtung einzugehen, nicht gegen die Länder Nordeuropas, die Teilnehmer einer kernwaffenfreien Zone werden, Nuklearwaffen einzusetzen. Eine solche Garantie der Sowjetunion könnte in einem multilateralen Abkommen unter Beteiligung der UdSSR oder in bilateralen Abkommen mit

jedem Teilnehmerland der Zone fixiert werden. Verständlicherweise wäre die Bedeutung einer kernwaffenfreien Zone für deren Teilnehmer umfassender, wenn sie solche Garantien auch von den NATO-Nuklearmächten erhalten würden.

In der Prager Politischen Deklaration sprachen sich die Warschauer Vertragsstaaten erneut für die Vorschläge zur Schaffung kernwaffenfreier Zonen auf unserem Kontinent, darunter auch in Nordeuropa, aus, sowie für die entsprechenden Verhandlungen.

Der Vorschlag, Nordeuropa zur kernwaffenfreien Zone zu erklären, kam aus Finnland. Der Sowjetunion ist der Wunsch der Völker verständlich, ihre Sicherheit so zu festigen und sich vor den katastrophalen Folgen eines Nuklearkrieges zu schützen. Die Bereitschaft der UdSSR, Garantien für den Nichteinsatz von Nuklearwaffen gegen Länder, die der Zone angehören, zu geben, ist ein Beispiel für das Streben der Sowjetunion, die Gefahr eines nuklearen Konflikts abzuwenden, das Weltkrüsten einzustellen und die Spannungen in der Welt abzubauen.

M. SUBKO

## BIOGRAPHISCHES

### PREMIERMINISTER AUSTRALIENS

## ROBERT JAMES LEE HAWKE



Er wurde am 9. Dezember 1929 in Bordertown, Staat Südaustralien, in der Familie eines Geistlichen geboren.

1950 absolvierte er die juristische Fakultät der Universität Westaustralien, besuchte 1952-1954 die Oxford-Universität (Großbritannien). 1956-1958 betrieb er Forschungen über Produktionsverhältnisse und Löhne an der Australischen Nationaluniversität in Canberra und wurde Berater für soziale und wirtschaftliche Probleme im Sekretariat des Exekutivkomitees des Australischen

Gewerkschaftsrats (ACTU). desparlament sowie ins In der Öffentlichkeit "Schattenkabinet" der Laborpartei gewählt.

In dem ACTU bewies Hawke Tatkraft in internationalen Angelegenheiten, beteiligte sich an Tagungen der ILO, nahm persönliche Kontakte zu vielen namhaften Politikern und Gewerkschaften verschiedener Länder auf. Er sprach sich für eine unabhängigere Rolle Australiens in der Welt aus.

Seit Januar 1970 war er Vorsitzender des ACTU und wurde 1971 Mitglied des Exekutivkomitees der Australischen Arbeiterpartei (ALP). 1973 wurde er zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Diesen Posten hatte er bis 1978 gleichzeitig mit dem des ACTU-Vorsitzenden inne.

1980 trat Hawke als ACTU-Vorsitzender zurück und wurde ins Australische Bun-

Zum ALP-Vorsitzenden wurde Hawke erneut am 8. Februar 1983 gewählt, einen Monat vor den Wahlen, da die Parteiführung hoffte, er werde als unter den Australiern populärer Politiker die Laborpartei zum Sieg führen. Diese Hoffnung bewahrheitete sich.



# DIE „RENDSZERS“ IN AKTION

## Neues bei den Genossenschaften

Wladimir GERASSIMOW

„Die Pferde von Istvan Kovacs senior.“ Ich erinnere mich genau an diese auf einem Balken eingeringelte Aufschrift an einem kleinen genossenschaftlichen Pferdestall zu Anfang der 60er Jahre, als die sozialistische Umgestaltung des ungarischen Dorfs gerade erst zu Ende geführt worden war. Die Bauern trauten der Neuheit noch nicht recht — „vielleicht werden wir uns die Pferde und Kühe und die Parzellen zurückholen müssen...“. Sie fütterten ihre eigenen Tiere besser als die der Nachbarn. Das erzählt beschaulich ein Gründer der Genossenschaft „Freies Leben“, der 78jährige Jozsef Pecelak, und streicht sich seinen üppigen weißen Bart. Dem Besuch zu Ehren hat er seinen schwarzen Sonntagsanzug und ein weißes Oberhemd angezogen.

Gyula Varjas, langjähriger Vorsitzender der Genossenschaft in der Umgegend von Szekesfehervar, schaltet sich ins Gespräch ein: „Lange behielten unsere Genossenschaftsbauern die Schürzen um, auf die mit buntem Garn gestickt war, wieviel Hold Grund und Boden jeder gehabt hat.“

„Und weißt du noch, Vorsitzender, was für einen Schreck sie beim Eintreffen der ersten Kombi bekamen?“ fällt Pecelak wieder ein. „Die hatten Angst, die Maschine wird ihnen Arbeit und Lohn wegnehmen.“

„Und keiner wollte Kredit für den Hausbau aufnehmen, denen saß es noch von früher her in den Gliedern, was es heißt, Schuldner zu sein“, sagt nun wieder Varjas.

### Neugewonnene Heimat

Mit der Genossenschaft ging es im ungarischen Dorf nicht glatt und einfach. Man zankte sich wegen des Privateigentums, neue und alte Sittenbegriffe prallten zusammen. Mit dem wirtschaftlichen Erstarken der Genossenschaften trat die alte Lebensweise aber immer mehr in den Hintergrund...

In dem Flecken Pusztaszer bei Szeged werden einem noch jetzt die ersten Landvermessungszeichen der

Agrarreform vom Frühjahr 1945 gezeigt. Ende des 9., Anfang des 10. Jahrhunderts fand hier, bei Pusztaszer, die erste Versammlung der ungarischen Stämme statt, die über die Theiß gekommen waren. In alten Chroniken steht: „Gewinnung einer Heimat.“ Die Befreiung des Landes vom Faschismus im April 1945 durch die Sowjetische Armee wird in der neuesten Geschichte Ungarns „Die Neugewinnung der Heimat“ genannt. Das Volk ist jetzt wirklich Herr in seinem Land, und es mußte rationell über den Grund und Boden verfügen.

Als die Bauern Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre den Genossenschaften beitraten, gaben sie ihre Parzellen zur gemeinschaftlichen Nutzung und bekamen eine Bodenrente dafür. Damit war der Weg zur gemeinschaftlichen Wirtschaftsführung auch für die rund 70 000 wohlhabenden Bauern gebahnt. Bei der Gründung der Genossenschaften hielt man sich überall an die Grundsätze der Freiwilligkeit und materiellen Interessiertheit, und des-

**Die Winzer aus Szekszard liefern den landwirtschaftlichen Genossenschaften des Landes Setzlinge von 22 Rebensorten**



halb mußte man nach den annehmbarsten Formen suchen, mußte die jeweilige Situation richtig beurteilen und Entschlossenheit an den Tag legen.

In den 20 Jahren der Entwicklung der Genossenschaften in Ungarn, die jetzt fast 80% der Nutzflächen einnehmen, ist ihre materielle Basis erstarkt, haben die Bauern viel zugeerntet. Sie haben sich an die Gemeinschaftsarbeit, an gegenseitige Hilfe und Kameradschaftlichkeit gewöhnt.

Varjas nennt überzeugende Zahlen: „In den ersten Jahren nach dem Zusammenschluß in der Genossenschaft ernteten wir nur 16–18 dt Weizen vom Hektar. Voriges Jahr waren es ungefähr 75 dt je Hektar auf allen unseren 2730 ha Ackerland.“

In den letzten Jahren hatte das ganze Land den beachtlichen Durchschnittsertrag von 45–48 dt Weizen je Hektar. In vielen der 1302 landwirtschaftlichen Genossenschaften und auf 134 Staatsgütern machte der Hektarertrag 60 und mehr dt aus. Gute Resultate haben die Bauern mit Mais erzielt. Die 43 besten Agrarbetriebe haben es im vorigen Jahr auf 100 dt Mais vom Hektar gebracht. Der Prokopfertrag an Getreide machte 1,5 t aus, und damit nahm Ungarn einen der ersten Plätze in der Welt ein.

Wenn ich in verschiedenen Genossenschaften mit Bauern sprach, erkundigte ich mich öfter, was sie über die Methoden der kollektiven Landwirtschaftsführung denken, mit denen ihre merkliche Besserstellung herbeigeführt worden ist. Die älteren Bauern sind fest von der Effektivität der kollektiven Wirtschaftsführung überzeugt. Sie können ja mit früher vergleichen. Ihre Gewißheit und Erfahrung geben sie an die Jugend weiter, die rund 40% der Bauernschaft ausmacht. Seit Anfang der 70er Jahre hat der Zustrom junger Menschen in die Dörfer wesentlich zugenommen. Was war der Anreiz dazu? Vor allem die neue Arbeitsorganisation und die industrielle Technologie. Jetzt gibt es auf dem Land komplizierte Maschinen, und es gehören Kenntnisse und Elan dazu, sie zu bedienen. Auch muß man verstehen, mit solchen Maschinen pfleglich umzugehen.

### Anreiz zur Modernisierung

Die Einführung wissenschaftlich fundierter Systeme der Agrarproduktion, die die Ungarn kurz Rendszers



nennen, ist eins der wichtigsten Mittel zur Hebung ihrer Effektivität. Diese Systeme übernahmen alles Fortschrittlichste, Progressivste, was in der Agrarproduktion der entwickeltesten Länder der Erde angewandt wird. Ihre Grundlage bilden die stärksten Wirtschaften, die über eine feste materiell-technische Basis und ausgebildete Kader verfügen.

Im ersten Stadium der gründlich durchdachten Modernisierung der Agrarproduktion waren die Genossenschaften noch schwach und nicht genau spezialisiert. Da wählte man einige fortgeschrittene Genossenschaften und Staatsgüter als Leitbetriebe aus, diese bauten moderne, hochmechanisierte Geflügel- und Viehstallungen oder führten eine moderne, industrielle Technologie im Pflanzenbau ein, und man ging dazu über, solche Komplexe an alle Wirtschaften zu "verkaufen", die sie nur haben wollten. Man stellte ein System wechselseitig vorteilhafter Verbindungen her, die dazu dienten, die modernen Methoden zu verbreiten.

Schon Mitte der 60er Jahre wurde den Genossenschaften viel Selbständigkeit eingeräumt. Die letzte Richtlinie für die Weizenaussaat wurde Ende der 60er Jahre aufgehoben. Die Verträge über die staatlichen Ankäufe werden auf 10–15 Jahre geschlossen. Preise, Zuschüsse und Kredite bilden einen Anreiz dafür, daß die Genossenschafter genau das erzeugen, was das Land braucht. Die Leiter der Wirtschaften bestimmen selbst, was sie säen werden und wann, welche Viehrassen sie halten sollen, um bei den Verhältnissen in ihrer Gegend und auf ihrem Boden die bestmöglichen Resultate zu erzielen.

Ein Leitbetrieb in so einem Produktionssystem wird gewöhnlich derjenige, der die größten Ressourcen und bestgeschulten Arbeitskräfte hat. Fachkräfte untersuchen eingehend die Produktionsverhältnisse in jeder einzelnen Wirtschaft (Boden, Klima, die Zahl der Arbeitskräfte usw.) und machen wissenschaftlich fundierte Empfehlungen, deren Befolgung reiche Ernten gewährleistet. Das Produktionssystem experimentiert mit Pflanzensorten und wählt für jedes Gebiet die bestgeeigneten aus. In Zentren für mehrere Gebiete haben die Systeme Maschinen, Reparaturwerkstätten sowie Speicher für Kunstdünger und Pflanzenschutzmittel. Sie liefern den Wirtschaften, die ihnen beitreten, alle erforderlichen Maschinen, und diese können die Kosten in fünf Jahren abzahlen.

Wie wird den Leitbetrieben gezahlt? Außer einem Beitrag, der von



**Auf der Versuchsstation des Pflanzenzuchtinstituts in Kalocsa werden neue Paprikasorten gezüchtet**

Fotos: TASS

der eingebrachten Fläche abhängt, machen die Mitglieder eines Produktionssystems Einzahlungen in eine gemeinsame Kasse für einen überplanmäßigen Ertrag.

Jetzt bestehen in Ungarn 75 verschiedene Rendszers: 21 für Pflanzen- und 23 für Viehzucht, die übrigen für Gärtnerei, Winzerei und Gemüseanbau. An fünf von der Genossenschaft "Roter Stern" in Nadudvar gebildeten Produktionssystemen sind als Partner 400 andere Wirtschaften beteiligt. Ungefähr ebenso viele sind um ein bekanntes Staatsgut in Babolna zusammengefaßt, das seinerzeit als erstes ein Produktionssystem in der Geflügelzucht einführte. Diese Leitbetriebe beschäftigen zahlreiche tüchtige Fachkräfte. Sie stehen in ständiger Verbindung mit Forschungsinstituten und Industriebetrieben. Einzelne Genossenschaften und Staatsgüter gehören, wenn das für sie vorteilhaft ist, 2–4 Vereinigungen an.

"Der Leitbetrieb übernimmt die Entwicklung und Perfektionierung der einzelnen Branchen. Er trägt Neuheiten aus aller Welt zusammen, testet in großem Umfang die Resultate der an Forschungsinstituten angestellten Experimente, hilft beim Ankauf von Spezialmaschinen, beschafft Ersatzteile und nimmt uns die Sorge für die Verarbeitung ab", zählt mir Varjas die Vorzüge des Systems auf. Seine Wirtschaft gehört zum Rendszer für den Weizen- und Maisanbau in Martonvasar.

Und wie ist es mit der Viehzucht? Hier hat die Verbreitung hochproduktiver Geflügel-, Rinder- und Schweinerassen in den Rendszers und die allseitige Perfektionierung

sämtlicher Produktionselemente ansehnliche Resultate gezeitigt. Im Jahre 1975 machte der Melkertrag je Kuh in Ungarn 2400 l aus, voriges Jahr 4000 l. Ebenso rasch wuchsen die Fleischerträge. Noch vor 2–3 Jahren wurden pro Kopf der Bevölkerung 140 kg erzeugt. Jetzt über 150 kg. Die Vereinigungen bauen und liefern die nötigen Einrichtungen für Viehzucht Komplexe, sie testen neue Maschinen und befassen sich mit der Futtererzeugung.

Die Steuerpolitik des Staates, die finanziellen Hebel nötigen und verpflichten die Genossenschaften, unternehmend zu sein. Um die Wirtschaft stabiler zu machen, junge technische und andere Arbeitskräfte heranzuziehen und den eigenen Mitgliedern in den Wintermonaten, wenn z. B. beim Pflanzenanbau weniger Arbeitskräfte gebraucht werden, Beschäftigung zu sichern, müssen die Genossenschaften industrielle Nebenbetriebe haben und Handel treiben. Sie haben fast 7000 kleine Werke und Werksabteilungen zur Verarbeitung von Agrarerzeugnissen, Werkstätten für Ersatzteile und Haushaltsartikel. Viele Läden und Gaststätten haben sie eröffnet.

"Bei uns hat es Streitigkeiten wegen dieser zusätzlichen Arbeit gegeben", erzählt Varjas. "Manche Wirtschaften fangen etwas Neues an, ohne zu wissen, ob sie der Sache gewachsen sind. Deshalb war eine wirtschaftliche Leitung seitens des Staates notwendig, damit die Agrarproduktion und die zusätzliche industrielle Betätigung in ein richtiges Verhältnis gebracht werden. Jetzt rühren 80% der Einkünfte aus den Nebenbeschäftigungen der ungarischen Genossenschaften von Arbeiten her, die unmittelbar mit der Landwirtschaft zusammenhängen. In der Genossenschaft "Freies Leben" haben sie z. B. einen Betrieb zur Verarbeitung von Luzerne und Her-



stellung von Eiweißzusätzen zum Futter gebaut.

## Engere Integration

Spricht man von dürrtigem Boden und seiner Bewirtschaftung, dann fällt mir sofort die Genossenschaft "15. März" in Hernad ein, die eine der besten des Landes ist. Sie hat eine Geflügelverarbeitungsfabrik, an der 23 andere Wirtschaften beteiligt sind. Für die Anlieferungen war ein genauer Zeitplan nach Tagen und Stunden nötig. Die Partnerwirtschaften lieferten zwar 4–5 Mio Junghühner, das war aber zu wenig. Da kam man auf den Gedanken, daß in den Nebenwirtschaften der Genossenschaftsbauern jährlich in drei "Schichten" billig 18 000–20 000 Junghühner aufgezogen werden könnten. Die Ställe bauten 310 Genossenschaftsbauern selbst und auf eigene Kosten nach dem Typenprojekt für moderne beheizte Geflügelställe mit automatisch beschickten Futterkrippen und Tränken. Es war für die Bauern nicht weiter schwer, in ihrer Freizeit für die Hühner zu sorgen. Jetzt wird für die Vermehrung der besten Hybriden und für die Verarbeitung im Inkubator und in der Fabrik gesorgt, während die Kücken bei den Bauern großgefüttert werden. Bei ihnen werden jedes Jahr 4 Mio Broiler zusätzlich angekauft. Granuliertes Kombifutter bekommen die Bauern von der Genossenschaft.

Der Verarbeitungsfabrik wurden sehr bald weitere Abteilungen in Hernad angegliedert. Sie liefert jetzt z. B. Hühnerwürstchen und -wurst nach Budapest. In einer Abteilung stellt man aus den Abfällen Schweinefutter her.

In letzter Zeit ist man besonders energisch daran gegangen, kleine Nebenwirtschaften in die Produktionssysteme einzubeziehen. So haben drei staatliche Geflügelverarbeitungsfabriken, das Agrarkombinat in Babolna und eine Genossenschaft eine Vereinigung für Kaninchenaufzucht ins Leben gerufen. In Babolna züchtet man "Elternpaare", die 7–8 mal im Jahr Junge bekommen. Die Weibchen einer neuen Kreuzung werfen statt 30–40 im Durchschnitt 50 Junge im Jahr, und sie erreichen 1–2 Wochen früher als die früheren Rassen ihr Schlachtgewicht. Kleine Nebenwirtschaften in vier Landesgebieten sind schon Zehntausende von Kaninchen zum Mästen übergeben worden. Die Vereinigung liefert das Futter, sorgt für tierärztliche Betreuung, liefert auf Kredit Ställe usw., die mit den später abzuliefernden Kaninchen abgeglichen werden.

Die Integration zwischen den großen gesellschaftseigenen und den kleinen Nebenwirtschaften (sie besit-

zen 5,6% der Nutzflächen), denen die Genossenschaftsbauern ihre Freizeit (im Tagesdurchschnitt 2–2,5 Stunden) nach der Hauptarbeit auf den Genossenschaftsfeldern widmen, hat sich in den letzten Jahren noch mehr konsolidiert. Dank Kontraktsystemen und Verträgen können auf dem Hofland und in den Stallungen der Nebenwirtschaften moderne Methoden, kleine Landmaschinen und hochproduktive Tierrassen eingeführt werden. Dieses System bezieht viele Rentner, Schüler und häufig auch städtische Familien in die Agrarproduktion ein. Da Fleisch in Ungarn ausschließlich im Genossenschafts- und Staatshandel verkauft wird, sind persönliche Haus- und Nebenwirtschaften ein einträglicher und eingeplanter Bestandteil der sozialistischen Gesamtwirtschaft.

"Die persönlichen Haus- und Nebenwirtschaften sind lebensfähig, sie können sich reibungslos, planmäßig und ohne das sporadische Marktelement nur auf der Grundlage des genossenschaftlichen und staatlichen Sektors entwickeln", sagt Varjas überzeugt. "Es bleibt auch weiter die agrarpolitische Hauptaufgabe unserer Partei, die Genossenschaften, Staatsgüter, Produktionssysteme und unsere Vereinigungen intensiv zu fördern und noch rentabler zu machen."

Am größten Fest des Landes, am Tag der Befreiung, sind die Straßen bunt von Nationalflaggen. Bunt sind auch die Jahrmärkte in den Dörfern. Da gibt es Karusselle, Schieß- und Verkaufsstände. In der Genossenschaft "Freies Leben" geht Varjas mit seinen drei Söhnen unbedingt auf den Jahrmarkt: einer ist Ingenieur und Mechaniker, einer Viehzüchter und Technologe und einer Baufachmann. Sie haben Berufe, die im Genossenschaftsdorf am meisten gebraucht werden. Varjas kann einmal sein Werk in gute Hände legen. Der Vorsitzende zeichnet die Besten in einer Vollversammlung mit Preisen und Ehrenurkunden aus. Unvergessen sind auch diejenigen, die in ihrer persönlichen Haus- und Nebenwirtschaft gut für die Genossenschaft gearbeitet haben. Bei dem auf hohem Marmorpostament fast neben dem schönen neuen Genossenschaftsklub stehenden sowjetischen T-34-Panzer werden die Leute Blumen niederlegen aus Dankbarkeit und aus Hochachtung vor dem heroischen Panzerschützen und jetzigen Moskauer Schuldirektor Wassili Gussew, der hier als erster mit seiner Einheit die faschistische Verteidigungsstellung durchbrach. Und zum Gedenken an alle, die für die Freiheit Ungarns gekämpft haben.

Budapest

NZ

POST

Mit Interesse las ich die Übersicht "Aggression mit konventioneller Ladung" (9/83), die das Wesen der neuerlichen Militärdoktrin Washingtons zeigt. Deren Verfasser brennen darauf, die Welt des Sozialismus einzuschüchtern und seine Wirtschaft durch das Wettrüsten zu untergraben. Sie schlagen Lärm über die angebliche militärische Überlegenheit der Sowjetunion und das angebliche Zurückbleiben der NATO. Ich denke, daß im Ergebnis der letzten Bundestagswahlen die Gefahr zunimmt, daß in Europa neue US-Waffen stationiert werden.

A. MAXIMOW

Simferopol, Ukr.SSR

Nach meinen Gesprächen mit den Sowjetmenschen bei meiner kürzlichen UdSSR-Reise kam ich zu der Schlußfolgerung, daß wir viele gemeinsame Interessen haben. Auch in den kapitalistischen Ländern wollen die meisten, ungeachtet ihrer politischen Anschauungen und Konfessionen in Frieden leben und ihr tägliches Brot ehrlich verdienen. Überall gibt es natürlich auch solche, die es vorziehen, auf Kosten anderer zu leben. In den sozialistischen Ländern ist das gesetzwidrig, in der Welt des Kapitals aber gang und gäbe. Wenn der Arbeitslose seine Schulden nicht begleichen kann, so gewährt das britische Gesetz dem Kreditur das Recht, die Habseligkeiten des Schuldners zu versteigern und ihn obdachlos zu machen. Die Bosse der Firmen aber können selbst nach dem Bankrott ihre Rolls Royce weiterfahren und sogar eine neue Gesellschaft kreieren.

Stephen SMITH

Goole, Großbritannien

Oft denke ich über die Zukunft unserer Gesellschaft nach, wo die Mafia in voller Blüte steht und Terroristen ihr Unwesen treiben. Das stellt den Begriff der Demokratie in Frage, um die wir noch in den Jahren des Faschismus gekämpft haben. Mit welchem Recht fallen die italienischen Massenmedien über die sozialistischen Länder her, in denen es keine Gewalt und Arbeitslosigkeit gibt?

Gurfalino GRAZIANO

Militello, Italien



Sie kritisieren die westlichen Konzeptionen der "nuklearen Abschreckung" und des "Gleichgewichts der Angst", Konzeptionen, die unsere Strategen als eine Gewähr der Sicherheit ansehen. Dabei stehen Sie im Grunde auf der gleichen Position, nennen aber Ihre Streitkräfte, vor allem die Raketenkernwaffen, eine "Garantie des Friedens".

R. SIMON

Liverpool, Großbritannien



Es diskutiert

Mitglied des

NZ-Redaktionskol-

legiums

Michail

TSCHERNOUSSOW

Zuerst einmal zur Angst, Herr Simon. In den westlichen Konzeptionen, die Sie erwähnen, liegt der Akzent gerade auf Angst, Drohungen und Einschüchterung: Die NATO-Militärs erhöhen ununterbrochen das Kriegspotential, darunter das der Raketenkernwaffen, streben nach einer Überlegenheit in der Stärke und wollen, daß wir heute mehr Angst haben als gestern und morgen noch mehr als heute. Washington und die NATO sehen einen Kernkrieg als führbar und gewinnbar an und setzen auf einen nuklearen Erstschoß, auf die Überlegenheit in Menge und Qualität solcher Waffen. Auf diese Weise wollen sie die UdSSR "abschrecken" und sie vor einem Überfall auf den Westen "zurückhalten". Ein absurdes Ziel, weil die UdSSR keine Absicht hat, ihn zu überfallen.

Uns werden alle möglichen Strafen angedroht, sie werden auch angewandt. Gegen den Sozialismus wird ein "Kreuzzug" gestartet, werden Sanktionen verhängt, man macht kein Hehl aus dem Wunsch, unsere Wirtschaft "totzurüsten". Der Westen peitscht das Wettrüsten ständig an und ergreift immer wieder die Initiative zur Entwicklung sowohl neuartiger Massenvernichtungswaffen als auch neuartiger konventioneller Rüstungen. In Washington stößt man Drohungen aus und erklärt unverfroren, schlimmstenfalls werde man auch die Kernwaffen gegen die UdSSR und die gesamte sozialistische Gemeinschaft einsetzen. Dort werden Doktrinen "begrenzter", "langzeitiger" und sonstiger Nuklearkonflikte ausgetüftelt.

Nun, wir gehören nicht gerade zu den Ängstlichen, so daß dieser Trick nicht zieht. Ferner wissen wir, daß man die Imperialisten vergebens um Frieden

bitten würde, daß man ihn verteidigen und erkämpfen muß. Da wir bedroht werden, mußten wir als Antwort darauf ein machtvolles Verteidigungspotential schaffen. Wir bedrohen niemanden. Doch ist dieses Potential eine dräuende Mahnung an die unausweichliche Vergeltung, ist ein Mittel, eine nukleare Aggression zu verhüten. Die wichtigste Komponente unserer nuklearen Macht sind die strategischen Kernstreitkräfte. Die führenden sowjetischen Politiker betonen, daß diese Kräfte der Hauptfaktor sind, der den Aggressor zurückhält, sie könnten, falls er einen Krieg unter Kernwaffeneinsatz gegen die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder entfesseln sollte, unverzüglich einen vernichtenden Gegenschlag führen. Auch Reagans neue "Verteidigungskonzeption", die darauf abzielt, der UdSSR die Möglichkeit zu einem Gegenschlag zu nehmen, wird uns nicht entwandern.

Ich wiederhole, Herr Simon, nicht so sehr für Sie wie vielmehr für jene westlichen Strategen, von denen Sie schreiben: Der Schlag würde vernichtend sein und sofort kommen. Doch beachten Sie bitte, daß ein Kernwaffeneinsatz für die UdSSR das extremste Verteidigungsmittel ist, und zwar geht es hier um die Verteidigung nur gegen einen nuklearen Angriff. Offenbar wissen Sie, daß die UdSSR sich verpflichtet hat, niemals Kernwaffen als erster Staat einzusetzen. Sie wird sie nie zu militärischen, aber auch nie zu politischen Zwecken — zu Drohungen oder Erpressungen — anwenden.

Es geht nur um ein Kräftegleichgewicht (und nicht um ein "Gleichgewicht der Angst"), nur um eine Reaktion auf die Herausforderung seitens der NATO. Im Unterschied zu deren Politik geht die sowjetische Militärpolitik davon aus, daß ein Kernkrieg unzulässig, daß ein Sieg darin unmöglich ist, weil ein solcher Krieg einer globalen Katastrophe gleichkäme.

Wir sind kategorisch gegen die "Abschreckungskonzeption". Wir sind dagegen, auf militärische Stärke zu setzen, weil wir nicht glauben, daß Stärke über alles entscheiden kann. Sie kann nicht die internationale Sicherheit gewährleisten. Das Bestreben, noch stärker zu sein, um noch mehr "abschrecken" zu können, das Streben nach militärischer Überlegen-

heit — die einzige Denkweise in der NATO, ihr einziger Wunsch — unterminieren die Sicherheit lediglich. Je höher der Stand der nuklearen Konfrontation, desto größer die Gefahr für die ganze Menschheit. Und dann: Wie hoch kann man eigentlich noch auf den Stufen der "Abschreckung" steigen? Wie lange läßt sich die Kernwaffe "trocken halten", wie lange unsere allgemeine Existenz aufs Spiel setzen? Das ist eine grundsätzlich irrtümliche Logik, ist kein Frieden, vielmehr das Warten auf das Ende.

Nicht ein "Gleichgewicht der Angst", sondern ein Gleichgewicht des Vertrauens: Das ist unsere Position, danach strebt die UdSSR bei ihrer aktiven Politik des Friedens und der Abrüstung, vor allem der nuklearen Abrüstung. Wie ist ein Gleichgewicht des Vertrauens zu erreichen, die Kriegsgefahr zu bannen? Die UdSSR schlägt konstruktive Maßnahmen vor, die das Ziel verfolgen, das Wettrüsten einzustellen, den Stand der militärischen Konfrontation zu senken, die internationale Stabilität zu festigen.

Ich erwähnte schon die einseitige Verpflichtung der UdSSR, als erste keine Kernwaffen anzuwenden; genannt seien ferner solche Schritte der UdSSR wie die Vorschläge über das nukleare Freeze, über den Verzicht auf alle nuklearen Waffen, sowohl taktischer als auch solcher mittlerer Reichweite, die zur Vernichtung von Zielen in Europa bestimmt sind, oder über eine wesentliche Reduzierung der Mittelstreckenwaffen (auf weniger als ein Drittel), über das einseitige Moratorium für die Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen und die Minderung ihrer Anzahl. Besonders sei auf den Vorschlag der Warschauer Vertragsstaaten hingewiesen, einen Vertrag über die gegenseitige Nichtanwendung militärischer Gewalt und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zwischen den Warschauer Vertragsstaaten und den NATO-Ländern zu schließen. Dieser bedeutende friedensdienliche Schritt ist eine reale Alternative zur Politik der Hochrüstung, zu einer nuklearen Katastrophe. Doch hat der Westen bisher keine auch nur halbwegs klare Antwort auf diesen konkreten Vorschlag gegeben.

Meines Erachtens hat der Westen heute keinen politischen Willen zu Verhandlungen. Ich meine ehrliche Verhandlungen, die zu Abkommen auf der Grundlage der Gleichheit und der gleichen Sicherheit führen würden, und nicht Verhandlungen als Deckmantel für das andauernde Wettrüsten. Trotzdem tut der Dialog not, alle Völker der Erde fordern ihn immer nachdrücklicher. Ein Dialog, in dem es keinen Platz für Lüge und Haß, Vorurteile und Angst gäbe.



## Grimassen des "neuen Föderalismus"



US-Präsident Ronald Reagan rührt weiterhin die Werbetrommel für seinen Plan des "neuen Föderalismus", der den Bundesstaaten die Ausgaben für die Sozialprogramme aufbürden soll, wobei ihnen gleichzeitig die Bundeshilfe gekürzt wird. Als einer der ersten Bundesstaaten verspürte das Kalifornien. Seine Staatskasse ist leer, das Haushaltsdefizit erreicht 2 Md. Dollar und die Arbeitslosigkeit liegt mit 12% über dem Landesdurchschnitt. Allein in Los Angeles gibt es offiziellen Angaben zufolge 30 000 Obdachlose. Der Schatzmeister des Bundesstaates teilte mit, die dortigen Behörden hätten Schuldobligationen drucken lassen müssen, die den Staatsangestellten ... statt des Gehalts gehändigt würden.

## Bettelmillionär

Ex-Beatle Ringo Starr ging der "International Herald Tribune" zufolge die Stadtverwaltung Londons um ... finanzielle Unterstützung an. Er bat um 500 Pfund Sterling für die Reparatur seines 26-Zimmer-Landhauses. Ringos Bitte wurde abgelehnt. "Es ist eine Schande, daß jemand mit solchem Geld uns um Almosen anbettelt", sagte der Mitarbeiter der

Stadtverwaltung, Kevin White. "Wir können unser Geld sinnvoller verwenden als einen Millionär zu unterstützen."

## Geeigneter Kandidat

In Washington wird nach einem neuen Kandidaten für das Amt des Botschafters in El Salvador anstelle von Deane Hinton gesucht, der dem Nachrichtenmagazin "Newsweek" zufolge diesen Posten bald verlassen wird. Einer der Anwärter ist John Negroponte. Eine bemerkenswerte Figur. Er ist der derzeitige Botschafter in Honduras, doch verfügt er auch noch über höher geschätzte Eigenschaften. Negroponte, erinnert das Magazin, "war seinerzeit in Vietnam tätig und an der Durchführung von Geheimoperationen gegen Nikaragua beteiligt".

## Wonach Geld riecht



Der bayrische Staatsminister des Innern, Karl Hilfermeier, schreibt das BRD-Magazin "Stern", befahl der Polizei, in Niederbayern und in der Oberpfalz strenge Kontrollen im Kampf gegen Alkohol am Steuer durchzuführen. Das brachte positive Ergebnisse: Die Zahl der Unfälle durch Alkoholmißbrauch am Steuer ging stark zurück — doch gleichzeitig auch die Einnahmen der Kneipen. Nach wütenden Protesten

ihrer Inhaber hob der Minister seinen Erlass auf. Jetzt haben angetrunkene Autofahrer wieder freie Fahrt.

## Zur Stärkung der Armee

Der britische Staatsbürger asiatischer Abstammung Asif Mahmood kam der Londoner Zeitung "Daily Mirror" zufolge um, als er unter ein Auto geriet, an dessen Steuer ein gewisser Francis Rex saß. Der Fahrer stand unter starkem Alkoholeinfluß. Ihm drohte langjährige Haft. Doch das Gericht ließ es bei einer Geldbuße bewenden. Der Mörder war Korporal der britischen Armee, und der Richter erklärte: "Ich will unseren Streitkräften einen guten Soldaten nicht fortnehmen."

## Justiz und Hakenkreuz



Das Abzeichen zeigte eine Frau und einen Mann. Die Frau trägt in der einen Hand eine Hakenkreuzfahne, in der anderen ein Büchlein mit einem Hakenkreuz auf dem Umschlag. Der Mann hat am Ärmel seiner Jacke eine Hakenkreuzbinde. Diese Abzeichen werden DPA zufolge vom AStA der Universität Kiel (BRD) verbreitet. Die Universitätsleitung verlangte, die faschistische Propaganda zu beenden. Doch das Verwaltungsgericht von Schleswig-Holstein erlaubte die Verbreitung des Abzeichens, worin es nichts Strafbares sah.

## Wie beim Ausverkauf

Das omanische Justiz- und Islamministerium stellte der spanischen Zeitung "Pais" zufolge bei der

kürzlichen Neufestsetzung der Höhe von Entschädigungen für Unfallopfer folgende Preisliste auf: Die Verletzung eines islamischen Mannes wird auf 5000 omanische Rial, einer islamischen Frau auf 2500 Rial, des Mannes bzw. der Frau anderer Konfession auf entsprechend 1666 oder 833 Rial festgesetzt.

## Nur für die Rechten!

In der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (BRD) fand sich folgende Anzeige: "4 Zimmer, Küche, Bad, Balkon... in Atter... SPD/Grüne-Anhänger zwecklos."

## Der Bock als Richter!

In Dänemark verurteilte ein Gericht AP zufolge zwei Huren wegen angeblichen Diebstahls zu Gefängnis. Doch die Gunstgewerblerinnen legten Berufung beim Obersten Gericht ein. Sie meinen, in der ersten Instanz sei ihnen gegenüber Objektivität nicht gewährleistet gewesen, da unter den Schöffen drei ehemalige Freier waren.

## Abfall im TV



Die populäre amerikanische Journalistin Ann Landers appellierte an die Eltern, ihren Kindern nicht zu erlauben, pausenlos TV-Programme mit Gewaltszenen anzusehen. Sie sagte dem Magazin "Reader's Digest" zufolge: "Seien Sie fest. Sie erlauben doch Ihrem Kind nicht, Abfälle zu essen? Warum soll man ihm dann erlauben, sich damit den Kopf vollzustopfen?"

Zeichnungen: V. Rosanzew